

10 Jahre Jubiläum

Family Observer

Europäische Beobachtungsstelle für Familienan gelegenheiten

Gleichbehandlung von Frauen und Männern



Werden Kinder in Europa Mangelware?

Berufstätigkeit aus dem Blickwinkel der Kinder

Blitzlichter

Beschäftigung & soziale Angelegenheiten



Europäische Kommission



Die europäische Gesellschaft befindet sich in einer Umbruchphase. Paare, Kinder, Ehe und Familie haben in der modernen Gesellschaft eine andere Stellung als früher. Sinkende Geburtenraten in fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, weniger Heiraten, mehr Lebensgemeinschaften und uneheliche Kinder sowie steigende Scheidungsraten sind typische Merkmale des bunten Gefüges, das heute nicht nur die Familie, sondern die ganze Gesellschaft beeinflusst. Das Interesse an der Lage der Familien und den daraus resultierenden beschäftigungs- und sozialpolitischen Implikationen wird schon seit langem in verschiedenen Gremien bekundet. Es ist geprägt von der zunehmenden Gewißheit, daß vermehrte internationale Zusammenarbeit in Familienfragen als Teil des globalen Bemühens,

den gesellschaftlichen Fortschritt und die gesellschaftliche Entwicklung zu fördern, unabdingbar ist. Obwohl die Gemeinschaft keine unmittelbare Kompetenz im Bereich der Familienpolitik besitzt, liegt ihr Augenmerk zunehmend auf der Analyse und dem Verständnis gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Implikationen von Trends und gesellschaftlichen Veränderungen für Familien. Insbesondere im Rahmen ihrer Politik der Chancengleichheit von Frauen und Männern hat die Kommission eine Reihe von Initiativen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesetzt. Die Herausforderung, diese beiden Aspekte des täglichen Lebens besser miteinander zu vereinbaren, ist in der Tat der Kernpunkt einer großen Bandbreite sozialer Fragen. Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur, neue Formen der Arbeitsorganisation, die Umstrukturierung des Sozialversicherungssystems, eine neue Aufteilung der Betreuungsarbeit auf Frauen und Männer – all diese Entwicklungen wirken sich nachhaltig auf Familien aus. Die Richtlinien über Mutterschaftsurlaub, Elternurlaub und Teilzeitarbeit sowie die Empfehlung über Kinderbetreuung dokumentieren die Unterstützung der Europäischen Union für Frauen und Männer

in ihren Rollen sowohl am Arbeitsplatz als auch in der Familie, während die Beschäftigungsleitlinien einen wesentlichen Schritt zur Vereinbarkeit von Arbeit und Familie darstellen.

Die gesellschaftliche und politische Situation hat sich in den letzten zehn Jahren einschneidend verändert und neue Familienformen sowie neue Konzepte für die Rolle von Männern und Frauen mit sich gebracht. Die Europäische Union spielt eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Umgang der Mitgliedstaaten mit diesen Veränderungen aufzuzeigen und eine Diskussion über das Thema Familie auf Unionsebene anzuregen, indem sie die Mitgliedstaaten einlädt, unter Wahrung des Prinzips der Subsidiarität Informationen auszutauschen und ihre Erfahrungen miteinander zu teilen.

Der *Family Observer* soll den Mitgliedstaaten eine Plattform für den Austausch von Meinungen, Erfahrungen und Ideen zu Familienfragen bieten und damit genau diese Aufgabe erfüllen.

Odile Quintin

Stellvertretende Generaldirektorin a.i.
Europäische Kommission
Generaldirektion für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Das Erscheinen des vorliegenden *Family Observer* fällt mit dem zehnjährigen Bestehen der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten zusammen. Die Bedeutung dieser Institution ist nicht zu unterschätzen: Gerade weil die Familienpolitik in der Europäischen Union im Aufgabenbereich der Mitgliedstaaten verbleibt, kommt der länderübergreifenden Beobachtung und Analyse von Entwicklungen im Bereich der Familien und der Familienpolitik entscheidende Bedeutung zu. Das Bewußtsein um die gesellschaftliche Relevanz der Familien ist in den vergangenen Jahren speziell in den europäischen Staaten spürbar gewachsen. Der Blick über die Landesgrenzen kann dabei helfen, Entwicklungen richtig einzuschätzen und zeitgemäße familienpolitische Maßnahmen und Konzepte zu realisieren. Dies gilt nicht nur für die familienpolitischen Herausforderungen des Bevölkerungswandels, sondern unter anderem auch für die Familie in einer dynamischen europäischen Wirtschaftswelt besser vereinbar zu machen. Die Familienpolitik tut – wie

Impressum

Der *Family Observer* ist eine Veröffentlichung der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten. Der *Family Observer* wird im Auftrag der Europäischen Kommission im Rahmen der Publikationsreihe „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ produziert.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung spiegelt nicht unbedingt die Meinung oder Haltung der Generaldirektion „Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten“ der Europäischen Kommission wider.

Der *Family Observer* erscheint in Deutsch, Englisch und Französisch. Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet.

Weitere Informationen der Beobachtungsstelle finden Sie unter: <http://europa.eu.int/comm/dg05/family/observatory/home.html>

Konzeption: Irene M. Kernthaler, Redaktion: Irene M. Kernthaler, Sylvia Trnka unter Mitarbeit von Mario Fischer, Sylvia Hinger, Alle: Österreichisches Institut für Familienforschung, Gonzagagasse 19/8, 1010 Wien, Österreich • Graphische Gestaltung: Rudolf Heller, Edith Vosta • Illustrationen: Christine Prantauer • Übersetzungen ins Englische und Deutsche: Sylvia Trnka, Gertrude Maurer • Übersetzungen ins Französische: Andrée Pazmandy, Fabienne Hörmanseder

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Falls Sie am Bezug des elektronischen Informationsbriefes „5mail“ der Generaldirektion „Beschäftigung, industrielle Beziehungen und soziale Angelegenheiten“ der Europäischen Kommission interessiert sind, schicken Sie bitte ein e-mail an 5mail@dg5.cec.be – der Informationsbrief erscheint regelmäßig in Deutsch, Englisch und Französisch.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1999

© Europäische Gemeinschaften, 1999

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium



Martin Bartenstein

in anderen familienpolitischen Fragen – gut daran, bei der Auseinandersetzung mit diesem Thema die Perspektive der Kinder verstärkt in den Mittelpunkt zu rücken.

Die Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten wird seit einem Jahr vom Österreichischen Institut für Familienforschung koordiniert. Ich freue mich über diesen Beleg für die Qualität unserer erst fünf Jahre jungen österreichischen Forschungseinrichtung und wünsche Ihnen mit dem *Family Observer* eine interessante Lektüre.

Dr. Martin Bartenstein
Familienminister, Österreich

Inhalt

Editorial	2
Impressum	2
Herzlich willkommen im Family Observer!	3
Zehn Jahre Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten	4
Fertilität:	8
Werden Kinder in Europa Mangelware?	
Familie und Beruf:	18
Berufstätigkeit aus dem Blickwinkel der Kinder	
Blitzlichter:	
Belgien	26
Dänemark	27
Deutschland	27
Finnland	28
Frankreich	29
Griechenland	30
Irland	31
Italien	32
Luxemburg	33
Niederlande	34
Österreich	35
Portugal	36
Schweden	38
Spanien	39
Vereinigtes Königreich	39
LeserInnenbefragung	41
Familie und Kunst:	42
Ein Stück Kunst	

Herzlich willkommen im Family Observer!

Ein neues Team und 15 nationale Expertinnen und Experten der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheit haben dieses Magazin für Sie zusammengestellt. Kurze Länderberichte, neue wissenschaftliche Erkenntnisse und eine innovative optische Gestaltung sollen Ihnen neue Zugänge zum Thema Familie eröffnen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir gemeinsam mit Lioba Reddeker, der Bundeskuratorin für Kunst in Österreich, sogar einen Kunstwettbewerb ausgeschrieben. Die Gewinnerin hat diese Ausgabe mit Bildern aus dem Alltag eines Kindes illustriert. Auf diese Art und Weise haben wir versucht, nicht nur die Erwachsenenwelt, sondern auch den Standpunkt der Kinder in unsere Publikation einzubringen, denn auch im Familienalltag gilt es, die Sichtweise aller Beteiligten unter einen Hut zu bringen.

Die große Herausforderung bei einer europäischen Publikation ist der unterschiedliche Wissensstand der Leserinnen und Leser. Über die Situation im eigenen Land sind viele gut informiert, doch über ihre Nachbarstaaten wissen sie oft weniger gut Bescheid. Die ‚Blitzlichter‘ sollen jedem etwas bieten. Sie zu erstellen, wäre ohne die Mithilfe unserer nationalen Expertinnen und Experten nicht möglich gewesen. Wir möchten uns daher an dieser Stelle sehr herzlich für ihre Mitarbeit und Unterstützung bedanken. Wir hoffen, daß der *Family Observer* unsere Zielsetzungen und Ihre Erwartungen erfüllt. Für Ihre Anregungen, Wünsche und Kommentare finden Sie auf Seite 41 einen kleinen Fragebogen. Wir sind schon sehr gespannt auf Ihre Reaktion.

Mag. Irene Kernthaler und
Mag. Sylvia Trnka

Zehn Jahre Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten



Mag. Irene Kernthaler • Mag. Sylvia Trnka • Dr. Helmut Wintersberger

Stirbt Europa aus? Wie wollen die Europäerinnen und Europäer ihr Familienleben gestalten? Wie entwickelt sich die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern? Wie entwickelt sich das Verhältnis zwischen jung und alt in Europa? Neben den großen Wirtschaftsthemen beschäftigen diese Fragen die Menschen, die am gemeinsamen Haus Europa bauen. In allen Staaten der Europäischen Union finden beachtliche demographische und sozioökonomische Veränderungen statt. Diese Entwicklungen nur zu bedauern oder zu begrüßen reicht nicht aus. Ohne sich in die nationalen Angelegenheiten der Mitgliedstaaten einmischen zu wollen, ist die Europäische Kommission am Verständnis und einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Familie sehr interessiert und hat dafür eine Europäische Beobachtungsstelle eingerichtet. Es geht um Fragen wie die wirtschaftliche Rolle der Familien,

die Bedeutung von Familien für die Solidarität zwischen den Generationen und um den berechtigten Wunsch von Frauen, sich aktiv, voll und gleichberechtigt am Erwerbsleben zu beteiligen. Diese Fragen sollen insbesondere durch regelmäßige Information über Bevölkerungsentwicklung und familienrelevante Daten beantwortet werden. Zu diesem Zweck sammeln und analysieren nationale Expertinnen und Experten in den einzelnen Mitgliedstaaten z.B. Daten über die Haushaltsstruktur, die Entwicklung der Geburtenraten und die Erwerbstätigkeit von Frauen.

Doch nicht nur die Datenlage ändert sich kontinuierlich. Die Diskussion auf europäischer Ebene fängt bereits beim Familienbegriff an. Die Kernfrage lautet immer: Wie schaut eine Familie aus? Obwohl seit Jahren – vor allem in der Politik – heftig darüber diskutiert wird, stellt sich für die Beobachtungsstelle diese Frage so nicht. Untersuchungen zeigen, daß der Familienbegriff des Einzelnen

sehr unterschiedlich ist. So meinte ein Kind, der neue Freund der geschiedenen Mutter gehöre nicht zur Familie, Hund und Katze hingegen schon. Die Expertinnen und Experten der Beobachtungsstelle lösen diesen Konflikt pragmatisch, indem sie Familie nicht definieren, sondern je nach Fragestellung beschreiben und analysieren.

Auch die politischen Maßnahmen, die Einfluß auf Familien haben, sind in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich, denn Familienpolitik kann aus ganz verschiedenen Gründen betrieben werden. Diese werden aber nur in den seltensten Fällen explizit gemacht. Und so kommt es, daß Familienpolitikerinnen und -politiker unterschiedlicher Nationalstaaten zusammensitzen und die gleichen Worte verwenden, die jedoch für völlig verschiedene Inhalte stehen. Hier setzt eine der Hauptaufgaben der

Beobachtungsstelle an: Durch Informationen und Wissen das Einanderverstehen zu ermöglichen. Was die familienpolitischen Motive betrifft, hat der deutsche Soziologe Franz Xaver Kaufmann für Europa insgesamt sieben Typen herausgearbeitet:

- Die *familieninstitutionelle Argumentation*: Die Familie hat als Institution einen eigenen Wert, prägendes Leitbild ist die Kernfamilie.
- Die *bevölkerungspolitische Argumentation*: Familie sichert den Nachwuchs, aus diesem Blickwinkel wird oft eine pronatalistische Politik betrieben.
- Die *wirtschaftspolitische Argumentation*: Hier stehen die wirtschaftlichen Leistungen der Familie bei Erziehung, Haushaltsarbeit, Pflege von Familienangehörigen, etc. im Vordergrund.
- Die *gesellschaftspolitische Argumentation*: Sie reicht über die wirtschaftspolitische Argumentation hinaus, indem sie den Beitrag familialer Leistungen für alle Gesellschaftsbereiche betont.



Koordinations- team der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten

Dr. **Paloma Fernández de la Hoz**
(Gleichbehandlungsfragen;
ÖIF und KSÖ)
Mag. **Irene Kernthaler**
(Öffentlichkeitsarbeit; ÖIF)
Univ. Doz. Mag. Dr. **Wolfgang Lutz**
(Demographie; ÖIF und IIASA)
Univ. Prof. Dr. **Wolfgang Mazal**
(Arbeits- und Sozialrecht;
Universität Wien)
Univ. Doz. Dr. **Sonja Puntischer-
Riekmann** (Europäische Angelegen-
heiten, Gleichbehandlungsfragen;
Akademie der Wissenschaften)
Prof. Dr. **Helmuth Schattovits**
(Familienpolitik; ÖIF)
Mag. **Martin Spielauer** (Website,
Datenbank, Ökonomie; ÖIF und
IIASA)
Mag. **Sylvia Trnka** (Management,
Koordination; ÖIF)
Dr. **Helmut Wintersberger**
(Kindheitsforschung, Leiter des
Koordinationsteams; ÖIF)

- *Die sozialpolitische Argumentation:* Hier stehen die finanziellen Nachteile, die durch die Kosten von Kindern und den zumindestens teilweisen Verzicht auf Erwerbstätigkeit entstehen, im Vordergrund. Vertreter dieser Argumentation fordern den Ausgleich dieser Nachteile.
- *Die frauenpolitische Argumentation:* Unter diesem Blickwinkel wird einerseits dargestellt, daß die finanziellen Nachteile einseitig die Frauen treffen, andererseits wird eine Gleichstellung von Frau und Mann bei der Arbeit in der Familie und im Beruf gefordert.
- *Die kinderpolitische Argumentation:* Sie stellt das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt der Überlegungen.

Das Pionierland für eine explizite Familienpolitik ist Frankreich. Dort entstand bereits vor hunderten Jahren eine *alliance nationale*, die eine pronatalistische Familienpolitik verfolgte. Nach Irland weist

Frankreich heute die zweithöchste Geburtenrate innerhalb der Europäischen Union auf. Auch Belgien und Luxemburg haben eine zentralstaatlich organisierte Familienpolitik. In Skandinavien ist die Familienpolitik Bestandteil der Sozialpolitik und dadurch sehr an Gleichheitsgesichtspunkten orientiert. In den deutschsprachigen Ländern wird dem Familienthema selbst hohe Bedeutung beigemessen. In Deutschland ist der Familienschutz sogar in der Verfassung festgeschrieben. Es konnte aber nie ein konsequenter, politischer Wille zu einer nachhaltigen Familienpolitik entwickelt werden. In angelsächsischen Ländern wird der Gedanke einer Familienpolitik explizit abgelehnt. Besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen soll allerdings ein Existenzminimum garantiert werden. In den südeuropäischen Ländern führten erst die jüngsten gesellschaftlichen Veränderungen zur Entwicklung von Familienpolitiken.

In seiner Synthese nationaler Familienpolitiken 1996 bringt John Ditch, Koordinator der Beobachtungsstelle von 1994 bis

1997, die Herausforderung des Themas Familie für Europa folgendermaßen auf den Punkt: „Dem Wohlstand aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kann nicht widersprochen werden. Er wird von Wirtschaftsindikatoren bestätigt. Im Vergleich mit der Wirtschaft von Ländern im Übergang ist die Wirtschaft von individuellen Ländern in der EU wohlhabend und erfolgreich. Es darf aber keinen Raum für Selbstbeglückwünschung und Selbstzufriedenheit geben. Zu viele Kinder erfahren ein Leben des Elends und der Entbehrungen, weil ihre Eltern keine Arbeit haben. Zu viele Familien leben in unzulänglichen Unterkünften. Zu viele Väter sehen zu wenig von ihren Partnern und Kindern, weil sie Überstunden machen. Zu viele Frauen sind vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder werden in ihm zurückgehalten. Zu viele Eltern kämpfen mit den prekären und manchmal unvereinbaren Anforderungen des Arbeits- und Familienlebens. Zu viele Beziehungen brechen in Trauer und Verzweiflung auseinander, weil zu viele Anforderungen an die Partner gestellt

wurden. Die Kosten wiederum, die diese Individuen, die Kinder und die größere Gesellschaft tragen müssen, sind zu hoch, um sie mit Gleichgültigkeit und Gelassenheit zu tolerieren.“

Es besteht also ein starkes Spannungsverhältnis zwischen nie dagewesenem technischen und ökonomischen Fortschritt einerseits und der prekären Lage zahlreicher Familien und einzelner Familienmitglieder andererseits. Man könnte diese Spannung mit einem Menschen vergleichen, dessen Muskelkraft und kognitive Intelligenz im Zuge der Evolution gewachsen sind, während die Entwicklung auf der Gefühls- und Beziehungsebene stillgestanden oder gar abgenommen hat. Die Ressourcen und Handlungsspielräume für private Unternehmen und staatliche Verwaltungen wurden im Zuge der Modernisierung entscheidend ausgeweitet, doch gilt dies für Familien und Haushalte keineswegs in einem vergleichbaren Ausmaß. Zwar ist nicht in

Abrede zu stellen, daß im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere die Position von Haushalten im Bereich des Konsums entscheidend gestärkt wurde. In ihrer vollen Bedeutung für Produktion und Reproduktion werden sie jedoch kaum wahrgenommen.

Am Beginn der Neunzigerjahre standen noch die Wettbewerbsverzerrungen zwischen einem in der Nachkriegsepoche ausgebauten staatlichen Sektor und der Privatwirtschaft im Vordergrund. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert muß gefragt werden, ob nicht auch gravierende Verzerrungen des Wettbewerbs zwischen den beiden formalen, zumeist als Markt und Staat bezeichneten Sektoren einerseits und Haushalten bzw. Familien andererseits bestehen. Die ökonomische Abgeltung

und soziale Anerkennung von Tätigkeiten im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft sind bekanntlich deutlich höher als für Leistungen, die im Rahmen der Familie erbracht werden. Kindererziehung und Altenpflege sind unbestritten gesellschaftlich notwendige und wertvolle Leistungen. Es drängt sich daher der Verdacht auf, daß eine gravierende Benachteiligung der Familie im Wettbewerb mit staatlichen Einrichtungen und privaten Unternehmungen besteht. Die Erforschung dieser Benachteiligungen und das Aufzeigen von Wegen zu ihrer Überwindung könnten im Lauf der nächsten Jahre vordringliche Anliegen der Europäischen Beobachtungsstelle werden.

Zum ersten Mal erwähnt wurde die Europäische Beobachtungsstelle vor zehn Jahren in einer

Mitteilung der Kommission vom 8. August 1989 (KOM (89) 363 endg.). Auf dieser Grundlage nahmen der Rat und die für Familienfragen zuständigen Minister am 29. September 1989 Schlußfolgerungen zur Familienpolitik an, die zur Errichtung der Europäischen Beobachtungsstelle führten.

In organisatorischer Hinsicht hat sich die Zusammensetzung des Netzwerks der Beobachtungsstelle im Lauf der zehn Jahre mehrmals verändert, einerseits durch die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedstaaten, andererseits durch den gelegentlichen Austausch der nationalen Expertinnen und Experten. Auch die Koordinationsteams wurden in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen ausgetauscht. Im ersten Jahr wurde

die Beobachtungsstelle vom Institut de l'Enfance et de la Famille in Paris koordiniert; von 1990 bis 1994 war die Katholische Universität Leuven für die Koordination zuständig, die danach bis 1997 von der sozialpolitischen Forschungsabteilung der Universität York wahrgenommen wurde.

Nachdem sich in den letzten zehn Jahren gezeigt hat, daß die Konzentration auf Familienpolitik zu eng ist und auch viele andere Bereiche wesentlich sind, wurde der inhaltliche Themenbereich der Beobachtungsstelle 1999 ausgeweitet. Dies drückt sich auch im Namen aus: Hieß sie früher „Europäische Beobachtungsstelle für Nationale Familienpolitiken“, so bezeichnet man sie heute als „Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten“.

ÖIF Österreichisches Institut für Familienforschung

Das Österreichische Institut für Familienforschung ÖIF ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Institut zur interdisziplinären wissenschaftlichen und anwendungsbezogenen Erforschung und Darstellung der Vielfalt und Veränderungen familiärer Beziehungen und Strukturen aus der Sicht von Kindern, Frauen und Männern.

Überblick über Projekte und Forschungsschwerpunkte

FFS '96 – Individuelle Lebensverläufe in Familie und Beruf

Der Family Fertility Survey erhebt erstmals in Österreich parallele Biographien von 6.500 Frauen und Männern. (In Kooperation mit UN-ECE und 20 anderen Staaten.)

FAMSIM

Die Entwicklung des Prototyps eines Mikrosimulationsmodells zur Projektion und Evaluation familienpolitischer Maßnahmen wird von der EU unterstützt. Datenbasis ist der FFS '96.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

1995 wurde eine Bestandsaufnahme über Formen, Kosten und Finanzierung der Kinderbetreuung in ganz Österreich aufgelegt. 1997 wurde das ÖIF mit der Durchführung der Machbarkeitsstudie zum Modell des Betreuungsschecks beauftragt. Mit diesem Modell kann Teilzeitbetreuung eingekauft oder selbst wahrgenommen werden. Weiters wurde die Anwendung und Verbreitung von Telearbeit in Österreich untersucht, um die Folgen von Telearbeit für Familien abzuschätzen.

Prävention

Ausgehend von dem seit zehn Jahren erfolgreich laufenden Modell „Arbeitskreis Eltern Lehrer – Schüler: Partner in der Sexualerziehung“ werden Ausbildungskurse für die Moderatorinnen und Moderatoren durchgeführt. Darüber hinaus wurden Arbeitsunterlagen für Lehrende und Lernende erstellt.

Migration

Traditionelle Familienverhältnisse von Zuwandernden in Österreich wurden anhand konkreter Fallgeschichten aus dem Gerichtsalltag analysiert.

Weitere Projekte

Aufbau eines Dokumentations- und Beobachtungssystems zur sozioökonomischen Situation von Familien in Österreich.

Dienstleistungen

Ein Informationsnetzwerk gibt Auskunft über Organisationen, Personen, Datenbanken, Bücher und Zeitschriften, die für familienwissenschaftliche Überlegungen relevant sind. In der Wissensdatenbank werden aktuelle familienwissenschaftlich relevante Daten z.B. von ÖSTAT, EUROSTAT, FFS '96 (mehrere Länder) erfaßt, die allen Interessierten zur Verfügung stehen.

Öffentlichkeitsarbeit

Der vierzehntägige Informationsdienst „beziehungsweise“ gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der nationalen und internationalen Familienforschung. Die allgemein verständliche Aufbereitung von komplexen, interdisziplinären, familienwissenschaftlichen Ergebnissen soll die öffentliche Diskussion über das sehr emotionalisierte Thema Familie versachlichen.

Finanzierung

Das ÖIF finanziert sich durch Aufträge des österreichischen Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie, der Familienreferate der österreichischen Bundesländer, der Europäischen Union, Procter & Gamble und anderer Institutionen und Unternehmen.



Werden Kinder in Europa Mangelware?

Bevölkerungsprognosen

Die Bevölkerung Europas wird immer älter. In 20 Jahren wird dies nicht bloß auf den Parkbänken, sondern auch in der Arbeitswelt zu sehen sein.

Univ. Doz. Mag. Dr. Wolfgang Iutz

Europa wird oft der ‚alte Kontinent‘ genannt und trägt diese Bezeichnung durchaus zu Recht. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung Europas ist höher als in allen übrigen Regionen der Welt und steigt von Jahr zu Jahr. Genauer gesagt, altert die Bevölkerung der Europäischen Union jedes Jahr um 2,5 Monate bzw. alle zehn Jahre um zwei Jahre. Dieser Trend wird sich voraussichtlich bis weit ins nächste Jahrhundert hinein fortsetzen. Der Anteil der unter 20jährigen an der Bevölkerung wird wahrscheinlich noch weiter abnehmen und von mehr als 23 Prozent auf 19 Prozent schrumpfen, während jener der über 60jährigen von 21 Prozent auf 34 Prozent steigen wird. Gleichzeitig wird sich das Durch-

schnittsalter bis zum Jahr 2030 europaweit von derzeit ungefähr 39 Jahren auf 45 Jahre erhöhen.

Warum steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung langsamer als unser persönliches, individuelles Alter, das sich natürlich jedes Jahr um ein Jahr erhöht? Der Unterschied zwischen individuellem Altern und dem Altern der Bevölkerung besteht darin, daß in einer Bevölkerung jedes Jahr neue Mitglieder im jüngsten Alter hinzukommen. Deshalb sprechen wir von Bevölkerungserneuerung oder Reproduktion. In der Demographie sind Reproduktionsraten ein Schlüssel zum Verständnis künftiger Bevölkerungsdynamik. Auf der individuellen Ebene gibt es keine Reproduktion: Selbst durch unsere eigenen Kinder leben wir nicht ewig. Auf der gesellschaftlichen Ebene garantieren Kinder

das Überleben und die Weiterentwicklung der Bevölkerung. In einer Bevölkerung ohne Migration zeigen die Gesetze der Bevölkerungsdynamik deutlich, daß eine Bevölkerung langfristig signifikant altert, abnimmt und schließlich ausstirbt, wenn die Reproduktion unter dem sogenannten Bestanderhaltungsniveau liegt (und die Lebenserwartung nach oben begrenzt ist). Je geringer die mit Hilfe von Fertilitätsraten gemessene Reproduktion ist, desto schneller läuft dieser Prozeß ab. Es wird zwar noch Jahrhunderte dauern, bevor Europa vom Aussterben bedroht ist, und selbst mit einem starken Rückgang der Bevölkerung ist in den nächsten 50 Jahren kaum zu rechnen, doch das Altern der europäischen Bevölkerung wird in den nächsten Jahrhunderten ein wesentliches Problem darstellen.



Wer will schon wissen, wie alt wir alle werden?

Wie jede andere Bevölkerung ist auch die europäische keine amorphe und homogene Masse, sondern nach einigen wichtigen



Kriterien strukturiert. In Europa denken wir in diesem Zusammenhang z.B. an sprachliche, kulturelle und nationale Unterschiede. Darüber vergessen wir manchmal die zwei wesentlichsten Merkmale jeder Bevölkerung, nämlich Alter und Geschlecht. Dem Geschlecht wurde in letzter Zeit vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt und die meisten Regierungen sowie die Europäische Kommission

haben spezielle Gremien zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern eingerichtet. Die Altersdimension hat noch nicht im gleichen Ausmaß Berücksichtigung gefunden. Aus diesem Grund wurde die Problematik in einigen Symposien auf europäischer Ebene diskutiert (z.B. bei der von der Generaldirektion V der Europäischen Kommission und der österreichischen Präsidenten-

schaft im Oktober 1998 in Wien organisierten Tagung „Eine Gesellschaft für alle Generationen“).

Warum sollen wir uns eigentlich mit dem Alter beschäftigen? Auf der individuellen Ebene klingt diese Frage dumm. Ob eine Person ein Jahr, zehn Jahre, 40 Jahre oder 80 Jahre alt ist, bestimmt, wie sie sich fühlt und wie sie lebt, was sie tut und was

sie sich noch vom Leben erwartet. Es besteht ein direkter Bezug zum Sozialisationsprozeß, zur Aneignung von Fertigkeiten, zur körperlichen Kraft, Reife und letztlich auch zur verbleibenden durchschnittlichen Lebenserwartung. Auf der gesellschaftlichen Ebene ist diese Frage weniger klar. Spielt es eine Rolle, ob die Hälfte der Bevölkerung jünger als 15 Jahre ist, wie dies in einigen Entwicklungsländern der

top fertilität

Fall ist, oder ob die Hälfte der Bevölkerung älter als 40 ist, was bereits auf mehrere Staaten Europas zutrifft? Natürlich macht es einen Unterschied in bezug auf die erforderlichen Schulen und Altersheime. Es beeinflusst auch wesentlich die Zahlungsbilanz in einem auf dem Umlageverfahren beruhenden Pensionssystem, in dem die jeweils erwerbstätige Bevölkerung die Pensionen der An-

ste demographische Komponente mit gleichmäßigen Verbesserungen über die Jahre galt, ist seit kurzem ungewisser geworden. In den letzten 50 Jahren ist die Lebenserwartung in Westeuropa um ca. zehn Jahre gestiegen, was einem durchschnittlichen Zuwachs von zwei Jahren pro Jahrzehnt entspricht. In der mittleren Variante rechnet Eurostat zum Zeitpunkt der Geburt mit einem Zuwachs der

Zuwächse die Erwartungen der Wissenschaftler übersteigen), sind einige Fachleute der Meinung, daß die Altersgrenzen (so es sie überhaupt gibt) weit über hundert Jahren liegen könnten.

Längerfristig gesehen ist **Fertilität** die wichtigste der drei demographischen Komponenten. Veränderungen in der Fertilität wirken sich nicht nur auf die Zahl der Kinder aus, sondern auch auf jene der Enkel, etc. Aus diesem Grund können relativ geringfügige Veränderungen der Fertilität die Größe und Altersstruktur der künftigen Bevölkerung deutlich beeinflussen. Trotz ihrer Bedeutung wissen wir nur sehr wenig über künftige Fertilitätstrends in Europa.

Auch die Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg hilft uns nicht bei der Prognose künftiger Trends: Während des sogenannten Babybooms der frühen Sechzigerjahre hatten die meisten Staaten Westeuropas Fertilitätsraten von mehr als 2,5 Kindern pro Frau. In den Siebzigerjahren nahm die Fertilitätsrate rasch ab. Der westeuropäische Durchschnitt lag damals bei 1,6. Danach divergieren die Trends, wobei die Raten jedoch typischerweise beträchtlich unter dem Bestanderhaltungsniveau

liegen. Die stärksten Rückgänge wurden in den Mittelmeerländern verzeichnet: In Italien und Spanien kommen weniger als 1,2 Kinder auf eine Frau. Auch innerhalb der einzelnen Staaten gibt es starke regionale Unterschiede. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die Tatsache, daß wir nicht wissen, bis zu welchem Grad diese Trends auf verändertes Timing zurückzuführen sind, d.h. auf ein Aufschieben von Geburten, und inwieweit sie die Fertilität der jüngeren Generationen europäischer Frauen über ihr ganzes Leben widerspiegeln (siehe Kasten: Kohorten- und Periodenfertilität).

Migration ist die unsicherste der drei demographischen Komponenten. Die Zahl der Menschen, die in ein Land kommen oder es verlassen, kann sich durch politische Ereignisse oder neue Gesetze von einem Jahr zum anderen ändern. Die letzten zehn Jahre waren durch starke Schwankungen sowohl nach oben als auch nach unten gekennzeichnet. Das Problem bei der Vorhersage von Wandertrends ist nicht nur die Schwierigkeit, derartige politische Entscheidungen vorherzusehen, sondern auch die Tatsache, daß Nettomigration sich aus zwei teilweise unabhängigen Strömungen (Einwanderung und

„Kinder zu haben wird als Arbeit eingestuft.“

spruchsberechtigten zählt. Es spielt vermutlich auch eine wesentliche Rolle auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang wird manchmal die Befürchtung geäußert, eine ältere Erwerbsbevölkerung könnte sich negativ auf die Produktivität auswirken. Abgesehen von wirtschaftlichen Aspekten ließen sich auch Überlegungen über Änderungen der kulturellen Präferenzen und der politischen Macht anstellen, die sich aus der geänderten Altersstruktur der Wahlberechtigten ergeben.

Lebenserwartung von ca. drei Jahren über einen Zeitraum von 20 Jahren. Doch die Wissenschaft ist sich zunehmend unsicherer über die Grenzen menschlichen Lebens und damit auch über die noch zu erwartenden Zuwächse in der Lebenserwartung. Im Gegensatz zur traditionell vorherrschenden Ansicht, daß wir bereits ziemlich knapp an einem solchen Limit sind (die angenommenen Werte werden ständig nach oben korrigiert, da die tatsächlichen

Über den Zusammenhang von Geburt, Tod und Einwanderung

Die derzeitige Altersstruktur und die weitere Entwicklung der drei grundlegenden demographischen Komponenten Fertilität (Geburtenrate), Mortalität (Sterberate) und Migration (Wanderungsrate) sind ausschlaggebend für die Größe und Altersstruktur der künftigen Bevölkerung. Daß in Bevölkerungsprognosen nur drei Faktoren zu berücksichtigen sind, macht die Aufgabe nicht unbedingt einfacher, denn die Vorhersage ist für jeden einzelnen Faktor schwierig und mit Unsicherheiten verbunden. Selbst die Entwicklung der **Mortalität**, die bislang als stabil-

Abbildung 1: EU, Gesamtbevölkerung

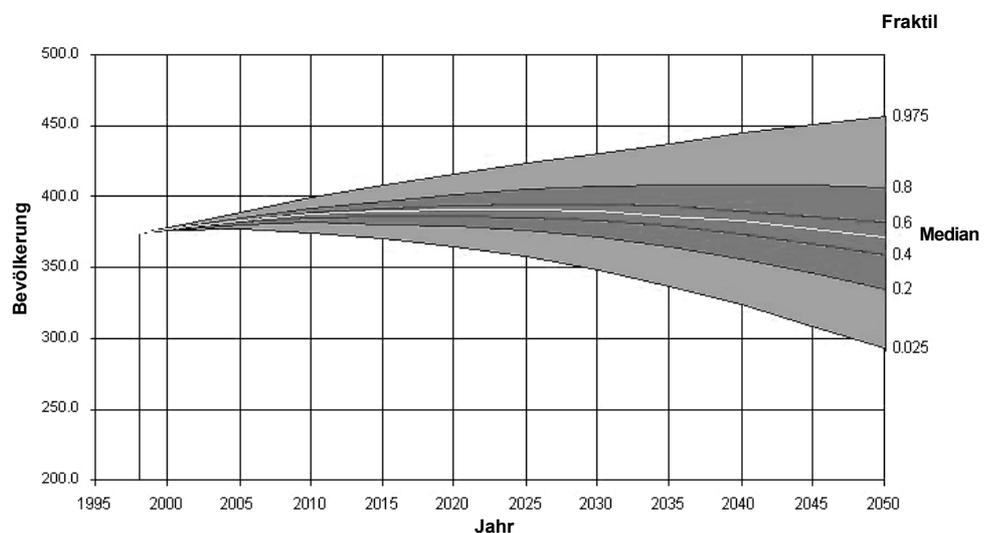
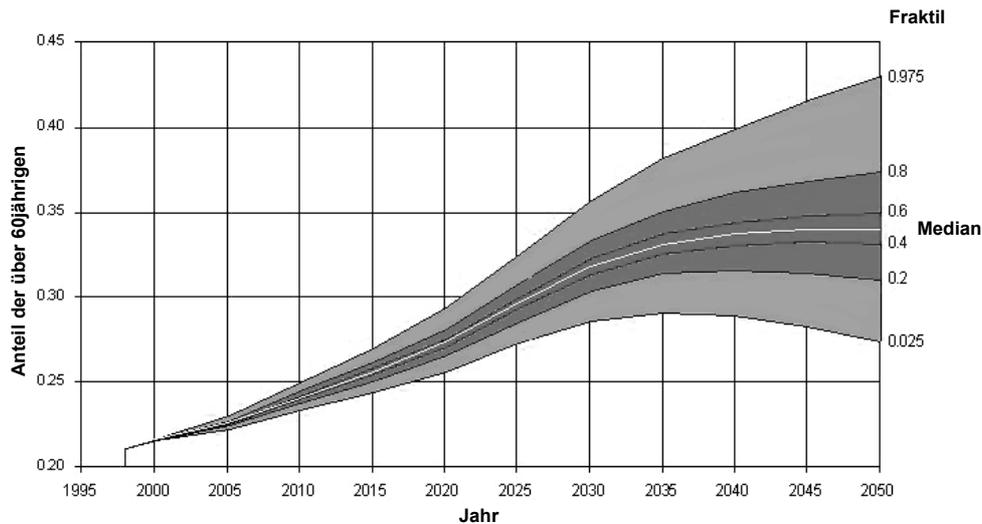


Abbildung 2: Europäische Union



Auswanderung) ergibt. Diese hängen sowohl von den Bedingungen in den Entsende- als auch in den Aufnahmeländern ab.

Die europäische Erwerbsbevölkerung ergraut: Probabilistische Bevölkerungsprognosen für die Europäische Union

Probabilistische Projektionen sind eine relativ neue Entwicklung von IIASA, dem Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse in Österreich, wo vor kurzem die ersten Prognosen für die Europäische Union berechnet wurden. Im wesentlichen basieren sie auf den Annahmen von Eurostat und entsprechen im Median auch dem Grundscenario von Eurostat. Abbildung 1 zeigt die probabilistischen Projektionen für die Gesamtbevölkerung der derzeit 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis zum Jahr 2050. Der Zentralwert dieser Prognosen zeigt einen leichten Anstieg der Einwohnerzahl in der EU von derzeit 375 Millionen auf knapp über 380 Millionen im Jahr 2015 und danach einen geringfügigen Rückgang auf 345 Millionen bis zum Jahr 2050. Die Abbildung zeigt auch den Bereich der geschätzten Unsicherheitsverteilung. Die inneren 20 Prozent sind schwarz, die

inneren 60 Prozent dunkel schattiert dargestellt.

Ganz anders als bei dieser nicht allzu beeindruckenden Darstellung der Gesamtbevölkerungsgröße ist die Situation bezüglich des Anteils der über 60jährigen (Abb. 2). Hier stellt sich nicht die Frage, ob er steigen oder fallen wird, sondern in welchem Ausmaß die Zahl der älteren Menschen ansteigen wird. Da die Alten von morgen heute schon geboren sind, läßt sich mit sehr großer Sicherheit die Entwicklung der Altersstruktur vorhersagen. Mit anderen Worten ist praktisch sicher, daß der

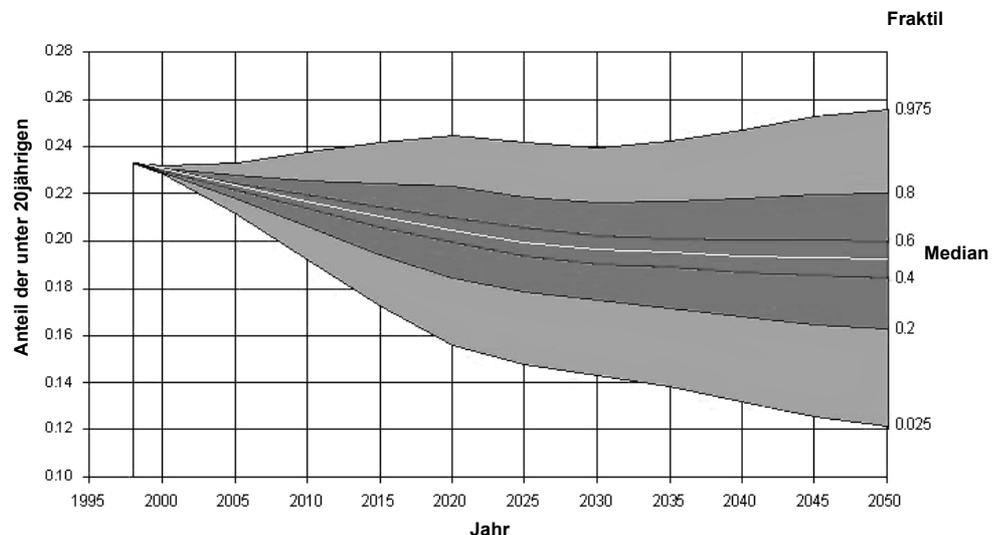
Prozentsatz der europäischen Bevölkerung über 60 von derzeit 21 Prozent um 8 bis 12 Prozentpunkte steigen wird. Das ist bis 2030 eine Erhöhung um das Anderthalbfache, ein nicht nur aus der Sicht von Bevölkerungsexperten sehr starker Anstieg. Das Neue an diesen probabilistischen Projektionen ist, daß sie sich nicht einfach als ‚Horror-szenarien‘ mit unbekannter Wahrscheinlichkeit abtun lassen. Die Steigerung ist bis zum Jahr 2030 praktisch sicher.

Bei den unter 20jährigen geht die Zahl langsam zurück, sie spiegelt aber nicht genau die

Kurve der Senioren in die andere Richtung wider (Abb. 3). Es ist offensichtlich, daß mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 85 Prozent der Anteil der Kinder und Teenager in Europa schrumpfen wird. Beim zentralen Wert sinkt er von derzeit 23 Prozent auf unter 20 Prozent. Laut etwas pessimistischeren Berechnungen könnte der Anteil der unter 20jährigen an der Gesamtbevölkerung jedoch sogar auf unter 15 Prozent sinken.

Eine Kombination dieser beiden Trends ergibt einen signifikanten und praktisch sicheren Anstieg des Durchschnittsalters der europäischen Bevölkerung von derzeit 39,3 Jahren auf zwischen 44 bis 47 Jahre im Jahr 2030 bzw. zwischen 42 und 52 Jahre im Jahr 2050. Der Zentralwert wird voraussichtlich auf ca. 46 Jahre ansteigen. Diese Daten zeigen auch wesentliche Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Bereits im Jahr 2020 wird sich das Durchschnittsalter der erwerbsfähigen Bevölkerung (20–64jährige) voraussichtlich von 40,5 auf 43 Jahre erhöht haben. De facto bedeutet dies, daß die Zahl der Arbeitnehmenden zwischen 50 und 60 Jahren stark ansteigen und jene der 20 bis 29jährigen stark zurückgehen wird.

Abbildung 3: Europäische Union



top fertilität

Auch Pensionssysteme, die auf dem Transfer zwischen verschiedenen Altersgruppen beruhen, werden vor einer großen Herausforderung stehen. Abbildung 4 zeigt die sogenannte Alterslastquote, die sich ergibt, wenn die Bevölkerung über 60 durch die Bevölkerung zwischen 20 und 60 dividiert wird. Obwohl diese Quote nicht das wahre Verhältnis von Nutznießenden und Beitragszahlenden im Sozialversicherungssystem widerspiegelt, ist sie ein wichtiger Indikator für die zugrunde liegende demographische Dynamik. Derzeit liegt diese Quote bei 38 Prozent. Das heißt, daß fast drei Erwerbstätige eine Person über 60 Jahre erhalten. Bereits im Jahr 2018 werden nur mehr zwei Aktive eine Person in Rente erhalten und im Jahr 2040 wird jede erwerbstätige Person ca. 70 Prozent der Kosten einer Rentnerin bzw. eines Rentners tragen. Vor dem Hintergrund dieses Wissens erscheint es unverantwortlich, politische Reformen nur bis zum Jahr 2015 oder gar nur bis 2010 zu planen, da wir bereits wissen, daß danach durch die Pensionierung der Babyboom-Generation mit einem noch stärkeren Anstieg zu rechnen ist.

Die probabilistischen Projektionen zeigen einen überraschend kleinen Unsicherheitsfaktor für die kommenden Jahrzehnte.

Selbst für langfristige Reformen gibt es also gute, verlässliche Daten. In diesem Zusammenhang kann die Politik der Wissenschaft nicht vorwerfen, keine eindeutigen und sicheren Informationen zur Verfügung zu stellen.

Migration ist aus verschiedenen Gründen, zu denen auch Aspekte wie z.B. kulturelle Homogenität zählen, eine unwahrscheinliche Lösung für das anstehende Problem des Alterns der Gesellschaft. Es wurde nachgewiesen, daß auch quantitativ massive Einwanderung langfristig keinen wesentlichen Einfluß auf das Altern der Bevölkerung hat (unter der Voraussetzung, daß die Einwandernden sich sofort an die europäischen Fertilitätsraten anpassen). Ein jährlicher Zuwachs von einer Million Migrantinnen und Migranten würde die Gesamtbevölkerung Westeuropas bis zum Jahr 2020 um 13 Prozent erhöhen (505 Millionen), während sie ohne Einwanderung um drei Prozent schrumpfen würde (433 Millionen). Durch die Migration würde sich der Zuwachs der über 60jährigen jedoch bloß von 17,8 Prozentpunkten auf 15,7 Prozentpunkte verringern, denn die eingewanderten Bevölkerungsgruppen altern auch und fallen dann ebenfalls in die Gruppe der über 60jährigen (es sei denn, sie kehren in ihr Heimatland zurück).

Durch eine langsamere Verbesserung der Mortalitätsraten und insbesondere der Lebenserwartung im Alter würde sich der Anteil der über 60jährigen dreimal schneller reduzieren als durch massive Einwanderung. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß in diesem Bereich gezielt politische Maßnahmen gesetzt werden. Politische Veränderungen wie z.B. die jüngsten Ereignisse in Osteuropa haben de facto zu einer Stagnation bei der Verbesserung der Mortalitätsraten geführt, doch handelt es sich hier eindeutig um unbeabsichtigte Nebenwirkungen anderer Intentionen. Damit bleibt nur mehr Fertilität als einzige ernstlich in Erwägung zu ziehende Komponente, mit der sich das demographische Altern der Bevölkerung politisch beeinflussen läßt.

Wodurch wird die künftige Fertilität beeinflusst werden?

In den meisten Staaten Europas erreichte die Fertilität in den Neunzigerjahren einen historischen Tiefpunkt. In der Mehrzahl der Mitgliedstaaten der EU

liegt die Periodenfertilität bei oder sogar unter zwei Drittel des Bestanderhaltungsniveaus. Es ist nicht geklärt, ob es sich dabei um ein temporäres Phänomen handelt, das sich durch Aufschieben der Reproduktion auf spätere Lebensabschnitte ergibt, ob es ein neuer Dauerzustand ist (siehe Kasten: Kohorten- und Periodenfertilität) oder ob die Fertilität noch weiter sinken wird.

Argumente für einen weiteren Rückgang der Fertilität

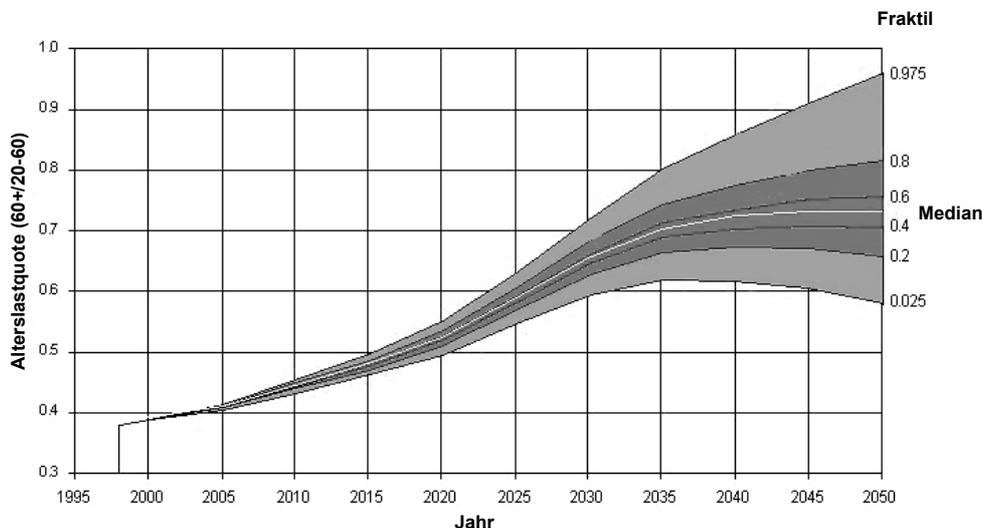
Individualisierung

Es gibt zahlreiche Überlegungen zur Individualisierung, dem soziologischen Trend des 20. Jahrhunderts. Hier sei nur ein psychologischer Aspekt dieses Individualisierungstrends angeführt, nämlich die zunehmende Scheu von Frauen und Männern, Entscheidungen zu treffen, die langfristige Folgen haben und ihre künftige Wahlfreiheit eindeutig einschränken. Der Entschluß, ein Kind zu bekommen, prädeterminiert viele Wahlmöglichkeiten in den folgenden zwei Jahrzehnten und kann auch nicht rückgängig gemacht werden, wenn das Kind einmal geboren ist.

Unabhängige Frauen

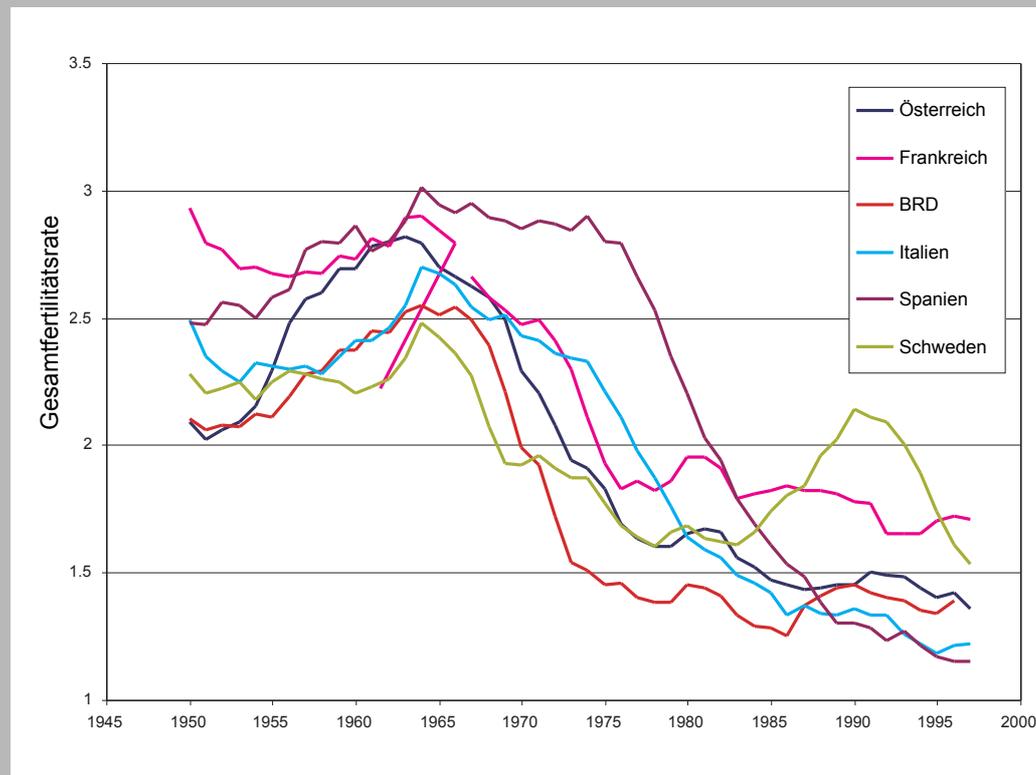
Die zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen wird oft als wesentliches Charakteristikum des gesellschaftlichen Wandels gesehen. In praktisch allen Industrieländern ist der Anteil der Frauen am Arbeitsmarkt ständig gestiegen, am stärksten in Skandinavien, wo beinahe alle erwachsenen Frauen unter 50 erwerbstätig sind. Aber auch in Nordamerika sind die Frauenerwerbsquoten nicht viel niedriger. In Italien hat die Erwerbstätigkeit der Frauen in den Achtzigerjahren um mehr als ein Drittel zugenommen. Dieser grundlegende Wandel in der wirtschaftlichen Tätigkeit der Frauen hat offensichtlich auch das reproduktive Verhalten verändert. Zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit bewirkt,

Abbildung 4: Europäische Union



Kohorten und Periodenfertilität

Es gibt zwei Arten, das Fertilitätsniveau zu messen. Die erste bezieht sich auf Kohorten, d.h. Geburtsjahrgänge von Frauen, die ihren reproduktiven Lebensabschnitt bereits abgeschlossen haben. Diese Ziffern sind empirisch meßbar und beinhalten keine Schätzungen. Sie haben allerdings den Nachteil, daß gewartet werden muß, bis diese Frauen zumindest 40–45 Jahre alt sind. Die Daten sind daher eher von historischem Interesse, da die meisten Geburten dann ja schon fast 20 Jahre zurückliegen. Ganz aktuell ist dagegen die zweite Art der Fertilitätsmessung nach Perioden. Hierbei werden die in einem Jahr (z.B. 1998) in den einzelnen Altersgruppen beobachteten Fertilitätsraten zusammengezählt. Die daraus resultierende zusammengesetzte Fruchtbarkeitsziffer gibt die durchschnittliche Kinderzahl einer hypothetischen Gruppe von Frauen an, die in ihrem Leben allen im Jahre 1998 gemessenen altersspezifischen Fertilitätsraten ausgesetzt ist. Die Abbildung zeigt die Entwicklung dieser Periodenziffern für ausgewählte europäische Staaten.



Die beiden unterschiedlichen Arten der Fertilitätsmessung führen auch manchmal zu unterschiedlichen Interpretationen des Geburtenrückgangs. Die aktuellsten Kohortenziffern beziehen sich auf die Geburtsjahrgänge vor 1955, die ihre meisten Geburten noch in den Siebzigerjahren hatten. Diese Ziffern liegen um einiges höher als die Periodenziffern der Neunzigerjahre. Die Periodenziffern haben wiederum den Nachteil, daß sie den Einfluß kurzfristiger Fluktuationen übertreiben: Erhöht sich z.B. das durchschnittliche Gebäralter um nur 0,1 Jahre (was einer Verzögerung der Geburt um ein Jahr von zehn Prozent der Frauen entspricht), so sinkt die Periodenziffer in diesem Jahr gleich um zehn Prozent. Da das durchschnittliche Gebäralter derzeit in fast allen europäischen Staaten steigt, können die sehr niedrigen Periodenziffern auch zum Teil durch dieses Phänomen erklärt werden.

daß Frauen später heiraten und daher auch tendenziell weniger Kinder haben.

Es kann jedoch nicht vorbehaltlos die Erwerbstätigkeit von Frauen als wesentliche Determi-

nante für sinkende Fertilitätsraten herausgegriffen werden. Es ist gut möglich, daß der Wunsch, weniger Kinder zu haben, ausschlaggebend dafür ist, daß Frauen nicht zu Hause bleiben sondern ins Erwerbsleben eintre-

ten, bzw. kann auch eine andere treibende Kraft beiden Trends zugrunde liegen. Diese Annahme wird durch Daten aus mehreren Staaten erhärtet, in denen sich die Fertilitätsraten trotz zunehmender Erwerbstätigkeit

der Frauen verbessern. Die Schlüsselfrage in dieser vielschichtigen Problematik scheint zu lauten: Wie können Frauen (und Männer) in Zukunft Elternschaft und Erwerb miteinander vereinbaren?

Flexible Partnerschaften

Die Ehe wird in allen Industrieländern zunehmend instabiler. Dieses Phänomen ist zumindestens teilweise auf die zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen zurückzuführen. Frauen mit eigenem Einkommen sind nicht länger gezwungen, in einer nicht zufriedenstellenden Verbindung auszuharren. Ungeachtet der gesellschaftlichen und psychologischen Gründe stehen die Chancen schlechter als in der Vergangenheit, daß ein junges Paar heute die zwanzig Jahre zusammen bleibt, die mindestens erforderlich sind, um ein Kind großzuziehen.

Empirische Untersuchungen zeigen immer deutlicher, daß die Trennung der Eltern Kinder stärker beeinträchtigt, als in der Vergangenheit angenommen wurde. Daher werden verantwortungsbewußte zukünftige Eltern vielleicht beschließen, keine Kinder in die Welt zu setzen, wenn sie sich der Stabilität ihrer Partnerschaft nicht ganz sicher sind. Dies kann ein sehr wesentlicher Faktor für die Entscheidung von Paaren sein, die in Lebensgemeinschaft leben, da diese viel weniger stabil zu sein scheinen als eheliche Gemeinschaften. Ein Gegenargument wäre, daß Wiederverheiratung (bzw. das Eingehen einer neuen nichtehelichen Lebensgemeinschaft) ein Anreiz sein könnte, zur Festigung der neuen Beziehung ein weiteres Kind zu bekommen.

Kinder ,gefährden' Konsum und Freizeit

Es wird häufig behauptet, der Rückgang der Fertilität in unserer Zeit sei auf den steigenden Konsum zurückzuführen. Angeblich investieren die Menschen statt in Kinder eher

top fertilität

in Dinge, die ihnen Freude bereiten: Sie kaufen sich lieber ein neues Auto statt noch ein Kind zu bekommen; sie verbringen ihre Zeit lieber mit Fernsehen als mit dem Wechseln von Windeln. Früher mußten Paare schwerer und länger arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen und hatten dennoch Zeit für viele Kinder. Die Extrafreizeit, die Paare heute zur Verfügung steht, wird nicht

Werte, sondern ist eher auf der technischen Ebene angesiedelt. Es ist empirisch erwiesen, daß in allen Industriegesellschaften eine signifikante Zahl der Schwangerschaften ungeplant ist. In der Demographie wird oft zwischen falschem Timing (zu frühe Schwangerschaft) und falscher Zahl (ungewollte Schwangerschaft) unterschieden. Beides ließe sich durch effizientere Empfängnisverhütung verrin-

bekommen oder um es nicht zu bekommen, wie dies derzeit der Fall ist.

Argumente für einen künftigen Anstieg der Fertilität

Fertilitätszyklen

Es gibt die These, daß auch der Kreislauf von Geburten nach einem bestimmten Muster abläuft. Der These zufolge determiniert das Fertilitätsniveau der Elterngeneration das reproduktive Verhalten ihrer Kinder. Die erste Generation hat ein geringes relatives Einkommen und eine geringe Fertilitätsrate; die zweite Generation wächst mit niedrigen Erwartungen in bezug auf Wohlstand auf, findet jedoch auf dem Arbeitsmarkt günstige Bedingungen vor, da es nur wenig Konkurrenz gibt. Daraus resultieren ein hohes relatives Einkommen und hohe Fertilität. Die dritte Generation ist zahlreich und hat hohe Erwartungen. Daraus ergibt sich ein niedriges relatives Einkommen und geringe

Fertilität. Empirisch läßt sich dieses Modell gut durch den amerikanischen Babyboom der Sechzigerjahre und den nachfolgenden Rückgang der Fertilität belegen. Doch der Zyklus ist nicht komplett, denn es gab keinen neuen Babyboom. Auf andere Staaten trifft die These des historischen, langfristigen Zyklus noch weniger zu.

Nationale Identität und ethnische Rivalität

Nationale Identität kann sich nachhaltig auf individuelles reproduktives Verhalten auswirken. Ängste bezüglich der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung und das Gefühl der Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zu einer Gruppe sind starke emotionale Kräfte, die Fertilität direkt beeinflussen können. Beispiele dafür finden sich in Israel, Nordirland und in den baltischen Ländern (vor 1991). In diesen Gebieten stehen sich eindeutig zwei rivalisierende Bevölkerungsgruppen gegenüber, die vielleicht versu-

„Wirtschaftlich unabhängige Frauen bekommen später Kinder.“

für die Kinder verwendet. Kinder zu haben wird als Arbeit eingestuft.

Ob Kinder zu bekommen und insbesondere sie großzuziehen sich zu einer bevorzugten Freizeitbeschäftigung von Frauen und Männern entwickelt, wird davon abhängen, inwieweit zwischen Vergnügen und Belastung ein Kompromiß gefunden werden kann. In einigen Städten Europas gibt es bereits mehr Hunde als Kinder. Dort ergibt die Bilanz von Arbeit und Vergnügen einen günstigeren Saldo für Haustiere, denen Frau oder Mann sich in geringerem Maße widmen muß und die sie schlimmstenfalls immer noch weggeben können. Diese Argumentation legt nahe, daß die Situation für das in die Welt setzen von Kindern weiterhin negativ bleiben wird, solange sich die durch Kinder verursachte Belastung nicht verringert bzw. sich die durch Kinder erhaltene Entlohnung nicht erhöht.

Unsichere Verhütung

Das letzte Argument bezieht sich weniger auf geänderte

gern: Im zuletzt angeführten Fall würde dies eindeutig die Fertilität senken; im vorgenannten Fall würde es sich theoretisch nicht auf die Fertilität auswirken.

Wir sind heute noch weit entfernt von einer perfekten Empfängnisverhütung, die problemlos anzuwenden ist und keine Nebenwirkungen hat. Immer mehr Frauen geben an, der Pille überdrüssig zu sein, doch eine Sterilisierung ist (insbesondere in Kontinentaleuropa) nicht für jede Frau/jeden Mann akzeptabel, weil sie sich nicht rückgängig machen läßt. Ein hypothetisch perfektes Verhütungsmittel ohne jegliche Nebenwirkungen, das nach einmaliger Einnahme erst wieder ausgeschaltet werden muß, damit die Frau schwanger werden kann, würde die Situation sicher ändern. Dieses hypothetische Verhütungsmittel würde ungeplante Schwangerschaften verhindern, von denen es auch heute immer noch viele gibt. Es wird einen großen Unterschied für künftige Fertilitätsraten machen, ob eine Frau zum Arzt gehen muß, um ein Kind zu

Wie lange kann die Fertilität abnehmen?

In der demographischen Literatur wird diskutiert, wie hoch die Fertilität einer Bevölkerung maximal sein kann. Die höchsten bekannten Werte liegen bei 10,9 Kindern pro Frau bei den Hutterern in den USA (Ehen von 1921–30) und 10,8 bei der kanadischen Bevölkerung des 18. Jahrhunderts. Auf nationaler Ebene hat Ruanda mit 8,5 die höchste, von der UNO veröffentlichte Fertilitätsrate für den Zeitraum 1975–1980. In vielen anderen afrikanischen Staaten liegen die Fertilitätsraten in dieser Periode über 8,0.

1998 hat der italienische Demograph Antonio Golini einen Artikel veröffentlicht, in dem er analysiert, wie lange die Fertilität in einer Bevölkerung abnehmen kann. Er führt nicht nur einige der niedrigsten Gesamtfertilitätsraten an – z.B. 0,77 für Ostdeutschland im Jahr 1994 oder 0,80 für die italienische Provinz Ferrara – sondern berechnet auch eine Gesamtfertilitätsrate von 0,72, indem er die niedrigsten altersspezifischen Fertilitätsraten der nationalen Bevölkerungen für den Zeitraum 1990–1995 kombiniert. Für die Kohortenfertilität simuliert er den Fall, daß 20–30 Prozent aller Frauen kinderlos bleiben und der Rest nur ein Kind bekommt. Diese Daten entsprechen in etwa der heutigen Situation in einigen Provinzen Norditaliens. Daraus ergibt sich eine untere Grenze von 0,70 bis 0,80 Kindern für die Kohortenfertilität. Ob derart niedrige Raten auf nationaler Ebene auch wirklich erreicht werden und ob sie längerfristig in Hinblick auf ihre sozialen und wirtschaftlichen Implikationen tragbar sind, ist natürlich eine andere Frage.

chen, einander zahlenmäßig zu übertreffen. Dies könnte ein wesentlicher Grund dafür sein, daß die Fertilitätsraten in diesen Staaten höher sind als in anderen Ländern mit ähnlichen sozioökonomischen Bedingungen. Einer Hypothese zufolge könnte diese Rivalität durch internationale Migration auch in anderen Industrieländern auftreten, doch gibt es in diesem Zusammenhang auch starke Gegenbeispiele, z.B. die frankophone Bevölkerung Kanadas, die kalifornische Bevölkerung nicht hispanischer Herkunft oder Deutsche, die in Städten mit einer großen türkischen Population leben, wo ethnisch-linguistische Rivalität auf anderem Weg und nicht über die Reproduktion ausgetragen wird.

Kann und soll die Fertilität durch politische Maßnahmen beeinflusst werden?

Die potentielle Steuerung der Kinderzahl durch politische Maßnahmen ist in Europa seit den Dreißigerjahren ein sehr kontroversielles Thema. Ausgelöst durch die niedrigen Geburtenraten in vielen Staaten Europas nach der Weltwirtschaftskrise wurde das Problem europaweit diskutiert. In dieser Zeit war die Debatte stark nationalistisch und eugenisch geprägt. Die einzelnen Staaten zogen jedoch ganz unterschiedliche Schlüsse. In Schweden wurden pronatalistische Maßnahmen als reale Option erwogen, jedoch bald in wohlfahrtsstaatliche Politik umgewandelt. Nazideutschland machte die „Vermehrung echter Deutscher“ zu einer nationalen Priorität und schuf zu diesem Zweck Anreize eher moralischer denn wirtschaftlicher Natur, darunter das berühmte Mutterkreuz. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Problem in den

meisten Staaten Europas zum Unthema, mit Ausnahme von Frankreich, wo die Kinderbeihilfen eindeutig pronatalistisch orientiert und stärker auf höhere Geburtenzahlen abgestellt waren. Durch den Babyboom der Nachkriegszeit, der in den meisten Staaten Europas in den frühen Sechzigerjahren seinen Höhepunkt erreichte, lagen auch die Periodenfertilitätsraten weit über dem Bestanderhaltungsniveau, weshalb sich das öffentliche Interesse von der Fertilität zu Fragen der Familienwohlfahrt verlagerte.

Bis heute werden in praktisch allen Mitgliedstaaten der EU Kinder- und Familienbeihilfen als sozialpolitisches Mittel zur Verbesserung der schwierigen wirtschaftlichen Lage junger und vor allem kinderreicher Familien gesehen. Selbst Maßnahmen, die sich pronatalistisch interpretieren ließen, wie z.B. die Gewährung eines höheren Kinderbeitrags ab dem dritten Kind in Irland, werden ausdrücklich aus sozialpolitischen Überlegungen und zur Unterstützung ärmerer Familien gesetzt. Familienpolitische Maßnahmen werden auch zunehmend in den Dienst der Frauenpolitik gestellt, deren Schwergewicht auf der Erwerbstätigkeit von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie liegt. Zwei wesentliche Errungenschaften dieser Bestrebungen seit den Siebzigerjahren sind die Verlängerung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs und die Bereitstellung öffentlicher Kinderbetreuung in den meisten Staaten Europas.

Der Anfang der Siebzigerjahre beobachtete, starke Rückgang der Geburtenraten in vielen Staaten Europas hat die Debatte über die niedrige Fertilität erneut auf die Tagesordnung gesetzt. In einigen wissenschaftlichen Studien wurden die möglichen Auswirkungen staatlicher Interventionen untersucht, doch konnte keine meßbare Wirkung festgestellt werden. Daraus wurde gefolgert, daß die für die

Ein Blick nach Asien: Familienpolitik in Singapur

Nach zwei Jahrzehnten, in der die Familienpolitik bestrebt war, die Fertilität zu senken („Zwei Kinder sind genug“), machte Singapur Mitte der Achtzigerjahre eine relativ scharfe Kehrtwendung und propagierte im Jahr 1987: „Wer es sich leisten kann, hat drei oder mehr Kinder!“ Zu diesem Zeitpunkt war die Gesamtfertilitätsrate auf 1,62 abgesunken. Hauptgründe für die Besorgnis waren das Altern der Bevölkerung im allgemeinen und die Tatsache, daß vor allem Frauen mit höherer Bildung weniger Kinder hatten. Es wurde befürchtet, daß letzteres sich negativ auf die Bildung des Humankapitals und die Fähigkeiten künftiger Generationen auswirken würde, da Kinder von Müttern mit höherem Bildungsstand tendenziell besser ausgebildet sind. Nach einigen Kontroversen wurden die Beihilfen nicht nur gebildet, sondern allen Frauen gewährt. Sie umfaßten (a) finanzielle Anreize einschließlich Steuernachlässe für das dritte und vierte Kind, (b) Unterstützung für Kinderbetreuung und andere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und (c) bevorzugte Behandlung bei der Vergabe von neuen Wohnungen. Begleitet wurden diese Maßnahmen von einer allem Anschein nach relativ wirksamen Kampagne. In den folgenden drei Jahren stieg die Fertilitätsrate um 15 Prozent. Die Steigerung war besonders ausgeprägt bei Drittgeburten, die sich zwischen 1986 und 1990 fast verdoppelten. Vor kurzem hat die Regierung eine neue Kampagne zur Senkung des durchschnittlichen Heiratsalters gestartet. Es wird sich zeigen, ob diese Maßnahmen ebenso erfolgreich sind.

Fertilität ausschlaggebenden Determinanten in Bereichen wie z.B. persönlicher Religiosität oder Partnerschaft angesiedelt sind, die sich dem Einfluß des Staates entziehen. Diese Überlegungen sowie die Betonung wohlfahrtsstaatlicher Aspekte haben dazu geführt, daß pronatalistische Maßnahmen in den letzten 15–30 Jahren weniger zur Diskussion standen.

Empirisch belegt sind nur einige wenige Beispiele aus den sozialistischen Staaten, z.B. die 1976 in Ostdeutschland gesetzten, pronatalistischen Schritte, durch welche die Fertilität um geschätzte 20 Prozent anstieg, teilweise bedingt durch die Tatsache, daß ein Kind die einzige Möglichkeit für junge Frauen und Männer war, zu einer eigenen Wohnung zu kommen. Doch dies funktionierte nur, weil es keinen freien Wohnungsmarkt gab.

Ein schwieriges methodologisches Problem aller Studien, die auf einer zeitlichen Korrelation von politischen Maßnahmen und Fertilitätsraten beruhen, liegt darin, daß eine schlagartige Änderung der Politik eher die Ausnahme ist und sich nicht nur politische Maßnahmen, sondern auch viele andere Faktoren ändern. Dies erschwert ein Festschreiben des spezifischen Beitrags der geänderten Maßnahme. Eindeutige Korrelationen ergeben sich nur, wenn es möglich ist, die Maßnahme und die Reaktion zeitlich direkt miteinander in Bezug zu setzen. Ein Beispiel für einen negativen Bezug dieser Art findet sich in Österreich. Im Zuge der Budgetkonsolidierung Ende 1996 wurde ein jahrelang für jede Geburt gewährter Geldbetrag (in der Höhe von ATS 15.000 bzw. Euro 1.090) ab Jänner 1997 abgeschafft. Die Medien berichteten Ende 1996 ausführlich über diese Sparmaßnahme. Die monatlichen Geburtenraten blieben bis August/September 1997

top fertilität

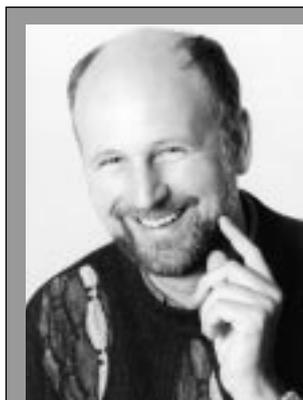
auf ihrem früheren durchschnittlichen Stand (Gesamtfertilitätsrate ca. 1,4); im Oktober 1997 sanken sie um ca. zehn Prozent und bewegen sich seither auf diesem niedrigeren Niveau (neueste Daten: Mitte 1998). Obwohl dieser spezifische Fall ziemlich klar zu sein scheint, wissen wir natürlich nicht, ob es sich dabei um einen vorübergehenden oder um einen permanenten Rückgang handelt.

Eine umfassende Untersuchung über die Auswirkungen finanzieller Familienbeihilfen in Westeuropa wurde 1997 von Gauthier und Hatzius veröffentlicht. Sie basiert auf ökonomischen Zeitserien, die für den Zeitraum 1970–1990 auf 22 Industrieländer angewendet wurden. Die Untersuchung zeigt, daß eine Erhöhung der Familienbeihilfe um 25 Prozent eine Zunahme der Fertilität um durchschnittlich vier Prozent bzw. 0,07 Kinder pro Frau bewirken würde. Die Autoren bezeichnen dies als bescheidenen, jedoch statistisch signifikanten Effekt. Angesichts der schwierigen budgetären Lage in den meisten Industrieländern scheint es ziemlich unwahrscheinlich, daß finanzielle Anreize in einer Größenordnung gegeben werden können, die ausreichen würde, um die

Fertilität wieder auf das Bestanderhaltungsniveau zu bringen. Doch vielleicht ist Geld weniger wichtig als andere, nichtmonetäre Anreize (siehe Kasten: Ein Blick nach Asien: Familienpolitik in Singapur).

Die öffentliche Besorgnis über die niedrige Fertilität scheint in eine neue Phase einzutreten. In vielen Staaten Europas liegt die Periodenfertilität nun schon seit einem Vierteljahrhundert unter dem Bestanderhaltungsniveau und die Hoffnung schwindet, daß sie sich von selbst erholt. Es ist nicht einmal klar, ob wir schon den tiefsten Stand der Kurve erreicht haben (siehe Kasten: Wie lange kann die Fertilität abnehmen?). Außerdem scheint in unserer Zeit der zunehmend restriktiveren Einwanderungspolitik Migration, die wir immer als mögliche Abhilfe für eine zu rasche Alterung der Bevölkerung im Hinterkopf hatten, keine gangbare Lösung zu sein. Und bereits in zwei bis drei Jahrzehnten – wenn die Babyboom-Generation in den Ruhestand tritt – werden wir mit dem voraussichtlichen Bruch und den damit einhergehenden Problemen im Pensionssystem konfrontiert sein, weshalb Präventivmaßnahmen dringend erforderlich sind.

Auf der europäischen Ebene wird das Altern der Bevölkerung



Univ. Doz. Mag. Dr. Wolfgang Lutz
 IIASA • Schloßplatz 1
 A-2361 Laxenburg
 Tel.: +43-2236-807-294
 Fax: + 43-2236-713 13
 e-mail: lutz@iiasa.ac.at
 Internet: <http://www.iiasa.ac.at>

zunehmend in weiten Kreisen diskutiert. Eine Reihe von Konferenzen auf höchster Ebene sowie ausführliche Berichterstattung in den Medien haben diesbezüglich ihren Beitrag geleistet. In der EU ist die Besorgnis über die niedrige Fertilität in letzter Zeit am ausgeprägtesten in Griechenland. Ängste bezüglich niedriger und weiter sinkender Fertilität scheinen dort quer durch das gesamte politische Spektrum zu gehen, was vielleicht auch im Zusammenhang mit dem starken und raschen Bevölkerungswachstum im Nachbarland zu sehen ist. Als einzigen Ausweg sieht Griechenland pronatalistische Maßnahmen, die sich sowohl direkt als auch indirekt auf die Größe der Familie auswirken sollen. In den Achtzigerjahren bestand auf europäischer Ebene in keinem Land ein eindeutiger Bezug zwischen Fertilität und Besorgnis über die niedrigen Geburtenraten (Frankreich, das eine relativ hohe Fertilität hatte, beschäftigte diese Frage am meisten), doch heute ist dieser Bezug sehr wohl gegeben. In Großbritannien, in Irland und in den nordischen Staaten ist die Fertilität relativ höher und die Besorgnis dementsprechend geringer, während in den südeuropäischen Staaten, wo die Fertilitätsraten sehr niedrig sind, die Besorgnis rasch zuzunehmen scheint. In diesem Zusammenhang ergeben sich zwei wesentliche Fragen:

flußt werden, und welche Maßnahmen haben unter welchen Bedingungen welche Wirkung?

- Wenn ja, sind solche Maßnahmen wünschenswert gemäß den unterschiedlichen Kriterien der sozialen Gleichheit, der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern und der intergenerationalen Gleichheit sowie aus der Sicht der Menschenrechte, denen zufolge der Entschluß, Kinder zu haben, eine eher private Entscheidung ist?

Beide Fragen wurden in Europa noch nicht ausreichend beantwortet. Die erste Frage ist empirischer und wissenschaftlicher Natur. Europäische Familien-, Bevölkerungs- und Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler werden sich ihrer zunehmend annehmen müssen. Die zweite Frage ist eher politischer Natur und erfordert eine ausführliche Diskussion auf den verschiedenen politischen Ebenen. Doch eine vernünftige Diskussion der zweiten Frage ist abhängig von der Antwort, welche die Wissenschaft auf die erste Frage gibt und davon, wie sie die voraussichtlichen Folgen einer anhaltend niedrigen Fertilität einschätzt. Aus diesem Grund sollten sich die Fachleute rasch an die Arbeit machen, damit sie die Daten bereit haben, wenn die Frage unweigerlich zu einem heißen Eisen in der Politik wird.

- Können Fertilitätsraten durch staatliche Maßnahmen beein-

Europa stirbt nicht so schnell aus!

Selbst bei Fortbestehen der derzeitigen, niedrigen Fertilitätsraten ist der Prozeß der Bevölkerungsschrumpfung relativ langsam. Eine Modellrechnung zeigt, daß bei konstanter Fertilität und Mortalität und einem Wanderungssaldo von Null, d.h. keine Zunahme durch Migration, die Bevölkerung der EU von derzeit 375 Millionen bis zum Jahr 2050 auf 298 Millionen sinken würde. Weiter in die Zukunft projiziert ergibt dies für 2100 noch 186 Millionen (die Hälfte der heutigen Bevölkerung), für 2200 75 Millionen (weniger als ein Viertel), für 2300 30 Millionen, für 2400 12 Millionen, und im Jahr 2500 knapp unter fünf Millionen. Für das Jahr 3000 gibt der Computer gerade noch 50.000 Europäerinnen und Europäer an. Das ist natürlich eine unrealistische und rein hypothetische Modellrechnung.



Berufstätigkeit aus dem Blickwinkel der Kinder

Kinderperspektive

Das Thema der Vereinbarkeit

von Familie und Beruf ist eine der großen Herausforderungen in Europa. Intensiv wird über die Rolle von Vätern, Müttern, Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden diskutiert. Doch wer hört die Kinder?

Dr. Helmut Wintersberger

Wer über die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spricht, scheint sich auf den ersten Blick für die Kinder zu interessieren. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, daß die Perspektive der Kinder in der Debatte meistens fehlt. Wenn von Kindern die Rede ist, dann werden sie eher als Objekte und Hindernisse denn als Subjekte und Bevölkerungsgruppe mit eigenen Bedürfnissen gesehen. Kinderbetreuung und das Vereinbaren von Familie und Beruf sind

nicht ausschließlich Sache der Eltern, die sich mehr oder weniger bereitwillig diese Verantwortung miteinander teilen. Arbeitgebende können ebenfalls nur einen Teil der anstehenden Probleme lösen und so ein mehr oder weniger familienfreundliches Arbeitsumfeld schaffen. Diese Aufgaben müssen auch auf der gesellschaftspolitischen Ebene gelöst werden. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft also nicht nur die Kernpunkte des Vertrags zwischen den Geschlechtern und Generationen, sondern ist auch wesentlich für den Pakt zwischen Staat, Familie und Individuum.

Historischer
Rückblick: zwei Kinderbetreuungsrevolutionen

Obwohl in der Öffentlichkeit immer wieder der Eindruck entsteht, daß die klassische Familie heute ein Auslaufmodell ist, ist es gleichzeitig in der westlichen Welt ganz selbstverständlich, daß Kinder in der Familie aufwachsen. Historisch gesehen war z.B. in Österreich niemals zuvor der Prozentsatz von

Kindern, die in einer Familie aufwachsen, so hoch wie heute. 99 Prozent der Kinder leben gegenwärtig entweder in einer traditionellen Kernfamilie, in einer Alleinerzieherfamilie, in einer Stieffamilie oder in einer sonstigen Familienform. Von dem restlichen einem Prozent ist der Großteil, d.h. 0,6 Prozent der Kinder, in Pflegefamilien untergebracht; nur 0,4 Prozent leben in einem Heim. Basis für diese Entwicklung ist die weitverbreitete Ansicht, daß sich – verglichen mit einem Kinderheim oder einer ähnlichen Einrichtung – eine Familie bzw. eine familienähnliche Konstellation am besten dazu eignet, Kinder großzuziehen. Parallel zu diesem Abgehen von einer institutionalisierten Kindheit ist jedoch auch eine zunehmende Institutionalisierung zu beobachten: Kinder verbringen mehr Stunden und Jahre in der Schule als früher und es steigt der Prozentsatz der Kinder, die Kindergärten, Krippen sowie außerschulische Aktivitäten besuchen.

Don Hernandez hat für die amerikanische Gesellschaft zwei Kinderbetreuungsrevolutionen festgemacht: Der Übergang von der bäuerlichen ‚Zwei-Eltern-Familie‘ zur ‚Vater-Geldverdiener und Mutter-Haushälterin-Familie‘ löste die erste Revolution der Kinderbetreuung aus. Das damit verbundene tägliche Verlassen der Wohnstätte durch den Vater, der zur Arbeit geht, wurde zur gesellschaftlich anerkannten Verhaltensweise. Gleichzeitig wurde der Schulbesuch eine Verpflichtung für die Kinder.

Die zweite große Veränderung kam, als sich zunehmend das Modell der ‚Doppelverdiener-Familie‘ durchsetzte. Nach dem Vater verläßt nun auch die Mutter das Heim. Hernandez argumentiert, durch diese zweite Kinderbetreuungsrevolution habe sich überhaupt erst ein Betreuungsbedarf für Kinder im Vorschulalter entwickelt.

Aus geschlechtsspezifischer Sicht ist auffallend, daß von der

Gesellschaft in bezug auf die erste, durch die Erwerbstätigkeit des Vaters ausgelöste Kinderbetreuungsrevolution keine Bedenken angemeldet wurden. Über Vor- und Nachteile der Erwerbstätigkeit der Mütter hingegen gibt es nach wie vor große Debatten. Diese Bedenken rühren jedoch vorwiegend aus dem Widerstand der Väter, einen angemessenen Beitrag zum Haushalt und zur Kinderbetreuung zu leisten.

Europäische Perspektive: Ähnliche Probleme, unterschiedliche Lösungen

Obwohl amerikanische Entwicklungen nie eins zu eins nach Europa übertragen werden können, ist im großen und ganzen die Grundstruktur der Veränderungen hinsichtlich Familienbildung und Kinderbetreuung ziemlich ähnlich: Das Altern der Gesellschaft, die gegenwärtige Pluralisierung familiärer Lebensformen, Veränderungen am Arbeitsmarkt wie z.B. verstärkte

Erwerbstätigkeit von Frauen und Bedrohung durch Arbeitslosigkeit sind nur einige Beispiele. Was jedoch Kinderbetreuungseinrichtungen betrifft, werden Trends und Probleme je nach Land – und manchmal selbst innerhalb eines Landes – unterschiedlich wahrgenommen und gelöst. Dies ist einerseits mit

Was bedeutet Kindheit?

Vom Standpunkt des einzelnen Individuums ist Kindheit eine Phase im Leben, die vorübergeht. Aus der gesellschaftlichen Perspektive ist Kindheit grundsätzlich ein zeitloses Phänomen. Das heißt aber lediglich, daß Kindheit ein notwendiger Bestandteil jeder Gesellschaft ist. Zwar verändert sich laufend die Zusammensetzung der Bevölkerungsgruppe der Kinder: Kinder werden erwachsen und scheiden aus der Gruppe aus, dafür werden laufend neue Kinder nachgeboren. Auch verändert sich Kindheit im Lauf der historischen Entwicklung und unterscheidet sich zwischen Ländern und Kontinenten.

In diesem Sinn beschränken sich die neueren Sozialwissenschaften bei Untersuchungen der Lebensbedingungen von Kindern z.B. nicht mehr auf den Vergleich zwischen Kindern verschiedenen Geschlechts, Alters oder Kindern aus verschiedenen sozialen Schichten. Immer öfter wird die Situation der Kinder auch jener der erwachsenen Bevölkerung oder der älteren Menschen gegenübergestellt.

unterschiedlichen Konzepten über die Aufgaben von Kinderbetreuungseinrichtungen zu erklären. Für die einen ist die Tagesbetreuung von Kindern eine Bildungseinrichtung, für die anderen ein Service, und eine dritte Gruppe definiert sie als Ort, an dem sich Kinder entfalten können. Ein Punkt ist allerdings in allen europäischen Staaten ähnlich gelagert: Kinderbetreuungseinrichtungen wird nicht die gleiche politische Bedeutung beigemessen wie etwa der Frage der Finanzierung des Pensionssystems oder der Senkung der Arbeitslosigkeit.

Flexibilität. Wie Sirpa Taskinen berichtet, kann in Finnland ein Elternteil seine Freistellung bis zum dritten Geburtstag des Kindes verlängern, ohne den Job zu verlieren. Eltern von Kleinkindern haben das Recht, bis zum Ende des Jahres, in dem das Kind in die Schule eintritt, ihre Arbeitszeit auf sechs Stunden pro Tag bzw. 30 Stunden pro Woche zu reduzieren. Beide Eltern müssen erwerbstätig sein und nur ein Elternteil kann dieses Recht in Anspruch nehmen. Eltern von Kindern unter drei Jahren können zur Abdeckung des Einkommensverlusts um eine Teilbeihilfe

„Die derzeitige Aufteilung der Arbeitszeit über den Lebenszyklus ist rücksichtslos gegenüber Kindern und Familien.“

Kohärente, umfassende Maßnahmen finden sich nur in den nordischen Ländern, d.h. in Dänemark, Finnland und Schweden. Anders als in Schweden, wo ausschließlich Tagesbetreuungsstätten der Vorrang gegeben wird, zeigt das finnische Modell eine Kombination von Kohärenz, umfassenden Lösungen und

für die Betreuung zu Hause ansuchen. Zu den klassischen gesetzlichen Freistellungsbestimmungen für Erwerbstätige mit Kleinkindern zählen europaweit Mutterschaftsurlaub, Vaterschaftsurlaub, Elternurlaub und Freistellung aus familiären Gründen. In allen Mit-

Aus Mitteln der öffentlichen Hand finanzierte Kinderbetreuungsdienste

Land	Pflichtschulbeginn im Alter von	Bereitstellung öffentlich finanzierter Betreuungsplätze für Kinder im Alter von		
		0-3 Jahren	3-6 Jahren	6-10 Jahren*
Belgien	6	30%	95%+	??
Dänemark	7	48%	82%	62% + alle 6jährigen in Vorschuleinrichtungen
Deutschland	6	2% (W) 50% (O)	78% (W) 100% (O)	5% (W) 88% (O)
Finnland	7	21%	53%	5%+60% der 6jährigen in Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen
Frankreich	6	23%	99%	730%
Griechenland	6	#3%	#70% (a)	?<5%
Großbritannien	5	2%	#60% (a)	?<5%
Irland	6	2%	55%	?<5%
Italien	6	6%	91%	??
Niederlande	5	#8% (a)	#71% (a)	?<5%
Österreich	6	3%	75%	6%
Portugal	6	12%	48%	10%
Schweden	7	33%	72%	64% + einige 6jährige in Vorschuleinrichtungen
Spanien	6	??	84%	??

Quelle: European Commission Network on Childcare and Other Measures to Reconcile Employment and Family Responsibilities (Hrsg.) (1996): A Review of Services For Young Children in the European Union 1990 - 1995. Luxemburg: Europäische Kommission GD V. (Anmerkung: Die Originaltabelle enthält keine Angaben über Luxemburg.)

Erläuterungen:

* Die Zahlen in dieser Spalte beziehen sich auf Dienste, die Betreuung und Freizeitaktivitäten für Kinder im schulpflichtigen Alter anbieten. Kinder in Pflichtschulen sind nicht inkludiert.

(a) Inkl. einige Kinder in Pflichtschulen (z.B. wenn das Pflichtschulalter unter 6 Jahren liegt).

?? Es liegen keine Daten vor.

?<5% Es liegen keine Daten vor, jedoch weniger als 5 Prozent.

? Näherungswert

In Griechenland, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland gibt es keine statistischen Angaben für Kinder in den Altersgruppen 0-3 und 3-6: In Griechenland liegen Statistiken für die Altersgruppen 0-2, 5-5 Jahre vor, in den Niederlanden für Kinder im Alter von 0-4 Jahren und im Vereinigten Königreich für die Gruppe der 0-5jährigen.

„Aus Mitteln der öffentlichen Hand finanziert“ bedeutet in fast allen Fällen, daß mehr als die Hälfte (für gewöhnlich zwischen 75 Prozent und 100 Prozent) der Gesamtkosten aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden. Die markanteste Ausnahme findet sich in den Niederlanden, wo üblicherweise weniger als die Hälfte der Kosten aus öffentlichen Mitteln gedeckt wird.

gliedstaaten gibt es Bestimmungen für den sogenannten Mutterschaftsurlaub, die Freistellung nach der Geburt, die für die Dauer von acht bis 18 Wochen gewährt wird. In den meisten

Staaten erhalten die Mütter in diesem Zeitraum 70-100 Prozent ihres Einkommens. Eine Ausnahme ist Großbritannien, wo die Mutter bis zu 29 Wochen nach der Geburt freigestellt wer-

den kann, jedoch der Großteil dieser Zeit entweder durch einen niedrigen Pauschalsatz abgegolten wird oder unbezahlt ist.

Bei den anderen Freistellungsbestimmungen zeigt sich ein weit aus heterogeneres Bild. Nur in den Nordischen Ländern gibt es ein Recht auf Vaterschaftsurlaub von mindestens zwei Wochen. Einige wenige andere Mitgliedstaaten haben Bestimmungen, die eine zwei- bis dreitägige Freistellung des Vaters zur Zeit der Geburt vorsehen. Auch beim Elternurlaub ist das Bild uneinheitlich. Die Dauer des Elternurlaubes liegt in Europa zwischen zwei Monaten und drei Jahren. Ein weiterer Unterschied liegt in der Form der finanziellen Abgeltung und der Wahlmöglichkeit zwischen Inanspruchnahme der Freistellung in einem Block oder Aufteilung auf mehrere Teile. Eine Freistellung aus familiären Gründen, z.B. bei Erkrankung der Kinder, wird in acht Mitgliedstaaten gewährt; die großzügigsten Regelungen haben Deutschland und Schweden.

Alle Mitgliedstaaten bieten von der öffentlichen Hand finanzierte Kinderbetreuungsdienste an. Wie die Tabelle zeigt, ist der Bedarf für die verschiedenen Altersgruppen jedoch sehr unterschiedlich gedeckt: Für die Altersgruppe der 0-3jährigen deckt das Angebot zwei Prozent bis 48 Prozent der Nachfrage; für 3-6jährige Kinder 48 Prozent bis 99 Prozent, und für Kinder im Alter von 6-10 Jahren 0 Prozent bis 62 Prozent.

Hinsichtlich der Betreuung von Kindern zwischen drei und sechs Jahren zeigen sich gewisse Parallelen, jedoch zweifellos nicht für die Altersgruppe der 0-3jährigen und für Schulkinder unter 10. In den Berichten des Kinderbetreuungsnetzwerks werden auch beachtliche Unterschiede hinsichtlich Zugang, Kosten, Curriculum, Öffnungszeiten und Qualität der Angebote festgestellt. So sind z.B. in den angelsächsi-

schen Ländern öffentlich finanzierte Tagesbetreuungsstätten hauptsächlich für Familien mit niedrigem Einkommen gedacht. In anderen Mitgliedstaaten ist die Tagesbetreuung der Kinder ein allgemeines Recht und wird entweder unentgeltlich oder gegen einen geförderten Beitrag bereitgestellt, der für jedes Kind gleich hoch oder vom Familieneinkommen abhängig ist. In einigen Staaten wird Kinderbetreuung als Dienstleistung des Bildungswesens gesehen und in diesem Rahmen organisiert, in anderen als Sozialleistung. Oft sind Tagesbetreuungseinrichtungen nur vormittags geöffnet, doch geht der Trend eindeutig in Richtung einer ganztägigen Betreuung. In Österreich und Deutschland haben die Kinder in den meisten Volksschulen nur vormittags Unterricht, weshalb die Nachmittagsbetreuung von jüngeren Schulkindern ein besonderes Problem darstellt.

Rechtliche Entwicklungen auf internationaler und europäischer Ebene

Während das Europäische Parlament sowie die Parlamentarische Versammlung des Europarats in ihren Empfehlungen jüngeren Datums Kinder vorwiegend als Subjekte sehen, war dies ursprünglich bei den diversen Initiativen des Europarats und der Kommission nicht der Fall. Inzwischen ist jedoch auch dort ein Trend zur Anerkennung von Kindern als Bürgerinnen und Bürger Europas festzustellen. Ein weiterer Impuls wurde durch den Vertrag von Amsterdam gegeben, der das Alter als Dimension von Diskriminierung aufgenommen hat.

Die Kinderrechtskonvention zeigt einerseits sehr gut die Spannung zwischen den verschiedenen Dimensionen von

Rechten und Pflichten der Gesellschaft, der Familie und des einzelnen Individuums. Der auf Kinderbetreuung Bezug nehmende Artikel 18 unterstreicht, daß grundsätzlich beide Elternteile gemeinsam für die Betreuung der Kinder verantwortlich sind und die Gesellschaft die Eltern bei der Erfüllung dieser Aufgabe durch den Ausbau angemessener Einrichtungen für die Betreuung der Kinder zu unterstützen hat. Andererseits beschränkt Artikel 18 das Recht auf Tagesbetreuung auf Kinder berufstätiger Eltern und zählt somit zu jenen Teilen der Konvention, die eindeutig nicht dem Grundprinzip der Anerkennung von Kindern als Subjekte und Bürger entsprechen. Denn ein Recht, das Kindern berufstätiger Eltern zugestanden wird, ist – streng genommen – kein Recht des Kindes, sondern ein Recht der berufstätigen Eltern. Der Unterschied wird noch deutlicher durch einen Vergleich von Artikel 18 mit Artikel 28, in dem die Vertragsstaaten aufgefordert werden, „das Recht des Kindes auf Bildung“ anzuerkennen und insbesondere „den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich [zu] machen“. Dies ist eindeutig eine Verpflichtung und ein Recht, das Kindern direkt und ungeachtet des beruflichen (oder sonstigen) Status ihrer Eltern zugestanden wird.

Daß diese Kritik von Artikel 18 der Kinderrechtskonvention nicht nur eine juristische Spitzfindigkeit ist, zeigen Berichte aus Schweden, einem Land, in dem die Umsetzung der Kinderrechtskonvention sehr ernst genommen wird. Doch in diesem Zusammenhang hat offenbar eine Reihe von Gemeinden auch die Einschränkung in Artikel 18 der Konvention wörtlich genommen.

Wie die schwedische Expertin Ulla Björnberg berichtet, hat ungefähr die Hälfte aller Gemeinden aufgrund finanzieller Engpässe das Recht auf Kinderbetreuung eingeschränkt, wenn

ein Elternteil arbeitslos ist. In einigen schwedischen Gemeinden dürfen Kinder mit einem arbeitslosen Elternteil maximal drei Stunden pro Tag eine Betreuungseinrichtung besuchen. Kinder mit einem arbeitslosen Elternteil (ganz oder teilweise) von der Kinderbetreuung auszuschließen mag den Buchstaben von Artikel 18 entsprechen, stellt jedoch eine klare Verletzung von Artikel 2 der Konvention dar, gemäß welchem kein Kind aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, einer Behinderung, der Geburt oder des sonstigen Status des Kindes oder seiner Eltern benachteiligt werden darf.

Vorschläge für einen kindzentrierten Vereinbarkeitsansatz

Räume und Zeiten für Kleinkinder

Traditionell wird Kinderbetreuung als einseitige Tätigkeit von Erwachsenen (Eltern oder pro-

gen, wieviel des Betreuungsbedarfes eigentlich gesellschaftlich bestimmt ist. Ein gewisser Betreuungsbedarf für Kleinkinder ist in jeder Gesellschaft gegeben, doch der Großteil der in der modernen Gesellschaft erforderlichen Kinderbetreuung wird durch die Besonderheiten eben dieser Gesellschaft bestimmt. Kleinkinder müssen sich an besonders geschützten Plätzen, daheim oder in Kinderbetreuungsstätten aufhalten. Ihr Aktionsradius wird eingeschränkt, denn wie sollen sie sonst den modernen Verkehr überleben? Es entsteht oft der Eindruck, daß das Konzept der modernen Kinderbetreuung auf der Ansicht beruht, Kleinkinder seien wie Fremde, die sozialisiert werden müssen. Dem gegenüber steht die Idee, Räume für Kleinkinder zu schaffen und auszuweiten. Durch die Reintegration der Bedürfnisse von Kleinkindern könnte die Gesellschaft sich zunehmend nicht nur wieder den Bedürfnissen der Kinder sondern denen der Menschen insgesamt annähern.

Städteplanerinnen und -planer, Architektinnen und Architekten sehen z.B. zunehmend große Areale vor, in denen der moderne Verkehr den Menschen nicht seine Logik aufzwingt, sondern sich an das Tempo der Menschen, einschließlich jenem von Klein-

ihre kindliche Kreativität uneingeschränkt auszuleben.

Ein weiterer Aspekt ist die Zeit. Die Diskrepanz zwischen der subjektiven Zeitwahrnehmung von Kindern und ihrer Unterordnung unter ein ‚lineares‘ Zeitempfinden ist nur allzu offensichtlich. Dieses rigide Zeitschema wurde in der industriellen Revolution benötigt, um die materielle Entwicklung voranzutreiben. In der post-industriellen Gesellschaft erhebt sich jedoch die Frage nach seiner Angemessenheit.

Wie steht es um die Verteilung von bezahlter Arbeit über den Lebenszyklus? Die Ausbildung endet später und der Eintritt ins Arbeitsleben sowie das Erreichen finanzieller Unabhängigkeit werden hinausgeschoben. Die Leute heiraten später und Frauen bekommen später ihr erstes Kind. Es gibt jedoch eine Ausnahme bei diesem Trend, nämlich das Alter, mit welchem vor allem Männer aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Der Lebensverlauf gliedert sich inzwischen in drei mehr oder weniger gleichlange Phasen: eine Ausbildungsphase von ca. 25 Jahren, eine ‚aktive‘ Phase von ca. 30 Jahren und eine ‚inaktive‘ Phase von ca. 25 Jahren. Die Anhebung des derzeitigen Pensionsalters wird zwar immer wieder diskutiert, ändert

„Weniger strukturelle Behinderungen der Familien könnten die Chancengleichheit zwischen Frauen, Männern und Kindern verbessern.“

fessionellen Kinderbetreuerinnen und -betreuern) gesehen, die sich um die Kinder kümmern. Auf den ersten Blick scheint das selbstverständlich, denn kleine Kinder können nicht für sich selbst sorgen. Doch vielleicht sollten wir uns einmal überle-

kindern, anpaßt. Räume für Kleinkinder müssen jedoch nicht immer nur physischer Natur sein. Die schwedische Expertin Ulla Björnberg meint, sie könnten auch im qualitativen Sinn verstanden werden als ein Ort, an dem Kinder das Recht haben,

aber nichts daran, daß es kaum einen Arbeitsmarkt für diese Bevölkerungsgruppe gibt.

Die zunehmende Parallelität von Arbeits- und Kindererziehungszeiten stellt einen weiteren Widerspruch dar. Die zeitliche

Verlagerung der Berufstätigkeit junger Menschen und die frühzeitige Pensionierung älterer Menschen sowie die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen haben zu einer Konzentration der Arbeit während des sogenannten ‚prime working age‘ geführt, das den Zeitraum zwischen dem 25. und 50. Lebensjahr umfaßt. In den EU Mitgliedstaaten betrug der Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1994 knapp über 50 Prozent, während zwei Drittel der tatsächlich erwerbstätigen Bevölkerung dieser Gruppe zuzuordnen waren. Die ‚prime working age‘ Gruppe ist also überrepräsentiert in der tatsächlich im Erwerb stehenden Bevölkerung. Dieser Lebensabschnitt ist aber auch die wichtigste Zeit, um eine Familie zu gründen und Kinder großzuziehen. Soll das Kinderkriegen nicht behindert werden, dann ist es keine Frage, daß die Gesamtarbeitszeit anders auf den Lebenszyklus aufgeteilt werden sollte. Außerdem muß die elterliche Kinderbetreuung durch zusätzliche (professionelle und nicht professionelle), qualitativ

hochwertige Betreuungseinrichtungen ergänzt werden.

Die derzeitige Aufteilung der Arbeitszeit über den Lebenszyklus ist ein leuchtendes Beispiel für die Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber Kindern und Familien. Die Reproduktion läßt sich aus biologischen (und sozialen) Gründen nur begrenzt in die eine oder andere Richtung verschieben. Parallel zur Reduktion der Arbeitszeit während des ‚prime working age‘ wäre daher auch eine Ausweitung der Arbeitszeit in den Jahren davor und danach denkbar; d.h. junge Menschen würden früher in den Erwerbsprozeß integriert und das Pensionsalter würde angehoben.

Kinderbetreuung und geschlechtsspezifische Maßnahmen: Verringerung des geschlechtsspezifischen Ungleichgewichts in der Kinderbetreuung

In der Europäischen Union stehen Väter bei der bezahlten Arbeit an erster Stelle, gefolgt von kinderlosen Männern, kin-

derlosen Frauen und Müttern am unteren Ende. Ca. 70 Prozent der Männer im arbeitsfähigen Alter sind erwerbstätig, während der entsprechende Prozentsatz für Frauen bei nur 50 Prozent liegt. Außerdem arbeiten mehr Frauen als Männer in Teilzeitjobs, so daß ihr Anteil am Gesamtvolumen der bezahlten Arbeit kaum mehr als ein Drittel beträgt.

Interessanter ist es jedoch, die geschlechtsspezifische Erwerbstätigkeit in ihrer Abhängigkeit vom Vorhandensein von Kindern zu betrachten. Väter sind erwerbsorientierter als kinderlose Männer, während Mütter weniger erwerbsorientiert sind als kinderlose Frauen. Daten aus Großbritannien zeigen, daß diese Umkehr in qualifizierteren Positionen besonders ausgeprägt ist: zwei Drittel der weiblichen Führungskräfte sind kinderlos, während zwei Drittel der männlichen Führungskräfte Väter sind.

Dieses Phänomen kann auf unterschiedliche Weise interpretiert werden. Eine mögliche Erklärung ist, daß bei kinderlosen Personen der kulturelle Prozeß der Angleichung der Geschlechter bereits weiter fortgeschritten ist. Frauen sind heute arbeitsorientierter als früher, während dies für Männer heute weniger zutrifft, wodurch sich die Kluft in der Arbeitsorientierung zwischen Frauen und Männern verringert hat. Aber weshalb verschwindet diese kulturelle Errungenschaft, wenn wir Mütter und Väter unter die Lupe nehmen? Aufgrund der strukturellen Gleichgültigkeit bzw. Feindseligkeit der Gesellschaft gegenüber Kindern sind Familien mit Kindern sowohl in bezug auf Geld als auch hinsichtlich ihrer Zeit zusätzlichen Beschränkungen und Belastungen ausgesetzt. Um mit kinderlosen Haushalten mithalten zu können, müssen Haushalte mit Kindern deshalb ihre Effizienz erhöhen. Da Männer beim Geldverdienen und Frauen in der Kinderbetreuung ‚effizienter‘ sind, ist aus ökonomischer

Sicht eine Spezialisierung vernünftig: Das heißt, Männer widmen sich der bezahlten Arbeit und Frauen der Kinderbetreuung.

Diese männliche und weibliche ‚Effizienz‘ sind nicht naturgegeben, sondern werden durch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern vermittelt. Wenn diese Interpretation richtig ist und die Relationen zwischen den Geschlechtern nicht nur bei kinderlosen Paaren sondern auch bei Eltern (welche die geschlechtsspezifischen Sichtweisen an die nächste Generation weitergeben) verändert werden sollen, wird es nicht genügen, an Mütter und Väter zu appellieren. Vielmehr müssen die Belastungen und Beschränkungen, die Haushalten mit Kindern auferlegt werden, durch eine Kombination aus finanziellen Zuwendungen, Kinderbetreuungsdiensten und genügend Zeit für Mütter und Väter zur Betreuung ihrer Kinder bekämpft werden.

Kinderbetreuung und der Generationenvertrag

In traditionellen Gesellschaften galten Kinder als Investition in die eigene Zukunft und vor allem in die eigene Altersversorgung. Im Verlauf des Modernisierungsprozesses haben sie zunehmend ihre zentrale Funktion der Einkommenssicherung im Alter verloren. In den Augen der Öffentlichkeit wurde diese Rolle vom Wohlfahrtsstaat übernommen. Nach dem zweiten Weltkrieg begünstigten sowohl das Wirtschafts- als auch das Bevölkerungswachstum die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, die Entwicklung von Systemen der sozialen Sicherheit und insbesondere von Alterspensionen. Solange beide Trends anhielten, war es möglich, einer ständig wachsenden Zahl von Personen in Rente immer höhere Pensionen zu zahlen. Darauf beruht die Illusion gesicherter und absehbarer Pensionsansprüche, die nach Jahrzehnten anfallen und je nach den sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen

Rechtliche Grundlagen auf internationaler und europäischer Ebene

Im UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes bezieht sich vor allem Artikel 18 auf Kinderbetreuung. Diese wird als gemeinsame elterliche Aufgabe gesehen, wobei die Gesellschaft Eltern bei Erfüllung dieser Aufgabe durch die Schaffung adäquater Kinderbetreuungseinrichtungen zu unterstützen hat, und insbesondere Kinder berufstätiger Eltern ein Recht auf den Zugang zu solchen Einrichtungen haben sollen.

Auf der Ebene des Europarats ist **Empfehlung 1286 (1996) der Parlamentarischen Versammlung über eine europäische Strategie für Kinder** zu nennen. Darin werden die Staaten aufgefordert, allen Kindern den freien Zugang zu qualitativollen Einrichtungen der Vor-, Pflicht- und höheren Schule zu garantieren. Im Gegensatz zum UN-Übereinkommen wird hier auch das Recht des Zugangs zu Einrichtungen im Vorschulalter nicht von der Berufstätigkeit der Eltern abhängig gemacht.

Auf der Ebene der Europäischen Union werden in der **Empfehlung des Rates vom 31. März 1992 zur Kinderbetreuung** vier Arten von Maßnahmen angeführt, welche Eltern in die Lage versetzen sollen, ihren beruflichen, familiären und erzieherischen Pflichten nachzukommen: Kinderbetreuungsdienste, Urlaubs- und Freistellungsregelungen für berufstätige Eltern, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und mehr Mitarbeit der Väter bei der Kinderbetreuung.

in einem bestimmten Verhältnis zum Einkommen und zur Zeitdauer des Arbeitslebens stehen.

In den meisten Mitgliedstaaten basieren staatliche Pensionsysteme jedoch auf dem Prinzip, daß die von den Erwerbstätigen im laufenden Jahr kassierten Beiträge mehr oder weniger zur Gänze für Alterspensionen ausgegeben werden. Es liegt auf der Hand, daß dies in einer alternierenden Gesellschaft zu Problemen und Spannungen führt, wenn immer weniger Erwerbstätige einen immer größeren Teil ihres Einkommens an eine ständig wachsende Gruppe von älteren Menschen abgeben müssen. Es könnte eingewendet werden, das Pensionsversicherungsprinzip gehöre geändert und nationale Pensionsfonds könnten dazu angehalten werden, ihre Verpflichtungen materiell so abzusichern, daß sie ihnen ungeachtet demographischer Entwicklungen nachkommen können. Das Prinzip der Einheit des Sozialbudgets besagt jedoch, daß jede soziale Zuwendung und insbesondere Transferzahlungen an die nicht erwerbstätige Bevölkerung – z.B. Kinder und ältere Menschen – vom Einkommen der erwerbstätigen Bevölkerung auf der Grundlage eines expliziten oder stillschweigenden Generationenvertrags abzuziehen sind.

So ist das Prinzip der intergenerationalen Solidarität beim Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft erhalten geblieben; es hat sich bloß von der Ebene der Großfamilie auf jene der Gesellschaft verlagert. In der modernen Gesellschaft beruht der Generationenvertrag also auf der Reziprozität einer Elterngeneration, die die Generation ihrer Kinder versorgt, welche später – als Erwachsene – die Generation ihrer alten Eltern versorgen wird. Beiträge zur Pensionsversicherung sind daher, streng genommen, kein Beitrag zur eigenen Pension, sondern zur Pension der Eltern oder des Beitragzahlenden. Nur Aufwendungen für Kinder (Ausgaben für die eigenen Kinder

sowie Beiträge zu einem staatlichen Familienlastenausgleichsfonds) können als Beitrag zur eigenen Pension angesehen werden. Es müssen daher die bestehenden sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen, die ihnen zugrunde liegenden normativen Werte und ihre Implikationen für die Einkommensverteilung über den gesamten Lebenszyklus in bezug auf eine gerechte Aufteilung auf Familien, Geschlechter und Generationen untersucht werden.

Aus familienzentrierter Sicht ist klar, daß Eltern eine Menge in ihre Kinder investieren – sowohl in finanzieller als auch in erzieherischer Hinsicht. Aber wie steht es um die Gesellschaft? Staatliche Pensionssysteme begünstigen faktisch nicht diejenigen, die Kinder großziehen, sondern eher jene, die sich vorwiegend um ihre eigene Karriere kümmern. Auf der persönlichen Ebene ist es absolut vernünftig, ohne Kinder zu leben und aktives Einkommen sowie Pensionsansprüche zu optimieren. Doch auf der gesellschaftlichen Ebene kann sich die Akkumulation dieser persönlichen Lösungsversuche als problematisch in bezug auf die demographische Entwicklung, Verteilungsgerechtigkeit und Finanzierbarkeit staatlicher Pensionssysteme erweisen. Dies wird auch durch eine geschlechtsspezifische Analyse bestätigt. Gemäß den derzeitigen sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen erhalten Männer, die sich vorrangig auf ihre Karriere konzentrieren, viel höhere Pensionen als Frauen, die normalerweise viel mehr in ihre Kinder investieren. Aus kindzentrierter Sicht muß der Generationenvertrag ausgeweitet und revidiert werden. Für gewöhnlich wird der Generationenvertrag als Vertrag zwischen zwei Generationen gesehen: zwischen der ‚aktiven‘ Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und den Alten. Dieser

Vertrag ist neu zu definieren als Vertrag zwischen drei Generationen: zwischen Kindern und Jugendlichen, der erwachsenen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und den älteren Menschen.

Kinderbetreuung und qualitative Aspekte

Die EU-Publikation über die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben (siehe Kasten: Quellen) zeigt, daß Qualität in der Kinderbetreuung das wichtigste, wenn auch am wenigsten untersuchte Problem darstellt. Qualitativ hochwertige Betreuung ist vor allem im Hinblick auf das Gleichheitsprinzip wichtig. Der Arbeitsmarkt sollte nicht auf Kosten des Kindeswohls gefördert werden. Qualitativ hochwertige Betreuung ist darüber hinaus eine Voraussetzung für die Gleichstellung von Frau und Mann, denn wenn die Betreuung zu wünschen übrig läßt, können sozialer Druck und persönliche Loyalität dazu führen, daß die Frau ihre Erwerbstätigkeit aufgibt. Auch das Gegenteil ist richtig: Eine Infrastruktur mit guten Betreuungsdiensten stellt ein wesentliches Element in der Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen dar. Dies zeigt sich deutlich am höheren Anteil berufstätiger Frauen in den Nordischen Ländern.

Wenn überhaupt, gibt es quantitative Untersuchungen über Angebot und Nachfrage nach Kinderbetreuungsdiensten. Was die Qualität betrifft, beschränkt sich die Analyse meist auf strukturelle Aspekte wie Budgets, Räumlichkeiten, Ausstattung, Öffnungszeiten oder die Zahl der Kinder pro betreuender Person. Es ist nicht leicht, die Qualität von Kinderbetreuung in bezug auf Abläufe und Interaktionen zu untersuchen und zu messen. In diesem Zusammenhang muß die erste Frage lauten, wessen Sichtweise im Mittelpunkt steht: jene der Eltern, jene der Betreuenden oder jene der Kinder? Kinder werden meist als letzte gefragt. Entscheidungsstra-

gende und Fachleute verstecken sich gerne hinter dem Vorurteil, daß Kleinkinder schwer zu befragen sind.

Qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsdienste erfordern die Mitarbeit der Kinder. Beispiele einer erfolgreichen Umsetzung von Mitbestimmung in der Kinderbetreuung kennen wir z.B. aus Dänemark. Für Schweden hingegen berichtet Ulla Björnberg, daß die Kinderbetreuungsstätten aufgrund großer finanzieller Engpässe begonnen haben, mit den Eltern einen Betreuungsvertrag auszuhandeln. Der zwischen der Betreuungsstätte und den Eltern zu Semesteranfang geschlossene Vertrag führt zu Inflexibilität bei Eltern, die vielleicht gezwungen sind, Überstunden zu machen. Diese Strategien sind insofern erwachsenenzentriert, als ihr Schwergewicht auf Kosten und Beiträgen liegt und nicht auf der Anpassung von Arbeit und Kinderbetreuung.

Helmut Wintersberger geht mit Ulla Björnberg konform, daß der schwedische Kinderbetreuungsvertrag in seiner gegenwärtigen Form zu inflexibel und insgesamt kurzsichtig ist. Er könnte sich jedoch eine andere Form von Kinderbetreuungsvertrag vorstellen. Dieser müßte allerdings auf qualitative Aspekte (und nicht bloß Öffnungszeiten) ausgeweitet werden und Kinder als dritte Partei in den Verhandlungsprozeß einbeziehen, denn auch kleine Kinder haben ihre Rechte und Pflichten.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Wenn Kinder als Subjekte angesprochen werden sollen, setzt dies einen kindzentrierten Diskurs über Vereinbarkeit voraus, in welchem die Interessen von Kindern vorrangig behandelt werden und die Betreuung von

Kleinkindern für genauso wichtig erachtet wird wie andere Tätigkeiten in der Wirtschaft und/oder Gesellschaft. Auf der konzeptuellen Ebene könnte dabei der Begriff des sogenannten ‚Welfare Mix‘ in mannigfacher Weise nützlich sein. Insbesondere die folgenden Argumente legen seine Einführung in die Diskussion um Kinderbetreuung nahe:

- Das Konzept des ‚Welfare Mix‘ ist als synonym mit einem Wohlfahrtspluralismus zu verstehen, in welchem der Staat, der Markt, die Träger der freien Wohlfahrt und die Familie als relevante Partner anerkannt werden. Bei der Kinderbetreuung bedeutet das eine Verschiebung der Verantwortung vom Betreuungsmonopol der Familie zu einer ausgewogeneren Mischung der Ressourcen. Dadurch soll eine sinnvolle Entlastung der Eltern (und vor allem der Mütter) erzielt und das Wohlergehen der Kinder erhöht werden.

- Das ‚Welfare Mix‘ Konzept will einen umfassenden Dialog in die Wege leiten, der die wichtigsten ideologischen Richtungen zusammenbringt. Die Konservativen werden dabei eher die Rolle der Familie betonen, die Liberalen jene des Marktes und die Sozialdemokraten jene des öffentlichen Sektors. Doch grundsätzlich könnten sich alle darauf einigen, daß Lösungen für die Bedürfnisse der Kinder irgendwo in dem Bereich gefunden werden müssen, den das Wohlfahrtsdreieck von Markt, Staat und Haushalt umschreibt. Das Konzept des ‚Welfare Mix‘ bietet somit ein Instrumentarium, mit dessen Hilfe sich auf der Landkarte der sozialen und Kinderbetreuungsdienste auch Zwischenlösungen und intermediäre Formen identifizieren und auffinden lassen, z.B. Genossenschaften oder Selbsthilfegruppen.

- Das Konzept könnte herangezogen werden, um Schwachpunkte in den Maßnahmen für die Kinderbetreuung aufzuzeigen und sich mit ihnen zu befassen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß Eltern (und Kindern) die Möglichkeit gegeben

wird, ihre eigene Strategie zu identifizieren und finanzielle Zuwendungen für die Kinderbetreuung so mit dem Ausmaß ihrer Beschäftigung zu kombinieren, wie sie dies selbst als angemessen erachten. Wahlmöglichkeit und Konkurrenz werden oft als komplementäre Konzepte gesehen; dies gilt insbesondere für ‚Entweder-Oder‘ Alternativen. Bestehende Regelungen lassen Eltern manchmal überhaupt keine Wahl (z.B. nur Elternurlaub, aber keine Kinderbetreuungsdienste oder Umgekehrte) oder lassen den Eltern bloß die Wahl zwischen unerwünschten Alternativen (entweder niedriges Karenzgeld oder Vollzeitbeschäftigung). Derartige Regelungen orientieren sich kaum an den Bedürfnissen der Menschen, sondern eher an den ‚Visionen‘ von Politikern, denen die Realität des Familienlebens fremd ist.

- Aus kindzentrierter Sicht ist das ‚Welfare Mix‘ Konzept relativ neutral in bezug auf die verschiedenen Interessengruppen. Deshalb erlaubt es auch die Einbindung von Kindern als Subjekte und Partner bei der Identifizierung, Aushandlung und Umsetzung von Vereinbarkeitsprogrammen und Kinderbetreuungsdiensten.

Auf der pragmatischen Ebene plädiert Helmut Wintersberger für

- eine bessere Aufteilung der Arbeitszeit über den Lebenszyklus,
- eine Verringerung der Belastungen und Beschränkungen, die spezifisch Familien mit Kindern betreffen,
- die Anerkennung von Kinderbetreuung in der Pensionsversicherung und von Kindern als Partner im Dreigenerationenvertrag,
- die Entwicklung und Umsetzung kohärenter, umfassender Kinderbetreuungsmaßnahmen, und
- die Förderung der Mitbestimmung von Kindern bereits im Vorschulalter als Voraussetzung für die Beurteilung der Qualität von Diensten aus kindzentrierter Sicht.



Dr. Helmut Wintersberger

Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten
Österreichisches Institut für Familienforschung, ÖIF
Gonzagagasse 19/9

A-1010 Wien, Österreich

Tel.: +43-1-535 14 54 27

Fax: +43-1-535 14 55

E-mail: helmut.wintersberger@oif.ac.at

Internet:

<http://europa.eu.int/comm/dg05/family/observatory/home.html>

Alles in allem zeugt das Unvermögen der europäischen Gesellschaften, die wirtschaftliche Entwicklung und Bedingungen für ein gutes Familienleben als Grundvoraussetzung für die biologische und gesellschaftliche Erneuerung erfolgreich miteinander zu verbinden, eher von einer sorglosen als von einer fürsorglichen Gesellschaft. Diese Probleme werden hauptsächlich auf dem Rücken der Kinder und ihrer Mütter ausgetragen. Das Unvermögen ist jedoch in Wirklichkeit auch hinderlich für die internationale Wettbewerbsfähigkeit im ökonomischen Sinn. Langfristig gesehen ist die Umsetzung erfolgreicher Modelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtiger für den wirtschaftlichen Erfolg Europas als die Verbesserung der Hauptverkehrslinien in Europa, die europäischen Politikerinnen und Politikern

jedoch viel mehr am Herzen liegt. In ganz Europa werden heftige Debatten über die Arbeit geführt und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit steht an oberster Stelle. Hier würde sich eine ausführliche Diskussion des Arbeitsbegriffes anbieten: Was ist Arbeit eigentlich? Was ist bezahlte und was unbezahlte Arbeit? Aus wessen Sicht ist welche Arbeit wertvoll? Wann ist sie gesellschaftlich wertvoll? Wer leistet welche Arbeit und bekommt dafür welche finanzielle und welche sozialrechtliche Absicherung? Fragen gibt es viele, es fragt sich nur, wer sie beantwortet und was mit den Antworten geschieht. Angesichts der nunmehr zehnjährigen Tätigkeit der Europäischen Beobachtungsstelle kann aus der Sicht der Familie gesagt werden, daß vieles bereits in Erfahrung gebracht wurde, aber auch noch viel Arbeit zu tun bleibt.

Quellen

Der vorliegende Beitrag basiert größtenteils auf Informationen und Daten aus drei Quellen: An erster Stelle beruhen die Ausführungen auf den Ergebnissen des **internationalen Forschungsprojekts Kindheit als soziales Phänomen** (Qvortrup, J. et al. (Hrsg.) (1994): *Childhood Matters*. Aldershot: Avebury).

Weiters sind die Arbeiten des **Kinderbetreuungsnetzwerks der Europäischen Kommission** zu nennen. Dieses von Peter Moss geleitete Netzwerk war bis 1995 auf EU-Ebene die kompetente Stelle für die systematische Erfassung fachspezifischer Informationen und Daten.

Eine weitere Quelle für die Ausführungen war der Bericht **Reconciliation of Work and Family Life for Men and Women and the Quality of Care Services – Report on Existing Research in the European Union**, der ebenfalls von Mitgliedern des Kinderbetreuungsnetzwerks erstellt und 1999 von der Europäischen Kommission (GD V/D/5, ISBN 92-828.6184-8) herausgegeben wurde.



Belgien

Kampf gegen sexuellen Mißbrauch

Die Diskussion der letzten Jahre wurde vom Fall Dutroux beherrscht. Daraus entwickelte sich bekanntlich eine bis heute andauernde Debatte über den sexuellen Mißbrauch von Kindern. Die im Justizsystem aufgezeigten Schlampereien führten zu einer Verschärfung der Gesetze gegen Menschenhandel und Kinderpornographie. Es wurden breit angelegte Aufklärungskampagnen zu den Themen Vergewaltigung in der Familie und Kinderprostitution durchgeführt und spezielle Beratungsstellen eingerichtet. Auch auf europäischer Ebene ist Belgien in dieser Frage aktiv geworden und hat z.B. vorgeschlagen, daß Europol im Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern mehr Möglichkeiten eingeräumt bekommt. Es wurde ein Generalabgeordneter der französischsprachigen Gemeinschaft berufen (1991/1997) und ein Jugendrichter-Kommissariat der niederländischsprachigen Gemeinschaft gegründet (1997/1999). Wichtiger jedoch war die Gründung von Child Focus, dem Europäischen Zentrum für Vermißte und Sexuell Ausgebeutete Kinder, anerkannt für seine Gemeinnützigkeit und seine internationale Dimension.



Wilfried DUMON
nationaler Experte

Faculteit Sociale Wetenschappen,
Departement Sociologie
Katholieke Universiteit Leuven
E. van Evenstraat 2b, B-3000 Leuven

Tel.: +32-16-32 31 88 oder +32-16-32 31 87
Fax: +32-16-32 33 65
E-mail: wilfried.dumon@soc.kuleuven.ac.be
Internet: <http://www.kuleuven.ac.be/kuleuven/>

Finanzpolitische Maßnahmen der Regierung gegenüber Familien

Aufgrund der föderativen Struktur Belgiens liegen die Kompetenzen für Familienpolitik bei den Regionen, während alle finanziellen Angelegenheiten Sache des Bundes sind. Die Aufsplitterung der Kompetenzen für Familienfragen macht einen umfassenden Überblick sehr schwierig. Unter dem Druck der Erfüllung der Maastrichter Kriterien beschloß die belgische Regierung Maßnahmen sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Finanzierungseite, die aber zu keinen fundamentalen Veränderungen für die Familie führten. So wurden Gehälter und Zuschüsse der Inflationsrate angeglichen, was bedeutet, daß sich auch die Kinderzuschüsse um zwei Prozent erhöhten.

Demographie

In Belgien lassen sich ähnliche demographische Entwicklungen wie in anderen europäischen Mitgliedstaaten beobachten:

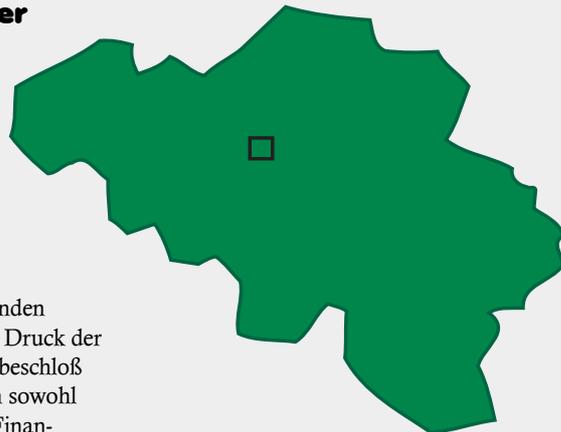
- ▶ Sinkende Geburtenraten (derzeit liegt der Wert bei 1,13 Kindern pro Frau).
- ▶ Rückgang der Eheschließungen um 1,1 Prozent zwischen 1994 und 1995 und gleichzeitig ein Anstieg der Scheidungswahrscheinlichkeit.
- ▶ Bei der Hochzeit sind die Männer durchschnittlich knappe 30 Jahre alt während die Frauen schon ihren 31. Geburtstag hinter sich haben.

Familienstruktur

Nach wie vor ist der Doppelverdienerhaushalt der vorherrschende Familientyp in Belgien, doch ist ein prozentuelles Anwachsen der Einzelverdienerhaushalte zu beobachten. In Zahlen ausgedrückt, stieg der Anteil der Kinder in Einzelverdienerhaushalten von 1985 bis 1992 von 5,6 auf 8,8 Prozent. Gesunken ist aber im selben Zeitraum der Anteil von Kindern, die in armen Alleinerziehendenhaushalten leben müssen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Für diese Gruppe wurde einerseits das Existenzminimum angehoben, andererseits gehen auch mehr Alleinerziehende arbeiten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

1996 wurde ein königlicher Erlaß gebilligt, der die Arten der Berufsunterbrechung erweitert. Bis dahin waren Voll- und Halbzeit-Berufsunterbrechungen möglich. Der Erlaß führt zusätzlich zu diesen beiden Möglichkeiten neue Arten der Teilzeitberufsunterbrechung ein: Berufsunterbrechungen von einem Fünftel, einem Viertel und einem Drittel sind jetzt möglich. Die monatliche Berufsunterbrechungs-



zulage erhöht sich auch, wenn die Unterbrechung innerhalb von drei Jahren nach der Geburt eines zweiten oder weiteren Kindes stattfindet. ■



In Belgien erscheint wöchentlich eine niederländischsprachige sowie alle 14 Tage eine französischsprachige Zeitschrift, die sich ausführlich mit unterschiedlichsten Familienthemen, z. B. Schule oder Jugendarbeitslosigkeit, beschäftigen. Für weitere Informationen kontaktieren Sie:

Bund der Kinderreichen und Jungen Familien (BGJG)
Troonstraat 125
B-1050 Brüssel, Belgien
Tel.: +32-2-507 88 77
E-mail: bgjg.studie@village.uu.net.be

Ligue des familles
127 rue du Trone
B-1050 Brüssel, Belgien
Tel.: +32-2-507 72 11

Dänemark

30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung leben von staatlichem Geld

Eine allgemeine Debatte über den dänischen Wohlfahrtsstaat führte zu einigen Parlamentsbeschlüssen und Initiativen der Regierung, die aber keine bedeutenden Gesetzesänderungen in der Familienpolitik nach sich zogen. Das Hauptproblem des dänischen Wohlfahrtsstaatsmodells ist die finanzielle Belastung des Staatshaushaltes. Vor allem das hohe Transferriveau – rund 30 Prozent der Bevölkerung im berufsfähigen Alter beziehen ihr Haupteinkommen aus irgendeiner Art Sozialtransfer – führte zu einigen Diskussionen über alternative Organisationsformen des Wohlfahrtsystems.



Jens BONKE
nationaler Experte

Jens Bonke ist ausgebildeter Ökonom und beschäftigt sich in erster Linie mit dem Zeitbedarf, der finanziellen Bewertung von unbezahlter Hausarbeit, der Verteilung von Ressourcen in und auf Familien, sowie mit sozialer Wohlfahrt und Kindheitsfragen.

Social Forsknings Institutet

Herluf Trolles Gade 11
DK-1052 Kopenhagen

Tel.: +45-33-48 08 86

Fax: +45-33-48 08 33

E-mail: jeb@sfi.dk

Internet: <http://www.sfi.dk>

Familienstruktur

Da die meisten Mütter erwerbstätig sind, teilen sich die Eltern tendenziell die Betreuung der Kinder. 86 Prozent der Frauen im Alter zwischen 30 und 50 Jahren stehen voll im Beruf (d.h. sie arbeiten mindestens 30 Stunden pro Woche). Auch in Dänemark übernehmen die



Frauen mehr (unbezahlte) Arbeit im Haushalt als die Männer.

Väter investieren hingegen mehr Zeit in die (bezahlte) außerhäusliche Arbeit. Der Trend richtet sich jedoch gegen eine ausgewogenere Aufteilung der Zeit auf die Beteiligten.

Es wird erwartet, daß jedes dritte Kind die Scheidung seiner Eltern erlebt. 11 Prozent der Scheidungskinder (28.000 Kinder unter 18) leben beim Vater. Bei kleineren Kindern ist dieser Prozentsatz viel niedriger. Die Zahl der Kinder, die nicht mit ihren Eltern leben (1996 waren es 1,3 Prozent), ist seit den Achtzigerjahren rückläufig.

Familienbezogene Politik

1993 führte das Interministerielle Komitee für Kinder ein Aktionsprogramm zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Ein in diesem Zusammenhang erstellter Bericht zeigt, daß es möglich ist, familienfreundlichere Arbeitsplätze nach den Wünschen der Arbeitnehmenden zu gestalten. An oberster Stelle der Wunschliste standen Flexibilität bei der Arbeitszeit und bei der Organisation der Arbeit. Überraschend war, daß die Arbeitnehmenden nicht auf Tagesbetreuungsstätten, die von der Firma organisiert werden, zurückgreifen möchten, sondern Eltern in der Regel öffentliche Tagesbetriebsdienste vorziehen.

Die Bereitstellung von Tagesbetreuungsplätzen wurde zwar in den letzten Jahren beträchtlich erhöht, doch die Nachfrage übersteigt immer noch das Angebot. Vor allem dem wachsenden Bedürfnis nach Tagesbetreuungseinrichtungen außerhalb der traditionellen Arbeitszeiten wird mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es für jede Altersgruppe: Das Angebot reicht von

Kindertagesstätten und Tagesbetreuung in Familien bis zu Einrichtungen für die nachschulische Betreuung. Gemeinden und Bezirksverwaltungen sind durch die „Kinderbetreuungsgarantie“ zur Bereitstellung dieser Einrichtungen verpflichtet.

Im allgemeinen ist die wirtschaftliche Stellung von Familien und Kindern zufriedenstellend. Wird allerdings die größere Zahl der Personen in Betracht gezogen, die vom vorhandenen Einkommen leben müssen, haben Familien mit Kindern im Durchschnitt ein niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen als Familien ohne Kinder.

Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Kinder

Viele häusliche Probleme stehen in engem Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit der Eltern. 1998 waren 7,3 Prozent der dänischen Bevölkerung ohne Arbeit. Gewalt, Gesundheits- und Familienprobleme, Selbstmordversuche, Alkoholismus und Strafverurteilungen treten in gehäufte Form meist bei Langzeitarbeitslosen auf. Die Hälfte der Kinder aus Familien mit langzeitarbeitslosen Eltern erlebt den Zusammenbruch der Familie. ■

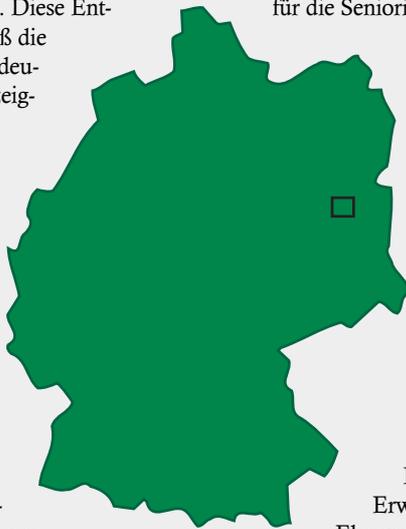
Deutschland

Höhenflug fernab vom Ideal

Geprägt war das Jahr 1998 von den Wahlen zum 14. Deutschen Bundestag. Beherrschendes Wahlkampfthema war eine Steuerreform, für die alle im Bundestag vertretenen Parteien unterschiedliche Konzepte vorlegten. Eine neue, entsprechendere Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft stand zur Diskussion. Was das für die Familien bedeutet, haben Thomas Bahle und Franz Rothenbacher, Experten der Beobachtungsstelle bis 1996, auf den Punkt gebracht: „Es ist die Familie, die die Last auf ihren Schultern tragen muß, wenn der Staat sich zurückzieht und der Markt dabei versagt, die nötigen Güter und Dienstleistungen zu liefern. Wenn Politiker von ‚Selbständigkeit‘ und von ‚individueller Verantwortung‘ sprechen, dann müssen sie – oder sollten – sie dabei an die Familie denken. Wenn sich das Gleichgewicht zwischen dem Staat, dem Markt und der Familie auf mehr ‚Selbständigkeit‘ hin verschiebt, dann braucht die Familie definitiv mehr Unterstützung, um ihre Pflichten zu erfüllen.“

Familienstruktur

Die Anzahl der Einpersonenhaushalte und der Mehrpersonenhaushalte steigt. Der Durchschnittsumfang aller privaten Haushalte nimmt ab. Fortlaufende Trends sind das Hinausschieben von Hochzeit und Geburten. Diese Entwicklung bedeutet aber nicht, daß die Familie und der Ehestand an Bedeutung verlieren. Wie eine Studie zeigte, besitzt die Familie in der Bevölkerung noch immer den höchsten Stellenwert. Partnerschaften sind nicht so instabil wie allgemein angenommen wird. Walter Bien vom Deutschen Jugendinstitut faßt die Situation der Familien folgendermaßen zusammen: „Den Familien ging es noch nie so gut wie heute, z.B. haben die Menschen mehr Freizeit, die sie auch miteinander verbringen, allerdings ist die Realität immer noch weit vom Ideal entfernt.“ Auch wenn und vielleicht weil die Anzahl der Kinder je Familie zurückgeht, sind heute die



Lebensbedingungen für den Nachwuchs besser denn je. Das Verhältnis zwischen den Generationen ist entkrampft. Verglichen mit früheren Zeiten spielen die direkten

Verpflichtungen der jungen Generationen für die Seniorinnen und Senioren

keine so große Rolle mehr. Es gibt mehr Wohnraum, dadurch ist Intimität auf Distanz möglich geworden.

Die Väter

Die Väter versuchen zunehmend, mehr Pflichten in der Familie zu übernehmen. Prinzipiell gilt aber, daß Männer insbesondere in allen

Bereichen des Erwerbslebens durch eine Ehe gewinnen und Frauen verlieren.

Das betrifft sowohl die sozialrechtlichen und finanziellen Aspekte als auch die Aufteilung der Arbeit. Eine Folge davon ist, daß es unverheirateten Männern wirtschaftlich schlechter geht als ehelosen Frauen, sofern sie keine Kinder im Haushalt haben.

Armutsgefährdung

In den letzten Jahren hat sich immer mehr herauskristallisiert, daß sich die Gefahr zu verarmen von den Alten zu den Kindern verlagert. Die Zahl der Kinder, die Sozialhilfe empfangen, hat sich in den letzten 15 Jahren vervierfacht. Christian Palentien von der Universität Bielefeld meint ganz pointiert: „Wer sich Kinder anschafft, hat alle Weichen gestellt, sich wirtschaftlich zu ruinieren.“ Dies trifft aber nicht alle Familien und nicht alle Lebensphasen. Am meisten betroffen sind junge Frauen unter 30 mit Kindern unter sechs Jahren ohne Partner. Mehr als zwei Drittel von ihnen haben nur ein Einkommen im Bereich des Sozialhilfesatzes. Eltern, deren Kinder flügge geworden sind, bilden hingegen die wirtschaftlich stärkste Gruppe.

Finnland

Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz

Die finnische Familienpolitik orientiert sich am sogenannten skandinavischen (bzw. nordischen) Wohlfahrtsmodell. Finnlands Sozialpolitik war in den frühen Neunzigerjahren vor allem durch einen starken Konjunkturrückgang gefordert. Zwischen 1991 und 1994 verloren alle Beschäf-



Sirpa TASKINEN
nationale Expertin

Ausgebildet als Psychologin mit praktischer Erfahrung in Spitälern und Familienberatungszentren arbeitet Sirpa Taskinen nunmehr am Nationalen Forschungs- und Entwicklungszentrum für Wohlfahrt und Gesundheit (STAKES) und ist dort verantwortlich für die Bereiche Wohlfahrt und Gesundheit sowie präventive Sozialpolitik.

National Research and Development Centre for Welfare and Health (STAKES)

Siltasaarenkatu 18
PO Box 220, FIN-00531 Helsinki

Tel.: +358-9-39 67 2148
Fax: +358-9-39 67 2201
E-mail: sirpa.taskinen@stakes.fi
Internet: <http://www.stakes.fi/>

tigten durchschnittlich 7,6 Prozent ihres Nettoeinkommens. Diese Entwicklung hat die Kontroversen in der Sozialpolitik insgesamt vertieft. Die Sozialausgaben wurden in vielerlei Hinsicht gekürzt, wovon besonders Familien und Arbeitslose betroffen waren. Trotz dieser Probleme ist Finnland der einzige EU-Mitgliedsstaat, der alle 50 in Kraft getretenen Sozialrichtlinien vollständig umgesetzt hat. In den letzten Jahren hat sich die Lage der finnischen Wirtschaft wesentlich verbessert.



Walter BIEN
nationaler Experte

Walter Bien ist Familienforscher und leitet seit 1987 die Abteilung Sozialberichterstattung am Deutschen Jugendinstitut in München.

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Sozialberichterstattung
Nockherstrasse 2, D-81541 München

Tel.: +49-89-623 06 234
Fax: +49-89-623 06 162
E-mail: bien@dji.de
Internet: <http://www.dji.de>

Familiendemographie

Finnland hat nach wie vor eine relativ hohe Fertilitätsrate und zählt zu den Staaten mit den niedrigsten Raten für Tod im Wochenbett (3,3/100.000), Totgeburten (4,0/1.000) und Säuglingssterblichkeit (3,9/1.000) (1997). Die Anzahl der Trennungen und Scheidungen steigt, doch vier von fünf Kindern verbringen ihre Kindheit mit den leiblichen Eltern. Die Zahl der Menschen, die ohne Eheschließung zusammenleben, ist rapide angestiegen. 1997 entsprach jede sechste Familie diesem Typ. Anlässlich der Geburt eines Kindes entschließen sich die Partner allerdings häufig zu heiraten. Eltern leben öfter als früher in eheähnlichen Gemeinschaften, aber auch die Zahl der alleinerziehenden Mütter steigt. Scheidungen oder Trennungen treten am häufigsten bei Paaren ohne Kinder auf. Eltern von zwei Kindern haben die beständigsten Beziehungen. Sind die Eltern nicht verheiratet, ist das Risiko, daß die Kinder eine Trennung erleben, fünfmal höher als eine Scheidung für Kinder aus ehelichen Gemeinschaften.



Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Finninnen und Finnen sind sehr stolz darauf, daß die Gleichbehandlung in ihrem Land bereits so weit fortgeschritten ist. Die Frauenerwerbsquote ist sehr hoch. Junge Väter übernehmen immer mehr Verantwortung bei der Kinderbetreuung und im Haushalt. Doch der größere Teil der Hausarbeit wird weiterhin von den meist erwerbstätigen jungen Müttern erledigt. Derzeit läuft ein von der EU finanziertes Projekt über Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zusammenarbeit mit zehn unterschiedlichen Arbeitsstätten. Verschiedene Modelle werden getestet, z.B. die Möglichkeit, Zeit auf einem Konto anzusparen und diese dann bei Bedarf für Kinderbetreuung aufzubrauchen.

Kinderbetreuung

Frauen haben einen gesetzlichen Anspruch auf Mutterschaftsurlaub von 105 Werktagen; der anschließende Karenzurlaub von 158 Tagen kann von beiden Elternteilen genutzt werden. Das Karenzgeld beträgt durchschnittlich 70 Prozent des Einkommens. Dieser Prozentsatz sinkt allerdings, wenn das Einkommen eine

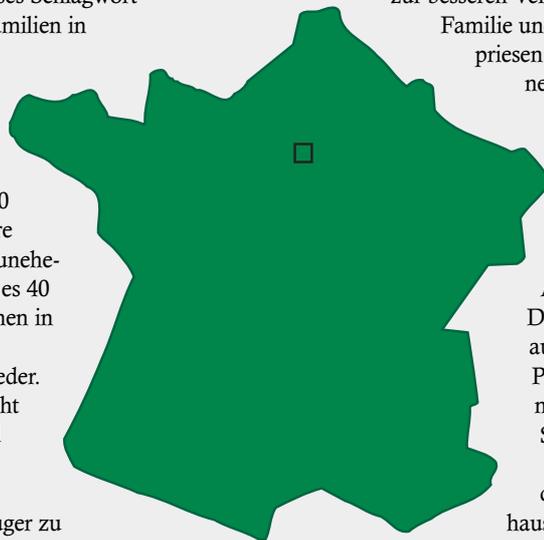
bestimmte Höhe übersteigt. Zusätzlich gibt es für jedes Neugeborene ein großes Paket mit Babyausstattung. Kindergeld wird bis zum 17. Lebensjahr bezahlt.

Seit 1973 sind die Gemeinden verantwortlich für die Schaffung geeigneter Kinderbetreuungsstätten. 1990 wurde das Recht auf Unterbringung in einer öffentlichen Betreuungsstätte für Kinder unter drei Jahren gesetzlich garantiert und 1996 auf alle Kinder unter sieben Jahren ausgeweitet. Einkommensschwache Familien können zur Gänze von der Tagesbetreuungsgebühr befreit werden. Eltern von Kindern bis zu drei Jahren, die die öffentlichen Tagesstätten nicht nutzen, erhalten eine Beihilfe für die Betreuung ihrer Kinder zu Hause. ■

Frankreich

Renaissance der Familie

Viele Veränderungen! Dieses Schlagwort ließe sich durchaus auf Familien in Frankreich anwenden. So hat sich seit 1965 die Scheidungswahrscheinlichkeit vervierfacht (von zehn auf 40 Prozent im Jahr 1997). Vor rund 30 Jahren kamen noch magere sechs Prozent der Kinder unehelecht zur Welt, 1997 waren es 40 Prozent. Doch die Menschen in Frankreich entdecken die Qualitäten der Familie wieder. Das Verhalten hat sich nicht sehr geändert, aber es sind neue Ideen im Schwange. „Die beste Art, derzeit in Frankreich einen Staubsauger zu verkaufen, ist, in der Werbung einen Mann beim Staubsaugen zu zeigen,“ bringt es Claude Martin ironisch auf den Punkt.



Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird heiß diskutiert, doch die tatsächliche Unterstützung für Frauen ist unzureichend. 70 Prozent der Frauen sind berufstätig. Von jenen, die drei Kinder haben, arbeiten 45 Prozent. 16 Prozent aller Frauen haben einen



Claude MARTIN
nationaler Experte

Centre de recherches administratives et politiques CNRS
Institut d'études politiques de Rennes
 Bld. de la Duchesse Anne 104, F-35700 Rennes

Tel.: +33-2-99 02 28 38
 Fax: +33-2-99 02 28 66
 E-mail: cmartin@ensp.fr
 Internet: <http://www.cnrs.fr/>

Teilzeitjob (vor zehn Jahren waren es noch 11 Prozent). Diese Beschäftigungsform wird zwar von öffentlichen Stellen oft als Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von

Familie und Beruf angesehen. Die Unternehmen sehen darin aber meist ein Mittel zur Erhöhung der Flexibilität der Arbeitskräfte. Doch es existieren auch richtige Paradeunternehmen: So wurde z.B. in Saint Camille das Krankenhaus, das privat geführt wird und nicht gewinnorientiert arbeitet,

bei einem europäischen Wettbewerb ausgezeichnet. Auf der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmenden wurde ein eigener Serviceverband gegründet, der dem Krankenhauspersonal verschiedene Dienstleistungen anbietet. So bringt z.B. die Krankenschwester am Morgen ihre Schmutzwäsche und erhält nach Dienstschuß alles gebügelt zurück. Ein entsprechender Näh-, Koch- und Putzdienst runden das Bild ab. Unter Mithilfe des nationa-

len Arbeitsamtes wurden zehn Langzeitarbeitslose für diese Dienstleistungen eingestellt.

Kinderbetreuung

Eine wichtige Frage ist jene der Kinderbetreuung. Seit 1988 wurden 1.800 Kinderbetreuungsverträge mit den Kommunen geschlossen, um die öffentliche Versorgung zu sichern. Seit 1995 erhalten Eltern, die ihr Kind zu einer Tagesmutter bringen, bis zum dritten Geburtstag des Kindes eine Unterstützung von FF 800 (Euro 122). Seit 1986 unterstützt der Staat berufstätige Eltern mit Kindern unter sechs Jahren, die eine Hausangestellte beschäftigen. Diese Maßnahme ist sehr umstritten. Der Markt an Kinderbetreuungseinrichtungen wächst nicht.

Für Elternteile, die ihre berufliche Tätigkeit für die Erziehung eines Kindes unter drei Jahren teilweise oder vollständig unterbrechen, gibt es Erziehungsgeld, allerdings nur, wenn mindestens zwei Kinder betreut werden. Der volle Satz beträgt FF 2.964 (Euro 452), wenn der Elternteil vollständig aus dem Berufsleben aussteigt; Abstufungen sind möglich.

Griechenland

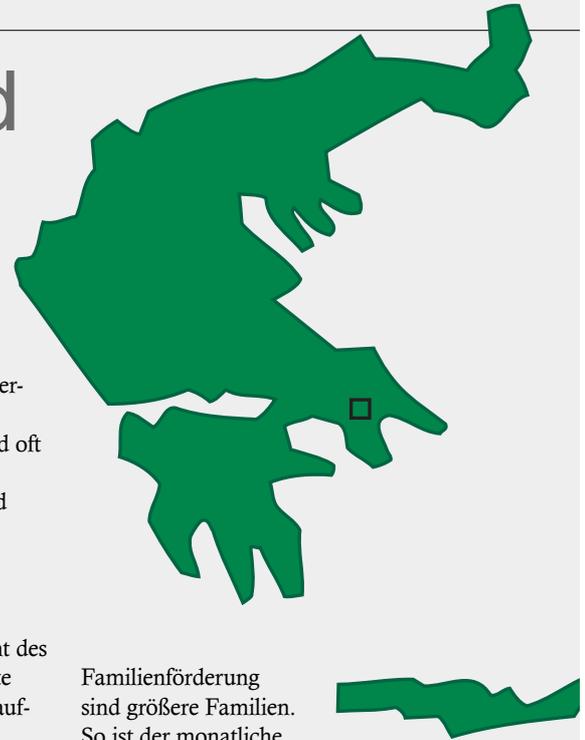
Schichtbetrieb an Schulen

Demographie

Die Fertilitätsrate ist rückläufig; 1996 lag sie bei weniger als 1,4 Kinder pro Frau. Die meisten Kinder werden ehelich geboren. Obwohl die Scheidungshäufigkeit weiterhin sehr niedrig ist, betreffen drei von vier Fällen Familien mit Kindern. Betroffen sind oft Paare, die fünf bis sieben Jahre verheiratet waren; das heißt, die Scheidungskinder sind sehr jung.

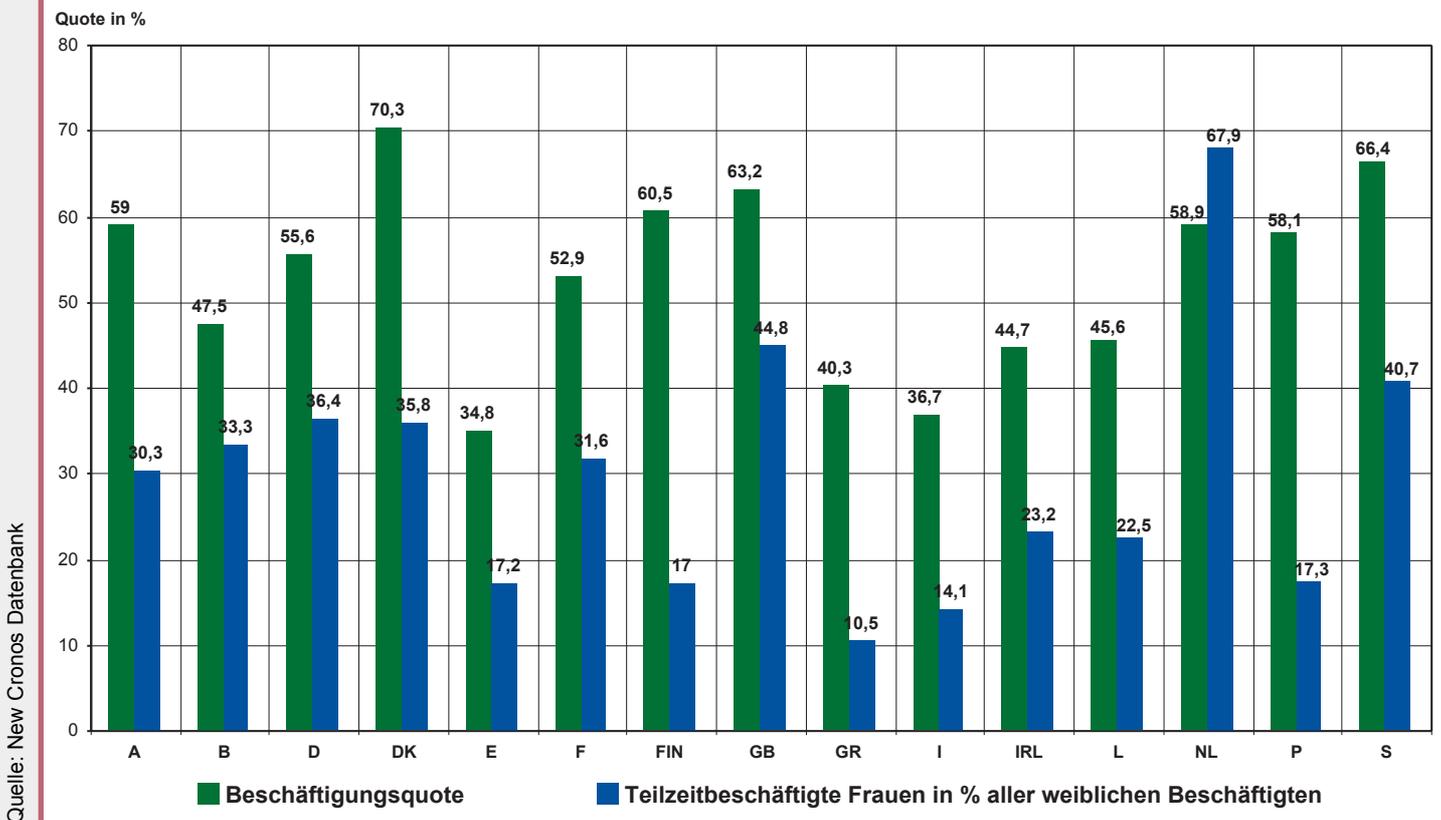
Familienpolitik

1997 betrug der Sozialhaushalt 25,8 Prozent des Bruttosozialprodukts. 1996 wurde die Hälfte dieses Haushalts für Sozialversicherungen aufgewendet, die andere Hälfte wurde für Gesundheit (4,8 Prozent), Erziehung und Unterricht (3,4 Prozent), Fürsorge (2,2 Prozent), Wohnungswesen (0,7 Prozent), Arbeitslosigkeit und Ausbildung für Wiedereinstellung (0,8 Prozent) und Sonstiges (1,1 Prozent) ausgegeben. Eine klare Zielgruppe in der



Familienförderung sind größere Familien. So ist der monatliche Zuschuß für das dritte Kind von GRD 34.000 (Euro 103) auf GRD 40.000 (Euro 121) gestiegen. Zudem wurde das Alter des zuschufberechtigten Kindes von drei auf sechs Jahre erhöht. Eine Mutter von vier oder mehr Kindern erhält GRD 10.000 (Euro 30) pro

Beschäftigungsquote Frauen 1998



Monat für jedes unverheiratete Kind unter 23 Jahren. Zusätzlich erhalten solche Mütter eine steuerfreie monatliche Rente von GRD 23.000 (Euro 70), solange das Jahreseinkommen der Familie drei Millionen Drachmen (Euro 9.236) nicht überschreitet.

Allgemein ist die Situation der Familie, finanziell betrachtet, wesentlich ungünstiger als in den anderen Mitgliedstaaten der EU. 44 Prozent der Familien gaben in einer 1996 durchgeführten Umfrage auch tatsächlich an, daß sich ihre Situation verschlechtert hat.



Loukia M. MOUSSOUROU
nationale Expertein

Institut für Sozialpolitik und
Soziale Anthropologie
Panteion Universität
Leof. Syngrou 136, GR-176 71 Athen

Tel.: +30-1-920 10 36 oder +30-1-920 17 31
Fax: +30-1-923 82 90 oder +30-1-920 17 31
E-mail: lmous@panteion.gr
Internet: <http://www.panteion.gr/>

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird überhaupt nicht gestellt, zumindest nicht von den Verantwortlichen. Es steigt allerdings das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Unterstützung der Eltern, denn erstens ist die Erwerbsarbeitszeit in Griechenland länger als der europäische Durchschnitt, und zweitens haben die Schulen sehr unterschiedliche Zeitpläne.

Durchschnittlich arbeiten die Griechinnen und Griechen 46,7 Stunden (Arbeitgebende: 60,5 Stunden; Selbständige: 55 Stunden) pro Woche. 16 Prozent der Arbeitnehmenden haben eine zweite Arbeitsstelle. Die Gewerkschaften werben für eine 35-Stunden-Woche ohne Senkung der Löhne als Mittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Zeit, die täglich mit der Betreuung von Kindern ver-

bracht wird, beträgt eineinhalb Stunden für Frauen und 36 Minuten für Männer.

Da es vor allem in den Großstädten zu wenig Schulgebäude gibt, wird im Schichtbetrieb unterrichtet. Nach einem Rotationsschema gehen die Kinder daher einmal morgens und einmal nachmittags zur Schule. Für die Eltern stellt dieser Stundenplan ein großes Problem dar, da sich die Zeiten für die Kinderbetreuung und Mahlzeiten ständig ändern und sie die Kinder in der einen Schicht am Morgen und in der anderen Schicht am Nachmittag zur Schule bringen müssen. Die Belastung steigt, wenn eine Familie mehrere Kinder hat, die in unterschiedlichen Schichten unterrichtet werden.

Zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern wurde ein eigenes Programm beschlossen, das Frauen vor Arbeitslosigkeit und Armut schützen, ihre soziale und berufliche Stellung verbessern und ihre Gesundheit sichern helfen soll.

Irland

Irland hat die jüngste Bevölkerung

Familienpolitik

Viele Geburten, ein Trend zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft und eine hohe Gefahr für Kinder, in die Armut abzugleiten: das sind die Eckdaten für die irische Familie. Die Wirtschaft Irlands hat mit 5,75 Prozent eine Wachstumsrate, die über dem europäischen Durchschnitt liegt und eine aktivere Familienpolitik ermöglicht.

Es gibt in Irland keine ausgesprochen pronatalistische Politik. Gabriel Kiely meint, daß sich die Erhöhung der Zahlungen ab dem dritten Kind zwar pronatalistisch interpretieren lassen, doch diese Maßnahme wurde eingeführt, um ärmere Familien mit mehreren Kindern besser zu unterstützen.

Demographie

Im Zeitraum der beiden letzten Volkszählungen (1991–1996) stieg die Gesamteinwohnerzahl um 2,7 Prozent. Im Gegensatz zu den meisten anderen Mitgliedstaaten ist dies nicht auf Einwanderungen zurückzuführen, sondern auf eine für europäische Verhältnisse hohe Geburtenrate. Statistisch gesehen bekam 1997 jede Frau in Irland 1,92 Kinder. Trotzdem ist auch in Irland ein Rückgang, wenn auch von

einer hohen Basis, festzustellen. Mehr als ein Fünftel der Kinder kommt außerehelich zur Welt. Irland hat die jüngste Bevölkerung der Europäischen Union: der Anteil der unter 14-jährigen liegt bei 30,9 Prozent. 1996 betrug der Anteil der über 65-jährigen 11 Prozent. Für diese Altersgruppe liegen die Prognosen für das Jahr 2026 bei 19 Prozent. Die irische Bevölkerung wird also auch in den nächsten Jahrzehnten sehr jung bleiben.

Familienstruktur

1994 lag die Eheschließungsrate bei 4,4 pro 1.000 der Bevölkerung. Das entspricht dem seit den Siebzigerjahren anhaltenden Trend: Die Rate geht stetig zurück. Bezüglich nichtehelicher Lebensgemeinschaften liegen keine zuverlässigen Daten vor. Es wird jedoch angenommen, daß der Rückgang der Eheschließungsrate und der Anstieg der außerehelichen Geburten einen zunehmenden Trend zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft widerspiegeln.

Obdachlose Kinder

In Irland gibt es ca. 5.000 Obdachlose, fast zehn Prozent davon sind Kinder unter zehn Jahren. Jährlich werden mehr als 400 obdachlose Kinder in den Straßen Dublins aufgegriffen. Ein Bericht zeigt, daß die obdachlose Bevölkerung immer jünger wird. Die Kinder verlassen ihr Zuhause wegen familiärer Schwierigkeiten, Armut, Mißhandlung oder Vernachlässigung.

Alleinerziehende Eltern

Der Minister für Soziales führte eine neue Zahlung für Alleinerziehende ein, die 1997 wirksam wurde. Die frühere Beihilfe für Alleinerziehende wurde mit der Beihilfe für verlassene Ehefrauen in die neue Zahlung eingebunden. Dies bedeutet in diesem Bereich eine völlige Gleichstellung von Frau und Mann und schließt den Begriff 'Verlassenheit' als Basis für einen Anspruch auf Sozialhilfeleistungen aus.



Seit 1997 sind alle Alleinerziehenden berechtigt, IEP 6.000 (Euro 7.618) jährlich ohne Verlust der Beihilfen zu verdienen. Bis zu

Italien

Mehr Alte als Junge

Demographische Entwicklung

Das klassische Klischee der italienischen Großfamilie gehört inzwischen der Vergangenheit an. Die Zahl der Familien wird zwar immer größer, doch die Familien werden immer kleiner. Tatsache ist, daß die Zahl der Geburten rund 40 Prozent unter dem Wert liegt, der die Stabilität der Bevölkerung von Generation zu Generation sichern würde. Die italienische Frau bekommt durchschnittlich 1,2 Kinder. In den vergangenen 20 Jahren sind in Italien so wenig Kinder zur Welt gekommen, daß es 1996 das einzige Land der Welt war, in dem es mehr ältere Menschen gab als jüngere. Die Überalterung stellt ein großes Problem für die italienische Gesellschaft dar. In den letzten Jahren sind die Rentenzahlungen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt mit unglaublicher Geschwindigkeit gestiegen. Die Renten verschlingen über 70 Prozent der Sozialausgaben.

Insgesamt werden immer weniger Ehen geschlossen, von denen immer mehr vor dem Scheidungsrichter enden. Trotzdem liegt Italien, was Scheidungen betrifft, noch weit unter dem europäischen Niveau. Rund 90 Prozent der Kinder unter 18 Jahren leben mit beiden Elternteilen, knapp acht Prozent mit einem Elternteil.

Die Lage der Frauen hat sich in Italien ebenfalls stark verändert. Die Frauen haben heute zunehmend mehr Interessen außerhalb der Familie; sie verfolgen in Ausbildung und Arbeit die gleichen Ziele wie die Männer. Also schieben sie Heirat und Kinderwunsch auf und halten die Zahl der Kinder klein. In Italien ist das Niveau der Frauenbeschäftigung zwar immer noch niedriger als in vielen anderen europäischen Staaten, doch die Frauen haben aufgeholt. Vor allem die jungen Italienerinnen drängen auf den Arbeitsmarkt und wollen auch berufstätig bleiben, wenn sie Kinder haben.

„Hotel Mama“

Junge Leute verbleiben immer länger in der Herkunftsfamilie und gründen immer später einen eigenen Haushalt. 90 Prozent der Kinder unter 24 Jahren leben bei ihren Eltern – und zwar nicht nur, wenn sie studieren oder von den Eltern abhängig sind, sondern auch, wenn sie ihr eigenes Geld verdienen. Fachleute führen diesen Trend auf kulturelle Wurzeln und Traditionen zurück, auf den italienischen Familiensinn und den starken katholischen Einfluß. Im Süden Italiens bleiben die Jungen allerdings nicht ganz freiwillig im Elternhaus. Mehr als ein Drittel der 15–24jährigen ist arbeitslos, in manchen Gebieten sind es 50 bis 60 Prozent.



Kinderarbeit

Das gesetzliche Mindestalter für Berufstätigkeit ist 15 Jahre, doch die Schulpflicht endet mit 14 Jahren. Diese Lücke führt zur illegalen Beschäftigung Minderjähriger. Laut einer Studie arbeiten rund 50.000 Kinder unter 14 illegal. Einer Untersuchung zufolge halfen 1989 sieben Prozent aller Kinder zwischen sechs und 13 Jahren ihren Eltern mehr oder weniger kontinuierlich bei der Arbeit außer Haus. ■



Gabriel KIELY
nationaler Experte

Gabriel Kiely ist Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Sozialarbeit an der Universität Dublin. Er leitet auch das Zentrum für Familienstudien und ist von Anfang an Mitglied der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten.

Family Studies Centre
Department of Social Sciences
University College Dublin
Belfield Campus, IRL-Dublin 4

Tel.: +353-1-706 85 10
+353-1-706 84 19
Fax: +353-1-706 11 97

IEP 12.000 (Euro 15.237) wird eine Teilbeihilfe gewährt. Diese Regelung soll Alleinerziehenden die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Noch 1996 wurde in einem Bericht über die Einführung familienfreundlicher Initiativen am Arbeitsplatz festgehalten, „daß trotz der Existenz von Gesetzen zur Lohngleichheit und Gleichberechtigung am Arbeitsplatz, die Beschäftigungspraxis in vielen Organisationen immer noch die Auffassung erkennen läßt, daß Arbeiter männlich sind und keine familiären Verpflichtungen haben“. ■

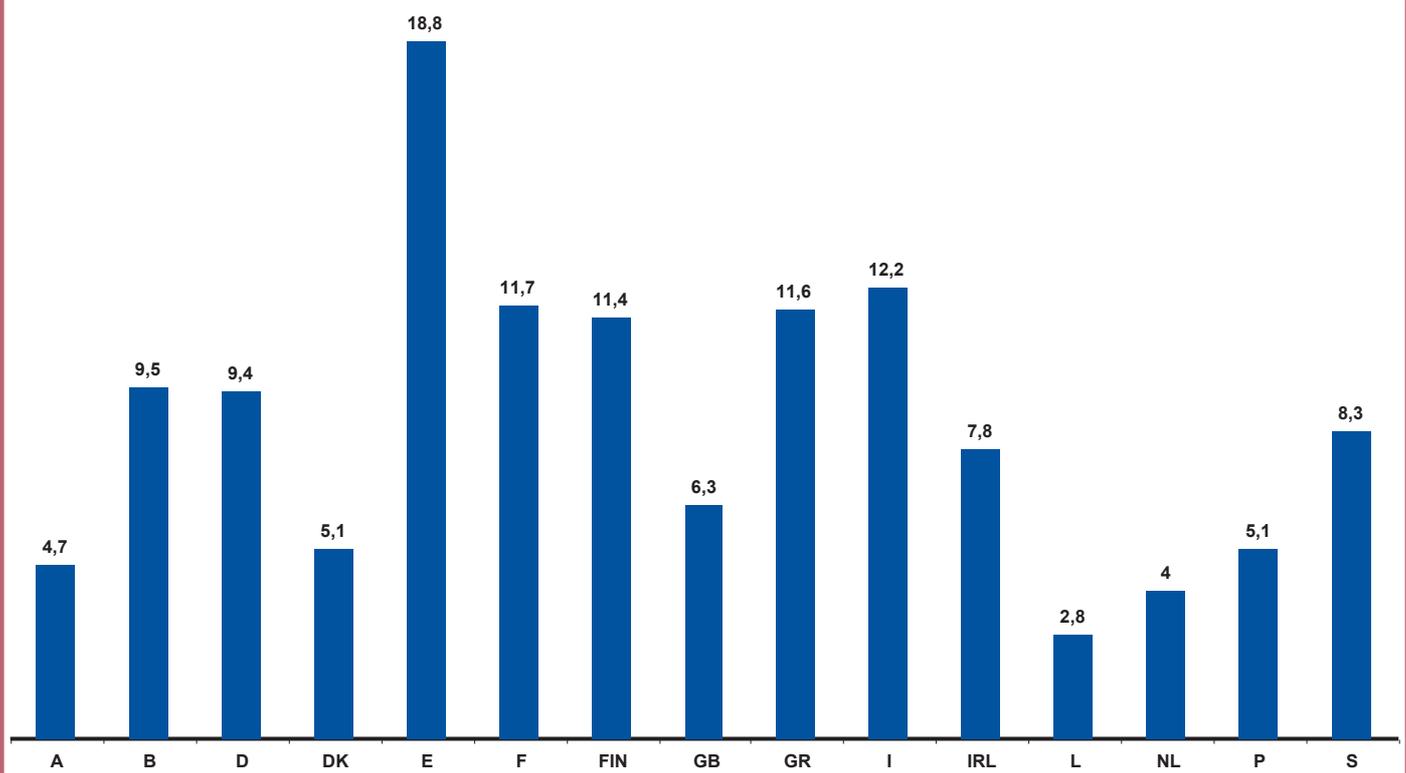


Giovanni B. SGRITTA
nationaler Experte

Dipartimento di Scienze Demografiche
Università degli Studi di Roma 'La Sapienza'
Via Nomentana 41, I-00161 Rome

Tel.: +39-06-499 195 20
Fax: +39-06-853 033 74
E-mail: sgritta@dssd.sta.uniroma1.it
Internet: http://www.uniroma1.it

Arbeitslosenquote (1998) in Prozent



Quelle: New Cronos Datenbank

Luxemburg

Selten sind beide Eltern vollzeiterwerbstätig

Demographische Entwicklung

Die Anzahl der Geburten stieg 1996 um 4,9 Prozent an, die Fruchtbarkeitsrate lag bei 1,76 – das sind Werte, die seit Anfang der Siebzigerjahre nicht mehr erreicht wurden. Zu diesem Wachstum trägt jedoch in erster Linie die ausländische Bevölkerung bei; die luxemburgische Population selbst nimmt ab. Das Bevölkerungswachstum zwischen 1995 und 2025 wird voraussichtlich zu einer relativ unausgewogenen Altersstruktur führen. Vor allem der Anteil der älteren Bevölkerung (über 60 Jahre) wird um mehr als 40 Prozent ansteigen und somit einer der höchsten in der Europäischen Union sein. Was die Statistik betrifft, ist in Luxemburg – so wie in anderen vergleichbaren Mitgliedstaaten der Europäischen Union – eine Zunahme der außerehelichen Geburten und der Scheidungen zu verzeichnen. 15 Prozent aller Geburten sind außerehelich.

Familienpolitische Maßnahmen

Die Kinderbetreuung ermöglicht es den Frauen in der Regel nicht, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Nur 17 Prozent aller Kinder leben in einem Haushalt, in dem Mutter und Vater einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Die Kinderbetreuung entspricht nicht den

Wünschen der Frauen. Jede zweite Frau wünscht sich ein größeres Angebot an Kinderkrippen und Kindertagesstätten, deren Öffnungszeiten ihren Bedürfnissen entsprechen.

Im Jahr 1996 fanden 1.123 Kinder im Alter zwischen

zwei Monaten und sechs Jahren einen Platz in einer Kinderbetreuungs-einrichtung, während 862 Anfragen unerfüllt blieben. Mit vier Jahren kommen die Kinder in die Vorschule. Die Grundschule beginnt mit sechs, die Schulpflicht reicht bis zum Alter von 15 Jahren.

Pierre HAUSMAN
nationaler Experte

CEPS - INSTEAD

BP 48, Bâtiment Administratif ARBED
Rue Emile Mark 44, L-4501 Differdange

Tel.: +352-585-855 528

Fax: +352-585 588

E-mail: Pierre@post.ceps.lu

Internet: <http://ceps-nt1.ceps.lu/>

Die Schulen werden in der Regel nach dem Unterricht geschlossen. Nur 12 von 118 Gemeinden können derzeit eine Nachmittagsbetreuung anbieten. Da nur wenige Schulen über Kantinen verfügen, müssen die Schülerinnen und Schüler zum Mittagessen nach Hause gehen. Angesichts dieser Gegebenheiten ist es verständlich, daß viele Mütter sich entschließen, zu Hause zu bleiben. Eine große Herausforderung für das gesamte System ist der hohe Anteil an ausländischen

Staatsangehörigen (30 Prozent der Kinder in den Grundschulen kommen aus dem Ausland), weshalb Mehrsprachigkeit ein wesentliches Element im luxemburgischen Bildungssystem darstellt.

obwohl mittlerweile viele Väter die Windeln wechseln und die Kinderbetreuung übernehmen, stehen die Frauen unter dem Druck, gute Mütter zu sein.

In der Regierung gibt es viele Vorbilder für aktive Familienorientierung: Einige Minister verlassen schon frühzeitig das Parlament, um bei ihren Familien zu sein; der Finanzminister ist z.B. bekannt dafür, daß er seine Kinder morgens zur Schule bringt und Wert darauf legt, am Abend mit ihnen zu essen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Nicht zuletzt weil die Vollzeitberufstätigkeit relativ gering ist, wird das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Holland nicht an die große Glocke gehängt. Der Elternurlaub ist sehr kurz und es gibt wenig Kinderbetreuung in den Unternehmen. Da die meisten Holländerinnen und Holländer relativ wohlhabend sind und Familie als Privatsache begreifen, wird kein echter Druck auf die Politik ausgeübt, um eine Änderung herbeizuführen. Auch die Mehrheit der gebildeten Frauen bevorzugt es, zugunsten der Kinder auf die Berufstätigkeit zu verzichten. Wollen Mütter ihren Beruf dennoch nicht aufgeben, müssen sie 30 bis 50 Prozent ihres Einkommens für Kinderbetreuung und Transport aufwenden.

Finanzielle Probleme sind es jedenfalls nicht, die Mütter zur Berufstätigkeit zwingen. In Holland gibt es seit 1963 – der Einführung des Allgemeinen Bijstandswet – ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen: Jede Person, die kein Leistungseinkommen und keinen Besitz hat, erhält ein solches Mindesteinkommen. So bekommt eine Alleinerziehende mit einem zehnjährigen Kind HFL 1.444,9 (Euro 656) netto pro Monat. Bei einem Paar mit einem zehnjährigen Kind sind es HFL 2.004,22 (Euro 909), bei einem Paar mit einem achtjährigen und einem zwölfjährigen Kind sind es HFL 2.189,77 (Euro 994).

Mutterschaftshilfe

Alle krankenversicherten Holländerinnen, die ein Kind erwarten, erhalten insgesamt 16 Wochen lang 100 Prozent ihres Bruttoverdienstes bis zur Tagsatz-Obergrenze von HFL 289 (Euro 131). Wenn keine medizinischen Gründe dagegen sprechen, werden sie bei der Geburt von Hebammen zu Hause betreut.

Die Frauen haben Anspruch auf häusliche Pflege, die mindestens 24 Stunden und maximal 80 Stunden im Zeitraum von zehn Tagen dauert. Der Eigenbeitrag beträgt HFL 6 (Euro 2,7) pro Stunde. Bei medizinischer Indikation werden



Hans-Joachim SCHULZE
nationaler Experte

Hans-Joachim Schulze arbeitet an der Vrije Universiteit und forscht schwerpunktmäßig über Kommunikationsformen innerhalb der Familie und über die Beziehungen zwischen Familien und ihrer Umwelt. Er arbeitet eng zusammen mit Peter Cuyvers, Mitarbeiter des Nederlandse Gezinsraad (Niederländischer Familienrat), der sich mit der Familienentwicklung und Familienberichterstattung in den Niederlanden beschäftigt.

Faculteit der Psychologie en Pedagogiek
Van der Boeorchorst Straat 1
NL-1081 BT Amsterdam
Tel.: +31-20-444-88 84
+31-20-444-89 00
Fax: +31-20-444 87 45
E-mail: HJ.Schulze@psy.vu.nl
Internet: http://www.psy.vu.nl/

die Krankenhauskosten übernommen. Die Sachleistung steht nicht nur selbst versicherten Frauen zu, sondern auch mitversicherten Frauen und Töchtern.

Niederlande

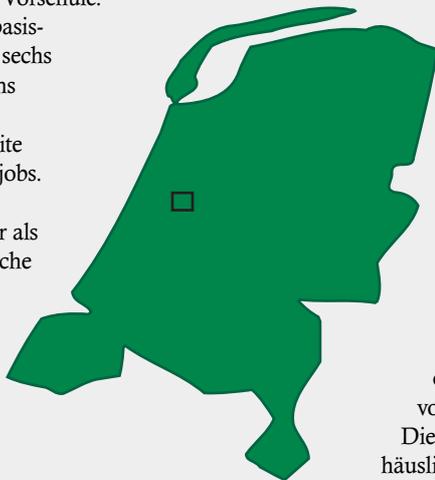
Holland: das Land mit den zwei Gesichtern

Holland hat zwei Gesichter: Auf der einen Seite arbeiten lediglich um die fünf Prozent der Frauen mit Kindern in einem Full-time-Job. Nur 29 Prozent der Holländer meinen, die Frauen sollten zum Familieneinkommen beitragen, während dies 75 Prozent der Europäer befürworten. Daher gehört es in Holland zum guten Ton, daß das Gehalt eines Alleinverdieners ausreicht, um auch die Partnerin und zwei Kinder zu versorgen. Die meisten Frauen hängen den Beruf nach dem ersten Kind an den Nagel, der Rest tut dies nach dem zweiten Kind. Nur vier Prozent der Kleinkinder besuchen Kindergärten oder andere Betreuungseinrichtungen. Die Schulpflicht beginnt mit fünf Jahren, jedoch gehen 95 Prozent der Kinder mit vier zur Vorschule.

Die Grundschule (basis-school) beginnt mit sechs und endet nach sechs Jahren.

Auf der anderen Seite gibt es viele Teilzeitjobs. Zwei Drittel aller Frauen sind weniger als 35 Stunden pro Woche erwerbstätig. Das ermöglicht es den Frauen, Berufstätigkeit und Kinderbetreuung eher miteinander zu vereinbaren. In den Köpfen

wird auch die Hausarbeit durchaus fortschrittlich aufgeteilt. Die Beteiligten sind sich einig, daß sie gemeinsam erledigt werden sollte. Doch



Österreich

Gesellschaft und Wirtschaft versuchen, familienfreundlicher zu werden

Lebensformen

1998 gab es insgesamt 81.233 Geburten, das sind im Schnitt 1,34 Kinder pro Frau. Dies ist der niedrigste jemals in Österreich beobachtete Wert. Das bedeutet, daß derzeit eine Elterngeneration nur zu 66 Prozent durch eine Kindergeneration ‚ersetzt‘ wird. Junge Menschen gründen auch später eine Familie, junge Paare leben häufig nicht-ehelich zusammen und es gibt mehr Alleinstehende. Dennoch wird selbst von Jugendlichen ein Single-Dasein nur von einer Minderheit in den Städten als bevorzugte Lebensform gewählt.

Die Fakten zeigen: Partnerschaft, Ehe und Familie sind heute immer noch die wichtigsten Lebensformen der Österreicherinnen und Österreicher. 1997 gab es 2,25 Millionen Kernfamilien, also (Ehe)-Paare mit Kind(ern) oder ohne Kind(er) und Elternteile mit Kind(ern). 1,44 Millionen davon waren Familien mit Kindern im gleichen Haushalt, d.h. fast zwei Drittel (64 Prozent) aller Familienhaushalte. Es ist also ein Wandel festzustellen auch wenn sich die Situation nicht so radikal ändert, daß von Umbrüchen gesprochen werden könnte. Zu den zahlenmäßig größten Änderungen gehört, daß die Zahl der Eltern in der Nachkinderphase – in der Statistik als kinderlos gezählt – deutlich zunimmt.

Familienpolitik

Anfang der Neunzigerjahre wurden die Leistungen für Familien zunächst ausgeweitet. Ein zweites Karenzjahr wurde eingeführt und die Familienbeihilfe erhöht. 1995 und 1996 wurden die früheren Ausweitungen durch die zwei Sparpakete der Regierung teilweise wieder zurückgenommen. Die Familien mußten als einzige Bevölkerungsgruppe reale Kürzungen hinnehmen, und zwar im Ausmaß von drei Milliarden Schilling (Euro 218 Millionen). Diese Einschnitte wurden bzw. werden aber wieder mehr als ausgeglichen durch das Familienpaket, das ab dem Jahr 2000 voll wirksam wird. Anlaß dafür war ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes 1997, das eine bessere Berücksichtigung der Unterhaltspflicht für die Kinder im Steuersystem forderte. Intensive Diskussionen gibt es um die möglichen Unterstützungen für Eltern in der Kleinkindphase. Ausgehend von einer vom Österreichischen Institut für Familienforschung vorgelegten Machbarkeitsstudie zum

Kinderbetreuungsscheck werden aktuell auf politischer Ebene die verschiedensten Modelle diskutiert (Karenzgeld für alle Mütter, Kinderbetreuungsgeld für drei Jahre, einkommensbezogenes Karenzgeld). Strittig ist dabei, ob das Karenzgeld auch in Zukunft an die Arbeitslosenversicherung gekoppelt bleiben soll oder ob es als eine Form von Grundeinkommen für eine bestimmte Lebensphase unabhängig von einem vorhergegangenen Erwerb allen Eltern zur Verfügung gestellt wird.



Helmut SCHATTOVITS
nationaler Experte

Helmut Schattovits leitet das Österreichische Institut für Familienforschung, das seit 1998 auch Sitz der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten ist.

**Österreichisches Institut
für Familienforschung (ÖIF)**
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien

Tel.: +43-1-535 14 54 18
Fax: +43-1-535 14 55
E-mail: helmuth.schattovits@oif.ac.at
Internet: <http://www.oif.ac.at/>

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In diesem Zusammenhang werden betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen, familienfreundliche Arbeitszeiten bzw. Wiedereinstiegshilfen nach einer Babypause etc. diskutiert. Vom zuständigen Familienministerium wurde deshalb in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft das Audit ‚Beruf und Familie‘ ins Leben gerufen. Unternehmen können damit im Rahmen eines Zusatzmoduls zur ISO-Zertifizierung ihre Familienfreundlichkeit überprüfen und weiterentwickeln. ■

Portugal

Armut führt zum Schuleschwänzen

Familienpolitische Situation

Obwohl sich die ökonomische Situation in den vergangenen 15 bis 20 Jahren gebessert hat, kämpft die Familienpolitik Portugals immer noch mit einem großen Problem: der Armut. 19 Prozent der portugiesischen Familien sind arm. Laut Volkszählung 1991 hatten 2,3 Prozent der Familien keine Elektrizität, 12 Prozent keine Toilette im Haus, 12 Prozent keinen Hauptwasseranschluß und 18 Prozent kein Badezimmer.

Wie in anderen südeuropäischen Ländern existiert auch in Portugal eine ideologisch starke familiäre Verbundenheit, doch die Familienpolitik war lange Zeit eher zurückhaltend. Die Familie sollte die Schwächen der Sozialpolitik kompensieren. Ende 1995 startete die sozialistische Regierung eine Diskussion über sozialpolitische Aktivitäten und die Unterstützung einkommensschwacher Familien. Einige Themen waren zuvor völlig tabu, z.B. Kindesmißbrauch, Gewalt in der Familie oder Schwangerschaftsabbruch. Im Juli 1996 wurde ein garantiertes Mindesteinkommen eingeführt und mit PTE 54.600 (Euro 272)

festgesetzt, ausgezahlt wird allerdings weniger. Zwei Erwachsene erhalten jeweils PTE 20.000 (Euro 100) und Kinder PTE 10.000 (Euro 50). Wer das garantierte Mindesteinkommen beziehen will, muß sich einem sozialen Integrationsprogramm unterziehen, wodurch unter anderem auch das Schuleschwänzen verringert werden konnte. Ende 1996 bezogen 2.606 Haushalte diese Unterstützung, 45 Prozent davon waren Paare mit Kindern und 22 Prozent Alleinerziehende.

Schule

Zur Bekämpfung der hohen Analphabetenquote wurde die Schulpflicht Ende der Achtzigerjahre auf neun Jahre angehoben. Viele Kinder schließen die Pflichtschule nicht ab, was teilweise auf Kinderarbeit zurückzuführen ist. Zwischen 1990 und 1995 wurden 1.434 Fälle von Kinderarbeit registriert. Kinder galten lange Zeit als Eigentum der Eltern. Erst in den letzten 20 Jahren findet diesbezüglich ein Umdenken statt.

Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutete jedoch nicht, daß auch die Schuleinrichtungen ausgebaut wurden. Oft wird in zwei Schichten unterrichtet. Schätzungen zufolge brechen rund 100.000 Kinder jedes Jahr vorzeitig die Schule ab. Von denen, die in der Schule bleiben, hat etwa ein Drittel ernsthafte Schwierigkeiten. Laut einer Studie haben zwischen einem und zwei Drittel aller Kinder niemanden, der ihnen bei den Hausaufgaben hilft.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eines der größten Probleme der Familien in Portugal ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Während die heute 50jährigen noch kaum gearbeitet haben, gehört es für die jungen Frauen zum guten Ton, trotz der Kinder den Vollzeitjob zu behalten. Frauen und Männer sind sich einig, daß beide zum Familieneinkommen beitragen sollen. Doch bei der Kinderbetreuung krankt es. Für Kleinkinder unter drei Jahren gibt es nur wenig Einrichtungen, da der Staat die Kinderbetreuung unter dem erzieherischen Aspekt sieht und daher nur Vorschulen für über dreijährige Sprößlinge anbietet. Viele Betreuungseinrichtungen sind bloß fünf Stunden am Tag geöffnet und schließen über Mittag. Lediglich die Hälfte aller Drei- bis Sechsjährigen besucht einen Kindergarten. ■



Karin Elisabeth WALL
nationale Expertin

Instituto de Ciências Sociais
Universidade de Lisboa
Av. das Forças Armadas, P-1600 Lissabon

Tel.: +351-1-79 95 048
+351-1-79 95 000
Fax: +351 1 79 64 953
E-mail: karin.wall@ics.ul.pt
Internet: <http://www.ics.ul.pt/>

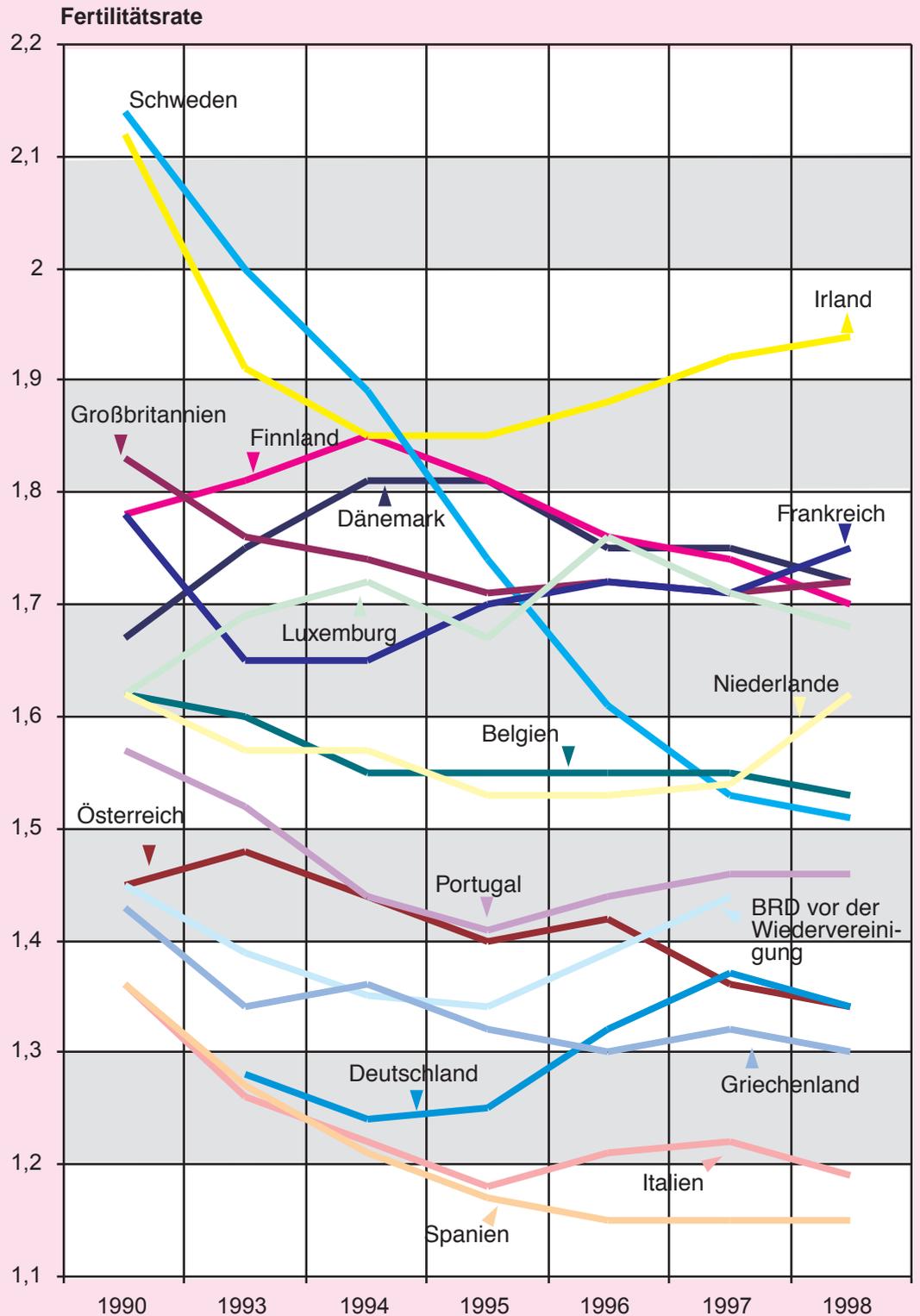
Schutz für Mütter und Schwangere

Neben den in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bestehenden arbeits(schutz)-rechtlichen Regelungen für Schwangere und Mütter nach der Geburt existieren sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen, die in allen Mitgliedstaaten durch die für die Gesundheitsvorsorge zuständigen Systeme angewandt werden. In Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden sowie in Österreich sind dies die gesetzlichen Krankenversicherungen, in den übrigen Mitgliedstaaten die staatlichen Gesundheitsdienste. Die Leistungen im Rahmen der Mutterschaftshilfe umfassen Sachleistungen (u.a. ärztliche Betreuung) und Geldleistungen, die den Entgang des Arbeitsentgelts während der gesetzlichen Mutterschaftspflichten ausgleichen sollen. Die Länge der Fristen ist in der Europäischen Union nicht einheitlich und schwankt zwischen 14 und 28 Wochen. Ebenso variiert die Höhe der Leistungen von 50 Prozent (Griechenland) bis zu 100 Prozent (Niederlande, Portugal und Spanien) des ausfallenden Bruttoentgelts. Voraussetzung für die Gewährung der Sach- und Geldleistungen ist in der Regel eine bestimmte Versicherungszeit im zuständigen System.

Entwicklung der Fertilitätsraten in Europa

Veränderung in Prozent	1990 - 1998
Luxemburg	+ 3,7
Dänemark	+ 3,0
Deutschland*	+ 4,7
Finnland	- 4,5
Frankreich	- 1,7
Belgien	- 5,0
Niederlande	0,0
Österreich	- 7,0
Großbritannien	- 6,0
Portugal	- 7,0
Griechenland	- 9,1
Irland	- 8,5
Italien	- 12,5
Spanien	- 15,4
Schweden	- 29,4

*) 1993 - 1998



Quelle: Europarat 1998; eigene Berechnungen ÖIF-hs

Schweden

Familien – Opfer der Konsolidierungspolitik?

Seit 1996 versucht die schwedische Regierung, das nationale Haushaltsdefizit zu verringern. Die Gemeinden übernehmen immer mehr Verantwortung. In den vergangenen Jahren wurde in den Kommunalhaushalten die Finanzierung sozialer Dienste erheblich eingeschränkt. Dies führte zu einer Beeinträchtigung der Lebensbedingungen von Familien.



Ulla BJÖRNBERG
nationale Expertin

Institut für Soziologie
Göteborgs Universitet
Box 720, S-405 30 Göteborg

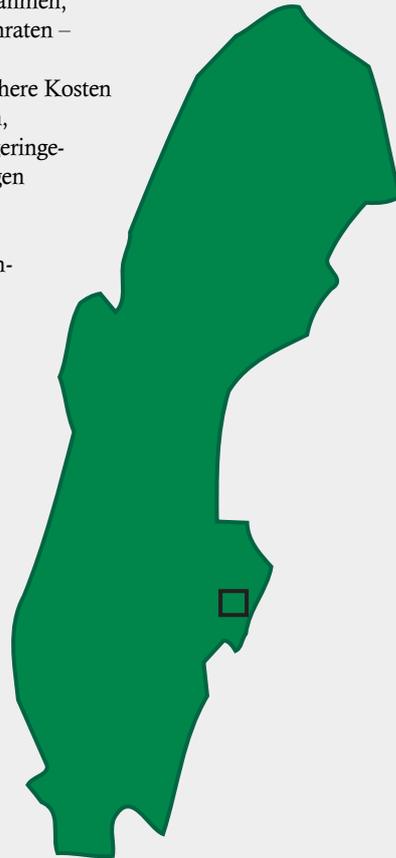
Tel.: +46-31-773 47 89
Fax: +46-31-773 47 64
E-mail: Ulla.Bjornberg@sociology.gu.se
Internet: <http://www.gu.se/>

Demographische Entwicklung

In den Achtzigerjahren stieg die Geburtenrate kontinuierlich. Diese Entwicklung endete zu Beginn der Neunzigerjahre (Geburtenziffer 1995: 1,4 Prozent). Von allen europäischen Staaten verzeichnet Schweden in den Neunzigerjahren den prozentuell stärksten Fertilitätsrückgang. Die Gründe dafür sind vielfältig: Die Geburt des ersten Kindes wird hinausgezögert. Immer weniger Paare entscheiden sich für ein drittes Kind. In der Gruppe der Personen mit niedrigerer Bildung sind die Geburtenraten am stärksten zurückgegangen. Weitere Erklärungen sind hohe Arbeitslosigkeit, Probleme im Zusammenhang mit der Etablierung auf dem Arbeitsmarkt und längere Ausbildungszeiten.

Familienpolitik

Nicht nur die Konsolidierungsmaßnahmen, sondern auch die hohen Arbeitslosenraten – 1998 lag sie bei 7,3 Prozent – hatten Auswirkungen auf die Familien. Höhere Kosten für soziale Dienste (Wohnungswesen, Kinderbetreuung), höhere Steuern, geringere Leistungen der Sozialversicherungen und niedrigere Beihilfen haben die Kaufkraft der Familien geschmälert. Alleinerziehende Mütter und einkommensschwache Familien sind die größten Verlierer. Das frei verfügbare Einkommen von Familien mit Kindern geht zurück. Paare ohne Kinder und Haushalte mit Rentnerpaaren sind finanziell besser gestellt als Haushalte mit Kindern. Das Arbeitslosenrisiko ist bei Alleinerzieherinnen dreimal so hoch wie bei verheirateten Müttern. Sozialhilfe soll ein Sicherheitsnetz für Personen mit vorübergehenden finanziellen Schwierigkeiten sein und kein Langzeitprogramm. Die Bedürftigkeitsprüfung ist strenger geworden.



Schule

In den vergangenen Jahren wurde das Schulwesen neu strukturiert: Unterrichtsstunden wurden abgebaut und die Ausgaben auf verschiedenste Weise reduziert, während die Zahl der Schülerinnen und Schüler ansteigt. Eltern mit niedrigem Bildungsniveau neigen dazu, Schulen in Gebieten zu suchen, in denen der ethnische und soziale Hintergrund ihrem eigenen ähnelt. Dies führt zu einer stärkeren sozialen Absonderung. ■

Kindergeld für Familien

Das Kindergeld ist die wichtigste Leistung im Rahmen der Familienbeihilfen. In den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist die Höhe des Kindergeldes nach der Zahl der Kinder gestaffelt. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen von zwei unterschiedlichen Systemen: In Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Irland, den Niederlanden, Österreich und Schweden wird das Kindergeld aus öffentlichen Mitteln bezahlt. In Belgien, Frankreich, Portugal, Italien und Luxemburg finanzieren die Arbeitgeber mit ihren Beiträgen das Kindergeld. In den beiden zuletzt genannten Mitgliedstaaten beteiligt sich auch die öffentliche Hand. Griechenland und Spanien haben ein Mischsystem: Hier tragen sowohl Arbeitgebende als auch Arbeitnehmende und der Staat zur Finanzierung bei. Darüber hinaus gibt es in einigen Mitgliedstaaten Abstufungen nach dem Alter der Kinder und dem Einkommen der Eltern. Alleinerziehende erhalten z.T. auch Zuschläge. Neben dem Kindergeld zahlen die meisten Mitgliedstaaten Geburtsbeihilfen und sonstige Geldleistungen (z.B. zum Schulanfang) sowie Zuschläge für behinderte Kinder.

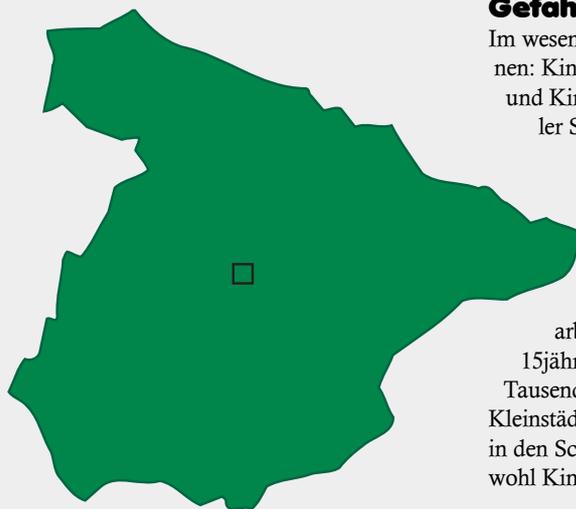
Spanien

Junge Leute finden schwer Arbeit

Die wirtschaftliche Situation Spaniens hat sich in den letzten Jahren merklich verbessert. Eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes und ein Sinken der Inflation auf 1,5 Prozent im Jahr 1998 sind die Eckdaten der spanischen Wirtschaft. Das größte soziale Problem stellt jedoch nach wie vor die hohe Arbeitslosenrate von 18,2 Prozent (Ende 1998) dar. Vor allem junge Leute und Frauen sind davon betroffen. Die meisten Arbeitslosen leben als wirtschaftlich Abhängige in der Familie. Die Arbeitslosenrate der Familienernährenden beträgt bloß neun Prozent. Bei ihren Töchtern und Söhnen ist sie hingegen dreimal so hoch.

Demographie

Die Geburtenziffern bleiben auf einem konstant niedrigen Niveau (1997: 1,16 Kinder pro Frau). In den jüngeren Altersgruppen geht die Fruchtbarkeit weiter zurück. Die hohe Arbeitslosigkeit unter der jüngeren Generation führt dazu, daß viele junge Spanierinnen und Spanier gezwungen sind, im Haushalt der Eltern zu bleiben. Nur 30 Prozent der Frauen und 14 Prozent der Männer leben als Paare zusammen; in Frankreich, Deutschland und Großbritannien sind es im Schnitt 55 Prozent beziehungsweise 36 Prozent. Ende 1996 lebten



Gefahren für die Kinder

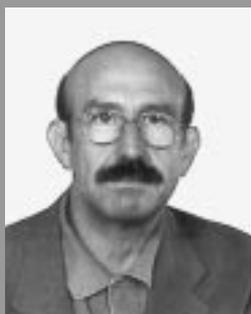
Im wesentlichen sind hier drei Bereiche zu nennen: Kindesmißhandlung, sexueller Mißbrauch und Kinderarbeit. Die Ergebnisse einiger lokaler Studien wurden auf ganz Spanien umgelegt und zeigen, daß mindestens 23 Prozent der Mädchen und 15 Prozent der Jungen einmal in ihrem Leben sexuell mißbraucht wurden. Kinderarbeit ist nach offiziellen Angaben gering: 1994 arbeiteten drei von Tausend der 14- bis 15-jährigen (1990 waren es noch sechs von Tausend). Doch in ländlichen Gegenden und Kleinstädten zeugen hohe Abwesenheitsquoten in den Schulen davon, daß es in Spanien sehr wohl Kinderarbeit gibt. ■

in Spanien 6,8 Millionen Kinder unter 16 Jahren; das entspricht 17,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die überwiegende Mehrheit der Kinder lebt in Familien mit zwei Elternteilen.

Familienpolitische Maßnahmen

In Spanien ist Karenzgeld unbekannt: Wer das Berufsleben unterbricht, um seine Kleinkinder zu betreuen, muß dies unbezahlt tun. Das Familiengeld für abhängige Kinder wurde 1997 proportional zur erwartenden Inflationsrate erhöht. Nur ein kleiner Anteil der tatsächlichen Ausgaben einer Familie kann abgesetzt werden, so daß der steuerliche Schutz der Familien sehr schwach ist. Für große Familien gibt es Sonderbeihilfen.

Öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen sind nur in ungenügender Zahl vorhanden. Spanische Männer beteiligen sich kaum an der Hausarbeit. Die Regierung unterstützt zwar Kindertagesstätten am Arbeitsplatz, trotzdem ist das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage viel zu gering. Dies macht es den Frauen noch schwerer, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Ein weiteres Problem ist die Armut. Geschätzte 15 Prozent der Haushalte mit Kindern unter 17 Jahren leben unter der Armutsgrenze.



Juan Antonio
FERNANDEZ CORDON
nationaler Experte

Instituto de Economía y Geografía (CSIC)
Calle Pinar, 25, E-28006 Madrid

Tel.: +34-91-411 23 57
Fax: +34-91-562 55 67
E-mail: jafc@ieg.csic.es

Vereinigtes Königreich

Die langsame Entdeckung der Familienpolitik

Familienstruktur

In 30 Prozent der britischen Haushalte leben unterhaltsberechtigte Kinder, 80 Prozent der britischen Kinder leben mit beiden Eltern zusammen, wobei 90 Prozent dieser Eltern verheiratet sind. Allerdings wird gegenwärtig jedes dritte Kind unehelich geboren. In 60 Prozent der Familien mit beiden Eltern und Kindern arbeiten beide Elternteile, wenn auch die meisten Mütter teilzeitbeschäftigt sind. Britische Frauen bekommen ihre Kinder immer später – durchschnittlich sind sie bei der ersten Geburt 27 Jahre alt. Die Kinderlosigkeit wächst. In der gegenwärtigen Generation von Frauen im

gebärfähigen Alter wird jede fünfte kinderlos bleiben, während es in der Generation ihrer Mütter nur jede zehnte war.

Familienpolitik

In Großbritannien gab es nie eine ausgesprochene Familienpolitik. Die Familie galt immer als Privatangelegenheit. Die Rolle des Staates beschränkte sich auf die Bereitstellung eines groben gesetzlichen Rahmens für Ehe, Scheidung und andere Meilensteine und die Gewährung eines gewissen Maßes an finanzieller Unterstützung. Der Staat griff nur dann ein, wenn etwas ernsthaft schief lief. Trotzdem ist das Familienleben von größter Bedeutung für die britische Gesellschaft. Eine vor kurzem durchgeführte landesweite Befragung ergab, daß

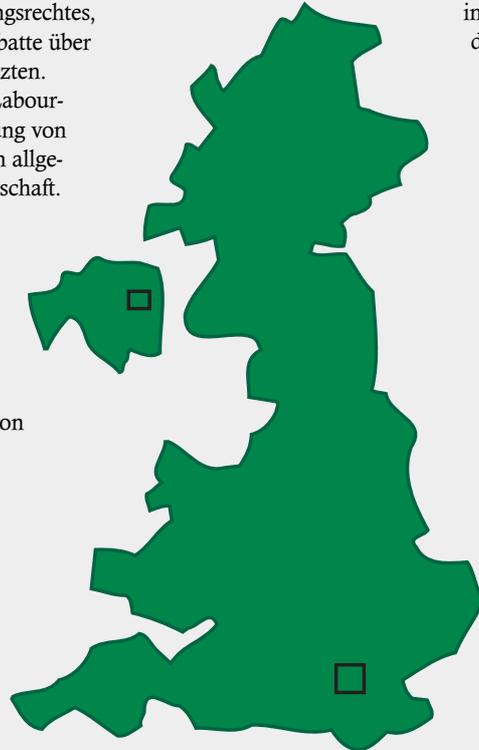
den Menschen ihre Familienbeziehungen elfmal so wichtig sind wie ihre Freundschaften. In den Neunzigerjahren haben familienpolitische Fragen größere Bedeutung erlangt. Mehr als jede andere Regierung vor ihr hat die Labour-Regierung eine spezifische Familienpolitik entwickelt. Ihre Vorgängerin hinterließ ihr Gesetze über eine Reform des Scheidungsrechtes, welche die öffentliche Debatte über Ehe und Scheidung anheizten. Gleichzeitig arbeitet die Labour-Regierung an der Verhütung von Jugendkriminalität und an allgemeinen Fragen der Elternschaft.

Die britische Familienpolitik konzentriert sich gegenwärtig auf Familien mit Kindern und insbesondere auf die Bekämpfung der Armut von Arbeitslosen und nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden. Zahlreiche neue Maßnahmen zielen darauf ab, arbeitslose Eltern aus der Sozialhilfe herauszubekommen und wieder in den Erwerbsprozeß einzugliedern, so z.B. ein New Deal für

Alleinerziehende, eine Steuergutschrift für arbeitende Familien oder auch die nationale Kinderbetreuungsstrategie. Bei den zwei letztgenannten Initiativen geht es grundsätzlich darum, das Einkommen von gering bezahlten Arbeitenden zu steigern und finanzielle Hilfe für die staatliche Kinderbetreuung zu leisten, damit die Eltern wieder einer Erwerbstätigkeit nachgehen können.

Weiters hat sich die Regierung auch der Strukturen der familienpolitischen Verantwortungsbereiche angenommen, die traditionell über mehrere Ministerien verteilt sind. Es wurde ein auf oberster Ebene vom Home Secretary geleiteter ministerieller Ausschuß eingesetzt, in dem alle zuständigen Ministerien vertreten sind und der eine ganzheitliche Sicht der familienpolitischen Maßnahmen anstrebt. Dieser Ausschuß hat bereits das erste Konsultationspapier zur Familienpolitik in der Geschichte des Landes herausgegeben. Es wurde im November 1998 unter dem Titel „Supporting Families“ veröffentlicht und stieß auf lebhaftes Echo in der Öffentlichkeit. Der Bericht listet im wesentlichen die wichtigsten Aktivitäten und Familieninitiativen der Regierung seit ihrer Amtsübernahme auf und

benennt jene Bereiche, in denen weitere Anstrengungen erforderlich sein werden. Bisher wurde die öffentliche Familienpolitik rhetorisch zwar für alle Eltern gemacht, doch die Zielgruppen wesentlicher Programme und Ressourcen sind gefährdete und benachteiligte Personen, z.B. Alleinerziehende, Eltern in Armenvierteln, minderjährige Eltern und Jungeltern.



Zu den Problemen, die die Öffentlichkeit am meisten bewegen gehören:

- Die hohe Familien- und Kinderarmut – ein Drittel aller britischen Kinder lebt unterhalb der Armutsgrenze.
- Stabilität von Ehen und Beziehungen – eine hohe Scheidungsrate, verstärktes Zusammenleben außerhalb der Ehe und ein Anstieg der Zahl der unehelich geborenen Kinder.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die britischen Männer haben die längsten Arbeitszeiten in ganz Europa.
- Schwangerschaften von Teenagern – die höchste Zahl in Europa und nur leicht fallende Tendenz. Die meisten minderjährigen Mütter (85 Prozent) sind nicht verheiratet und überwiegend von staatlicher Hilfe abhängig.



Ceridwen ROBERTS
Nationale Expertin

Ursprünglich als Wirtschaftssoziologin tätig, beschäftigt sich Ceridwen Roberts seit 1992, als sie die Leitung des Family Policy Studies Centre übernahm, mit Familienforschung und -politik. Davor untersuchte sie die Lebenserwerbsarbeit von Frauen und Fragen der Arbeitsmarktflexibilität (Teilzeitarbeit, Arbeitszeiten usw.). In letzter Zeit forscht sie in den Bereichen Verwandtschaftsbeziehungen sowie Elternprobleme und bearbeitet Projekte über Alleinerziehende, Kindergeld, Vaterschaft, Ehe und Scheidung sowie Schwangerschaften von Minderjährigen und Elternschaft.

Family Policy Studies Centre

Tavistock Place 9, UK-London WC1H 9SN

Tel.: +44-171-388 59 00
 Fax: +44-171-388 56 00
 E-mail: fpssc@mailbox.ulcc.ac.uk
 Internet: http://www.fpssc.org.uk

LeserInnenbefragung

Der *Family Observer* ist der Versuch, wissenschaftliche Forschungsergebnisse anschaulich aufzuarbeiten. Wir würden gerne von Ihnen wissen, ob uns das gelungen ist. Natürlich interessiert uns auch, was wir in Zukunft besser machen können.

1. Waren die Themen dieser Ausgabe interessant für Sie?

- Ja, durchwegs
- Ja, teilweise
- Nein, überhaupt nicht

2. Über welche anderen Themenbereiche würden Sie gerne im *Family Observer* lesen?

3. Finden Sie den *Family Observer* ...?

informativ	<input type="radio"/>	nicht informativ				
oberflächlich	<input type="radio"/>	gründlich				
neutral	<input type="radio"/>	wertend				
undynamisch	<input type="radio"/>	dynamisch				
singleorientiert	<input type="radio"/>	familienorientiert				
ansprechend	<input type="radio"/>	nicht ansprechend				
progressiv	<input type="radio"/>	konservativ				
weiblich	<input type="radio"/>	männlich				
relevant	<input type="radio"/>	irrelevant				
farblos	<input type="radio"/>	bunt				
verständlich	<input type="radio"/>	unverständlich				

4. Wie gefallen Ihnen die Fotografien?

- sehr gut
- gut
- mittel
- eher weniger
- überhaupt nicht

5. Wie gefällt Ihnen die Aufmachung (z.B. Format, Schrift, Papierqualität)?

- sehr gut
- gut
- mittel
- eher weniger
- überhaupt nicht

6. Finden Sie die Aufmachung ...?

modern	<input type="radio"/>	altmodisch				
gut lesbar	<input type="radio"/>	schlecht lesbar				
übersichtlich	<input type="radio"/>	unübersichtlich				
handlich	<input type="radio"/>	unhandlich				
ansprechend	<input type="radio"/>	nicht ansprechend				
interessant	<input type="radio"/>	langweilig				

7. In welcher Sprache würden Sie den *Family Observer* am liebsten lesen?

8. Wie würden Sie den *Family Observer* am liebsten beziehen?

- als Magazin
- als CD-ROM
- via Internet

9. Möchten Sie den *Family Observer* auch in Zukunft beziehen?

- Ja
- Nein

10. Kennen Sie Personen, die sich für diese Publikation interessieren könnten? Wenn ja, bitte um Angabe der vollständigen Adressen.

Anregungen, Kommentare:

Einige Fragen zu Ihrer Person:

12. Geschlecht:

- weiblich
- männlich

13. Familienstand:

- ledig
- in Lebensgemeinschaft lebend
- verheiratet
- geschieden
- verwitwet

14. Alter:

..... Jahre

15. Haben Sie Kinder?

- nein
- ja

Anzahl der Kinder: Alter der Kinder:

16. Ihr höchster Schulabschluß:

- Pflichtschule
- Sekundarstufe
- Weiterführende Berufsausbildung bzw. Studium

17. In welchem Arbeitsbereich sind Sie tätig?

- Verwaltung
- Politik / NGO
- Wissenschaft
- Familienberatung
- Journalismus
- Sonstiger Bereich:

Bitte senden Sie diesen Fragebogen an: Mag. Irene M. Kernthaler, Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF), Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien, Österreich. Fax: +43-1-535 14 55.

Das Ergebnis der Umfrage wird im Internet veröffentlicht:

<http://europa.eu.int/comm/dg05/family/observatory/home.html>

Herzlichen Dank für Ihre Mühe und Ihr Engagement!



Die Künstlerin über ihre Arbeit für den *Family Observer*:

In meiner Arbeit versuche ich, verschiedene Lebensbereiche – Künstlerin, Mutter, Hausfrau, Lehrende, Organisatorin – miteinander zu verbinden. Lebensbereiche, Rollen und Erfahrungen, die im allgemeinen säuberlich getrennt werden, fließen ineinander, beeinflussen und bedingen sich. Auf diesen Grundlagen basiert mein Konzept für die Fotos in dieser Ausgabe: Bilder von Kinderzimmern, Spielsachen, Stofftieren, Legosteinen. Die Dinge, mit denen ich tagtäglich zu tun habe, sind das Material für meine Arbeit.“



Ein Stück Kunst

In westlichen Industriegesellschaften wird die Familie gerne als Ideal gesehen. Familien lächeln uns von Plakatwänden entgegen und aus Fernsehgeräten heraus. Eine heile Welt! Die Kinder sind immer sauber, die Mütter entspannt, die Väter anwesend und die Wohnung aufgeräumt. Wir alle wissen,

daß die Realität oft anders aussieht. Im *Family Observer* wollten wir diese Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit nicht hinter behübschenden Fotos verbergen. Daher organisierten wir gemeinsam mit der Bundeskuratorin für Kunst in Österreich einen Wettbewerb für junge Künstlerinnen und

Künstler. Die Preisträgerinnen sind (1) Christine Susanna Prantauer (Innsbruck), (2) Hildegard Haselgrübler und Beate Rathmayr (Linz), und (3) Michaela Niederkircher (Innsbruck). Ruth Noack (Wien) erhielt einen Sonderpreis. Den vorliegende *Family Observer* hat die Tirolerin

Christine Prantauer illustriert. Sie zeigt einen Teil der ‚echten‘ Welt, nämlich die Welt der Kleinen, in der sich jedoch bereits die Themen der Großen finden.

Mag. Irene M. Kerthaler



Christine Susanna PRANTAUER

geb. in Zams/Tirol, Österreich

1980–1984 Akademie der Bildenden Künste, Wien/Diplom für Malerei

1985–1987 Hochschule für Angewandte Kunst, Wien

1988–1989 Lehrauftrag an der Hochschule für Angewandte Kunst, Wien (P. Weibel)
Staatsstipendium für Bildende Kunst

Einzelausstellungen (E) und Ausstellungsbeteiligungen (B) (Auswahl ab 1990)

- 1990 Sammlung EA Generali, Sezession Wien (B)
- 1991 Sub Trans Alpina, Aostatal (B)
- 1992 Stadt der Frauen, Innsbruck (B)
Galerie Elefant, Landeck (E)
- 1993 Fest am Boden, Wörgl (B)
- 1994 Galerie Medienkunst Tirol, Innsbruck (E)
- 1995 Copygramme, Städt. Galerie Schwaz (B)
Diskurs der Systeme, Universität IBK (mit Thomas Feuerstein)
Copy Art Book, Galerie Maerz, Linz (B)
Die Produktion bestimmt die Konsumtion, Andechsgalerie, Innsbruck (E)
- 1998 Mobilität, Palais Liechtenstein, Feldkirch (B)
Collezione tirolo, Österreichisches Kulturinstitut Rom (B)
Einbahn 175, Fassadeninstallation am Museum Ferdinandeum mit der x-tra künstlerinnen kooperative
Plakataktion Innsbruck – Pristina / Galerie im Taxispalais
Kunst und Medien, Galerie am Grillhof (mit Kurt Lang)

Arbeiten im öffentlichen Raum

1996: Plakat: Herrenseilschaften

anlässlich der Veranstaltung „In Lücken des Gedenkens“, Innsbruck 1996 (mit Barbara Hundegger)

1997: Plakat: wir, das seien alle

zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, Innsbruck 1997 (mit Barbara Hundegger)

1998: Einbahn 175

Fassadeninstallation in der Reihe Balustrade, Tiroler Landesmuseum, Innsbruck, 1998
mit der x-tra künstlerinnen kooperative

1999: Plakataktion: Innsbruck – Pristina

Plakataktion mit der Galerie im Taxispalais an drei Standorten im Stadtraum Innsbruck

Abonnieren Sie die Reihe „Beschäftigung & soziale Angelegenheiten“!

Preise in Luxemburg (ohne MwSt.):

Jahresabonnement (12 Ausgaben)	EUR 150
Einzelpreis	EUR 15

In dieser Reihe erscheinen die von der GD V vorgelegten Jahresberichte wie „Beschäftigung in Europa“ und „Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union“ sowie andere wichtige Veröffentlichungen zu den Themen „Beschäftigung und Europäischer Sozialfonds“, „Gleichbehandlung von Frauen und Männern“, „Gesundheitsfragen“, „Soziale Sicherheit und soziale Integration“, „Arbeitsbeziehungen und industrieller Wandel“, „Grundrechte und Bekämpfung von Diskriminierungen“.

Richten Sie Ihre Bestellung an das Vertriebsbüro Ihrer Wahl (Anschriften umseitig und unter <http://eur-op.eu.int>).

Diese Veröffentlichung ist nicht Bestandteil des Abonnements und wird kostenlos abgegeben.



AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

L-2985 Luxembourg